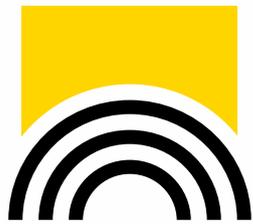


# Landkreis Nachrichten



## BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



LANDKREISE –  
STARK UND VERLÄSSLICH,  
AUCH IN SCHWEREN ZEITEN



### Schwerpunkt:

Landkreisversammlung 2022



### Themen:

Neuer Newsletter Landkreiszusammenarbeit  
Bürgerschaftliches Engagement

Präventionsnetzwerke  
gegen Kinderarmut  
in Baden-Württemberg

Pilot des Fortbildungs-  
programms für Integrations-  
beauftragte erfolgreich  
gestartet



### Nachrichten:

Landkreistag kritisiert  
Förderstopp des Bundes  
beim Breitbandausbau

### Personalien:

Landrat Joachim Walter  
zum dritten Mal im Amt  
als Präsident des Landkreistags  
Baden-Württemberg bestätigt





Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 22 46 23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Michael Schlichenmaier und  
Nadine Steck

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

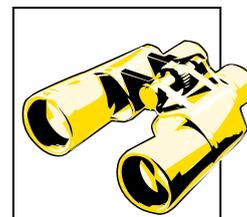
## **BILDNACHWEIS:**

Titelseite: Grafische Werke Stuttgart;  
Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski /  
Landkreistag Baden-Württemberg.  
Rückseite: Landratsamt Ludwigsburg

## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele Druck und Medien  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,  
chlorfrei hergestelltem Papier.



# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski** Seite 341
- „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“  
**Rede von Präsident Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen** Seite 344
- Land und Landkreise in der Verantwortungsgemeinschaft  
**Ansprache von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann Mdl, Stuttgart** Seite 349
- Bericht vom Vortrag „Agilität und Resilienz – Zur Zukunft digitaler Verwaltung“  
**Von Michael Schlichenmaier und Ariane Krüger, Stuttgart** Seite 355
- Talkrunde zum Thema Digitalisierung Seite 357
- Zeitenwende muss eine Zeit der Entscheidungen sein  
**Schlusswort von Vizepräsident Landrat Heinz Eininger, Landkreis Esslingen** Seite 357
- Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers  
**Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Stuttgart** Seite 359

## WEITERE THEMEN

- Der neue Newsletter Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist da!  
**Von Christine Stutz, Stuttgart** Seite 361
- „Gemeinsam krea(k)tiv!“ – von grau zu bunter Vielfalt  
**Von Reinhard Mitschke, Rhein-Neckar-Kreis** Seite 361
- Finde Dein Engagement!  
**Von Miriam Moll und Nadja Gauß, Bodenseekreis** Seite 365
- Quartiersentwicklung in den Landkreisen: Land fördert weitere Quartiersprojekte  
**Von Lisa Frauhammer, Stuttgart** Seite 366
- Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg –  
Systematische Förderung des Landes ab 2023 als Konsequenz aus der Armutsberichterstattung  
**Von Dr. Michael Wolff, Stuttgart** Seite 366
- Zusammenhalt, Integration, Professionalisierung:  
Pilot des Fortbildungsprogramms für Integrationsbeauftragte erfolgreich gestartet  
**Von Dr. Kathrin Leipold, Universität Konstanz** Seite 370
- Lösungen für ambulante Versorgungen und Kurzzeitpflege entwickeln –  
Das „D-Care Lab“ geht in eine neue Runde  
**Von Felix Endrejat, Freiburg** Seite 372

## **NACHRICHTEN**

### **Pressemeldungen des Landkreistags**

- Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur dpa-Meldung „Land hebt Kontrolle der dritten Impfung in Pflege fast überall auf“ sowie zur Pressemitteilung Nr. 127 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg vom 20. September 2022 Seite 374
- Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg: „Landesvorstand remonstriert: Belastungsgrenze überschritten – kein „Weiter so!“ vom 22. September 2022 Seite 374
- Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur dpa-Meldung: „Vier Bundesländer fordern von Lauterbach Ende der Isolationspflicht“ vom 27. September 2022 Seite 374
- Zumeldung zur dpa-Meldung „Hermann warnt vor Abbestellung von Zügen schon im nächsten Jahr“ vom 28. September 2022 Seite 374
- Zumeldung zur dpa-Meldung „Datenschützer Brink fordert von Verwaltung maximale Transparenz“ vom 7. Oktober 2022 Seite 375
- Landkreise unterstützen Finanzforderungen der Länder vom 10. Oktober 2022 Seite 375
- Landkreistagspräsident Walter: „Bundeskanzler muss Migrationskrise zur Chefsache machen“ vom 11. Oktober 2022 Seite 375
- Landkreistag kritisiert Förderstopp des Bundes beim Breitbandausbau vom 21. Oktober 2022 Seite 376
- 41. Landkreisversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg in Fellbach – „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“ – Landkreise fordern massiven Standard- und Bürokratieabbau sowie Unterstützung bei der Geflüchtetenaufnahme – Landkreistagspräsident Walter: „Landkreise drohen in Überforderungssituation hineinzurutschen, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird“ vom 24. Oktober 2022 Seite 376
- Gemeinsame Zumeldung der Kommunalen Landesverbände zur dpa-Meldung „Zwei Kinder mehr pro Erzieherin – Land erlaubt Ausnahmen in Kitas“ vom 25. Oktober 2022 Seite 377
- Gemeinsame Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zur Aktuellen Debatte im Landtag von Baden-Württemberg zum Breitbandförderstopp des Bundes vom 26. Oktober 2022 Seite 378
- Offener Brief: In großer Sorge um unser Land vom 28. Oktober 2022 Seite 378
- Bund-Länder-Einigung: Befürchtungen der Landkreise eingetreten – Landkreistagspräsident Walter: „Landkreise erwarten vom Land Vollkostenerstattung bei der Flüchtlingsaufnahme vom 3. November 2022 Seite 380
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 273/2022 des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg: „Minister Hauk gibt die neue LEADER-Aktionsgruppen für die Förderperiode 2023–2027 bekannt“ vom 7. November 2022 Seite 380
- Zumeldung zur Pressemitteilung des Ministeriums für Verkehr „Ministerrat beschließt Eckpunkte zum Landesmobilitätskonzept“ vom 11. November 2022 Seite 380

## **PERSONALIEN**

Seite 381

## **SPEKTRUM**

Seite 383



## „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“

*Liebe Leserinnen und Leser!*

„LANDKREISE – STARK UND VERLÄSSLICH, AUCH IN SCHWEREN ZEITEN“ – unter diesem Motto fand am 24. Oktober 2022 die 41. Landkreisversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg in der Fellbacher Schwabenlandhalle im Rems-Murr-Kreis statt. Nachdem die letzte Landkreisversammlung vor zwei Jahren in Villingen-Schwenningen coronabedingt noch im teilhybriden Format abgehalten werden musste, konnte der Präsident des baden-württembergischen Landkreistags, der Tübinger Landrat Joachim Walter, in diesem Jahr wieder rund 300 Gäste aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zum öffentlichen Teil der Veranstaltung willkommen heißen. In der unmittelbar davor abgehaltenen nichtöffentlichen Mitgliederversammlung war Landrat Joachim Walter mit einstimmigem Ergebnis zum inzwischen dritten Mal als Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg bestätigt worden. Er steht seit Juli 2013 an der Spitze der 35 baden-württembergischen Landkreise und amtiert zugleich als inzwischen dienstältester Vizepräsident des Deutschen Landkreistags, der als kommunaler Spitzenverband die Interessen der 294 deutschen Landkreise vertritt.

In seiner Grundsatzrede betonte Landkreistagspräsident Walter, dass die Landratsämter aufgrund kluger Reformen



in der Vergangenheit eigentlich stark aufgestellt seien. Er erwähnte in diesem Zusammenhang neben der Verwaltungsreform von 1995 und vor allem der von 2005 auch die Kreisgebietsreform von 1973, die sich im kommenden Jahr zum fünfzigsten Mal jährt und im Verlauf des Jahres 2023 sowohl von den Landkreisen hier im Land wie auch vom Landkreistag durch verschiedenste Veranstaltungen und Aktivitäten gewürdigt werden wird. Nur weil die Landratsämter durch die verschiedenen Gebiets- und Funktionalreformen zu hochgradig leistungsfähigen Verwaltungseinheiten ausgeformt worden seien, hätten sie sich, so Joachim Walter, in den diversen Krisen der vergan-

genen Jahre – von der Finanz- über die Flüchtlings- bis hin zur Corona-Krise – als ebenso belastbare wie verlässliche Partner des Landes er- und beweisen können. Umso ernster und alarmierender sei dann aber die Lage, wenn die an sich durchaus leistungsstarken Landkreisverwaltungen verstärkt Notsignale senden, weil sie zunehmend in eine Überforderungssituation abzugleiten drohen. Dies werde ganz aktuell bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Teilen dieser unfriedlichen Welt spür- und erkennbar. Mehr noch aber seien strukturelle Fehlentwicklungen die Ursache für diese drohende Überforderung der Landratsämter, insbesondere die Überregulierung sowie der ständige Rückgriff auf die Landkreise als Ausfallbürgen, etwa wenn beim Impfen, bei der Krankenhausfinanzierung oder der schulischen Inklusion die Regelsysteme versagen. Es bestehe die akute Gefahr, dass die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungsebene überdehnt werde.

Vor diesem Hintergrund appellierte Verbandspräsident Walter an Ministerpräsident Kretschmann, alles zu unternehmen, um die Landkreise bei der humanitär gebotenen Geflüchtetenaufnahme zu unterstützen. Insbesondere forderte er eine auskömmliche Refinanzierung der mit dieser Mammutaufgabe einhergehenden kommunalen Kosten. Andernfalls, so Walter, provoziere man in

den Kreistagen und in den Gemeinderäten Debatten über die Flüchtlingskostenfinanzierung, also unheilvolle Diskussionen darüber, weshalb ein bestimmtes Bauprojekt, eine bestimmte soziale Maßnahme, eine bestimmte Vereinsförderung gerade wegen der finanziellen Belastung durch die Geflüchteten eingestellt werden müsse. Solche kommunalpolitischen Auseinandersetzungen tunlichst zu vermeiden, sei in der Vergangenheit stets die gemeinsame Leitschnur von Land und Kommunalen Landesverbänden bei ihren Finanzverhandlungen gewesen. An dieses Commitment müsse wieder angeknüpft werden.

Im Weiteren ging Landkreistagspräsident Walter intensiv auf die tiefer liegenden, strukturellen Gründe für die auf breiter Front drohende Überforderung der Landkreise ein. Er beschränkte sich dabei aber nicht auf die bloße Analyse, sondern leitete daraus drei ganz konkrete Erwartungen an das Land, die Landesregierung und den Landtag von Baden-Württemberg ab.

Erstens forderte er vom Land eine ehrliche Debatte und vor allem schnelle Entscheidungen zu den politischen Prioritäten und Posterioritäten. Denn manches von dem, was vor der Zeitwende noch als zwingend erforderlich und unverzichtbar angesehen worden sei, lasse sich heute schlichtweg nicht mehr umsetzen. Walter stellte bei dieser Gelegenheit auch klar, dass die kommunale Seite es nicht nur loyal mittragen, sondern ausdrücklich unterstützen und in der Öffentlichkeit für Akzeptanz werben werde, wenn das Land im Zuge einer realistischen Neubewertung der aktuellen Finanzierungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten bestimmte Vorhaben bewusst zurückstelle.

Zweitens, so Walter weiter, müssten vom Land priorisierte Aufgaben, die von den Kommunen umgesetzt werden, auch auskömmlich finanziert werden. In diesem Kontext müsse auch das landesverfassungsrechtliche Konnexitätsprin-

zip, bei dem sich das Land eine Reihe von Schlupflöchern offengehalten habe, unbedingt nachgeschärft werden. Es müsse verfassungsrechtlich eindeutig geregelt werden, dass wesentliche Mehrbelastungen, die Kommunen aus ihnen übertragenen Aufgaben oder durch Änderungen der Kosten aus der Erledigung dieser Aufgaben erwachsen, vom Land vollständig auszugleichen sind.

Drittens warb Landkreistagspräsident Walter einmal mehr für eine konsequente und systematische Aufgaben- und Standardkritik. Für den hierfür erforderlichen grundsätzlichen Prozess bedürfe es eines Formats, in dem tabufrei ein veritables Entfesselungspaket auf den Weg gebracht werden könne.

Die Landkreise durch eine zupackende Politik des Ermöglichens aus der Überforderungsspirale zu befreien, sei umso wichtiger, als starke und verlässliche Landkreise dringend benötigt würden, um die Zukunftsherausforderungen zu bewältigen. Denn Themen wie kommunaler Klimaschutz und kommunale Verkehrswende, Breitbandinfrastruktur und End-To-End-Digitalisierung, präventive Sozialpolitik und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung – dies alles seien Zukunftsthemen, die die Landkreise auf ihrer Agenda hätten und aktiv mitgestalten wollten. Man müsse sie aber auch lassen.

Ministerpräsident Kretschmann ging in seiner Rede auf die von seinem Vorredner adressierte Thematik des Standard- und Bürokratieabbaus ein. Er machte deutlich, dass seiner Auffassung nach Deregulierung und Verfahrensbeschleunigung Herausforderungen seien, derer sich primär die Fachressorts widmen müssten. Er setzte damit einen anderen Akzent als Landkreistagspräsident Walter, der ausdrücklich davor gewarnt hatte, diese Themen allein den Fachressorts zu überlassen. Allerdings sicherte Ministerpräsident Kretschmann zu, sich dem Thema Bürokratieabbau ganz zentral widmen zu wollen. Dabei ließ er keinen Zweifel daran, dass es dafür auch

eines Kulturwandels in der öffentlichen Verwaltung bedürfe. Er bezeichnete es als notwendig, „mentalitätsmäßig“ zu einer Politik des Ermöglichens zu kommen und nicht immer nur in allem Hindernisse zu sehen.

Zum Schluss seiner Ausführungen bekundete Ministerpräsident Kretschmann nochmals seine große Wertschätzung für die kommunale Selbstverwaltung. Die Gemeindefreiheit sei für ihn integraler Bestandteil des Föderalismus. Bei ihm finde man im Übrigen auch immer offene Türen, wenn es darum gehe, Aufgaben der unmittelbaren Staatsverwaltung zu kommunalisieren. Die Kommunen seien für ihn Orte lebendiger Demokratie.

Der zweite, fachpolitisch geprägte Teil der Landkreisversammlung war dem Mega-Thema „Digitalisierung“ gewidmet. Zunächst hielt Martin Schallbruch, CEO der von 24 IT-Dienstleistern getragenen Genossenschaft govdigital, einen Impulsvortrag, in dem er insbesondere eine stärkere Arbeitsteilung und Cloud Computing als Lösungsansätze benannte, um bei der Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland im Kontext von steigendem Fachkräftemangel und akuten Herausforderungen wie der Cybersicherheit voranzukommen.

In der sich anschließenden Talkrunde, die von der Journalistin Kara Ballarin moderiert wurde, diskutierte Schallbruch mit dem Stv. Ministerpräsidenten und Digitalisierungsminister Thomas Strobl, der Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald Dorothea Störr-Ritter sowie dem Reutlinger Landrat Dr. Ulrich Fiedler über Digitalisierungsfortschritte und -hindernisse auf kommunaler Ebene. Thematisiert wurde beispielsweise der für die Kommunen im Land hochproblematische Stopp der Gigabitförderung durch die Bundesregierung. Aber auch die Herausforderungen der Verwaltungsdigitalisierung insbesondere im Kontext des Onlinezugangsgesetzes und der notwendigen End-To-End-Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen

wurden intensiv erörtert. Nicht ohne Grund hatten wir dieser Thematik in der letzten Ausgabe der Landkreisnachrichten breiten Raum eingeräumt.

In seinem Schlusswort machte der Esslinger Landrat Heinz Eininger als Vizepräsident des Landkreistags Baden-Württemberg deutlich, dass die Zeitenwende eine Zeit der Entscheidungen sein müsse. Nicht zu entscheiden, führe zu Verunsicherung. Die Landkreise stünden bereit für eine unterschiedene Gangart – nicht nur als erprobte Krisen-, sondern auch als engagierte Change-Manager.

Ich hoffe, liebe Leserinnen und Leser, dass dieser geraffte Bericht Ihnen Lust gemacht hat, sich noch eingehender mit den Inhalten unserer 41. Landkreisversammlung zu beschäftigen. Wir haben die Reden und weiteren Programmpunkte in dieser Ausgabe der Landkreis-

nachrichten zum genaueren Nachlesen ausführlich dokumentiert.

Zugleich darf ich Ihnen ankündigen, dass dies die letzte Ausgabe der Landkreisnachrichten in ihrer tradierten Form ist. Pünktlich zum 50-jährigen Jubiläum der Kreisreform wird unsere Verbandszeitschrift eine Metamorphose durchlaufen. Soviel kann ich schon verraten: Wir wollen moderner, schneller und multimedialer werden. Lassen Sie sich überraschen.

Mir bleibt an dieser Stelle noch, mich zum Jahresende – auch im Namen des Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter – bei den Landratsämtern, Kreiseinrichtungen sowie allen unseren Partnerinnen und Partnern in Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft für die auch in diesem herausfordernden Jahr 2022 erneut fruchtbare Zusammenarbeit und

das gute Miteinander zu bedanken. Bleiben Sie dem Landkreistag auch im kommenden Jahr verbunden und gewogen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser der Landkreisnachrichten, wünsche ich allen Widrigkeiten und Sorgen zum Trotz eine beschauliche Adventszeit, ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für ein friedvolleres, glückliches Jahr 2023.

Zur  
Alexis v. Komorowski

---

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“

Rede von Präsident Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“ – mit dieser Kernbotschaft haben wir Sie zu unserer diesjährigen 41. Landkreisversammlung eingeladen.

Und in der Tat: Infolge des verbrecherischen Angriffskriegs Putins auf die Ukraine sind die Zeiten hierzulande so schwer wie noch nie seit der Nachkriegszeit. Frieden und Freiheit sind auch für uns brüchig geworden. Die massiven Gefahren für Wohlstand und sozialen Zusammenhalt sind mit Händen zu greifen. Auch in dieser Zeitenwende wollen die Landkreise das sein, was sie in den vergangenen Krisen gewesen sind: stark und verlässlich.

Die Ausgangsvoraussetzungen dafür sind an sich gut. Durch die Kreisgebietsreform, deren 50-jähriges Jubiläum wir im kommenden Jahr miteinander feiern wollen, sowie durch die Verwaltungsreformen von 1995 und vor allem von 2005 ist auf Landkreisebene eine hochgradig leistungsstarke Verwaltungseinheit geschaffen worden, die in einer, wie ich meine, im Bundesvergleich muster-gültigen Weise Verwaltungsstärke und Professionalität mit Ortskunde sowie Kommunal- und Bürgernähe verbindet. So belegen nicht zuletzt die Erfahrungen der Migrationskrise 2015/2016 und die der Corona-Krise seit dem Frühjahr 2020, wie richtig es war, die behördlichen Kompetenzen der unteren Verwaltungsebene in 35 Landratsämtern zu bündeln.



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Nur weil die Landkreise so stark aufgestellt sind, wie dies bei uns in Baden-Württemberg nun einmal der Fall ist, war es den Landratsämtern im Sommer 2015 aus dem Stand heraus möglich, eine große Zahl von Geflüchteten kurzerhand unterzubringen, auch wenn ihnen die Ankunft der Schutzsuchenden jeweils nur kurz zuvor angekündigt worden war. Stellen wir uns nur einen Moment vor, wie wir zu Hochzeiten von Corona dagestanden wären, wenn es noch die eigenständigen Gesundheitsämter als staatliche untere Sonderbehörden gegeben hätte. Die Kontaktpersonenverfolgung war nur möglich, weil so gut wie alle Organisationseinheiten des Landratsamts für das Gesundheitsamt mitgearbeitet haben.

Und als Ende des Jahres 2021 die zuvor geschlossenen Impfzentren plötzlich

wieder geöffnet werden mussten, weil eine Überlastungsanzeige der Ärzteschaft vorlag, konnte der Neustart auch nur klappen, weil die Landratsämter die nötige Verwaltungs-Power dazu aufgebracht hatten. Eine rein staatliche Gesundheitsverwaltung wäre hier heillos überfordert gewesen.

Die Landkreise in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, sind nach allem eigentlich so konfiguriert und aufgestellt, dass sie auch in schweren Zeiten Stärke und Verlässlichkeit bieten können. Dessen sind wir uns bewusst, darauf sind wir auch ein wenig stolz und darauf konnten sich sowohl das Land als auch die Bürgerinnen und Bürger bisher immer verlassen.

Umso ernster und alarmierender ist dann allerdings die Lage, wenn ich Ihnen heute in aller Deutlichkeit und mit hoher Dringlichkeit sagen muss, dass wir uns aktuell als Landkreise bei aller Stärke und Verlässlichkeit auf einer abschüssigen Bahn bewegen. Die Landkreisverwaltungen drohen in eine Überforderungssituation hineinzurutschen, wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird.

Zu dieser besorgniserregenden Lage trägt aktuell in besonderer Weise die Herausforderung der Geflüchtetenaufnahme bei. Es gibt darüber hinaus aber auch tiefer liegende, strukturelle Gründe für diese drohende Überforderung der unteren Verwaltungsebene. Auf beides will ich im Folgenden näher eingehen.



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Bei der Geflüchtetenaufnahme sind vielerorts die Aufnahmekapazitäten nahezu erschöpft, und auch in bislang noch aufnahmefähigen Raumschaften wird man wohl in absehbarer Zeit an die Grenzen des Leistbaren stoßen. Dabei liegt die Herausforderung für die Landkreise nicht nur darin, Aufnahmekapazitäten zu schaffen. Es braucht auch Personal, um Unterbringung, Versorgung und Betreuung zu organisieren. Da sich der Personalaufwuchs angesichts eines quasi leer gefegten Arbeitsmarktes äußerst schwer gestaltet, fällt bei der Stammebelegschaft Mehrarbeit an. Die Stammebelegschaft freilich ist nach Jahren der Dauerkrise nur noch begrenzt zusätzlich belastbar.

Hinzu kommt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung ein Stück weit erodiert. Aufgabe der Landkreise als Teil des Staates ist es, dieses verloren gehende Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Schließlich werden die Städte, die Gemeinden und die Landkreise vor Ort als „der Staat“ wahrgenommen. Es fällt aber zunehmend schwerer, dieses Vertrauen zurückzugewinnen, wenn man als Landkreis, von dem die Bürgerschaft zuerst pragmatische Lösungen erwartet, keine solchen Lösungen präsentieren kann. Denn der Schlüssel zu Lösungen liegt vielfach nicht auf der Kreisebene.

Allein schon diese knappe Schilderung wirft ein Schlaglicht auf die immense Herausforderung, vor der die Landkreise im Kontext der Flüchtlingsaufnahme stehen – eine Herausforderung wohlge-merkt, die schneller, als uns allen lieb sein kann, in eine Überforderung umschlagen könnte.

Vor diesem Hintergrund habe ich die dringende Bitte an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass die von Ihnen geführte Landesregierung alles, wirklich alles unternimmt, um die Landkreise bei der humanitären Aufgabe der Geflüchtetenaufnahme nach Kräften zu unterstützen, in tatsächlicher wie auch in finanzieller Hinsicht.



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Wir erwarten erstens, dass die ungesteuerte Sekundärmigration von Menschen aus der Ukraine, die bereits in anderen Ländern Schutz gesucht haben, wirksam unterbunden wird. Hier muss das Land den Bund in ganz anderer Weise als bisher in die Pflicht nehmen und insbesondere auch ein anderes Auftreten des Bundes auf europäischer Ebene einfordern. Es kann nicht sein, dass allein Baden-Württemberg deutlich mehr Ukraine-Geflüchtete beherbergt als ganz Frankreich, das Mutterland der Menschenrechte.

Wir erwarten zweitens, dass Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative startet, um den Rechtskreiswechsel der Ukraine-Geflüchteten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II rückgängig zu machen.

Gleichzeitig soll im Bundesrat ein Beschluss herbeigeführt werden, wonach die Länder sich dezidiert gegen die Ausweitung des Rechtskreiswechsels auf andere Gruppen von Schutzsuchenden aussprechen. Denn durch den Rechtskreiswechsel und die damit verbundenen höheren Sozialleistungen wird bei den flüchtenden Menschen der Anreiz geschaffen, statt in anderen EU-Ländern, wo sie teilweise schon sind, gerade nicht zu bleiben, sondern in Deutschland Schutz zu suchen. Dadurch wiederum rückt eine europaweit faire Verteilung

der Schutzsuchenden in immer weitere Ferne. Dabei ist doch genau diese faire Verteilung der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union das Ziel sowohl der Landes- als auch der Bundesregierung. Zudem bieten die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten höhere Sozialleistungen auch nicht den erhofften Anreiz, Arbeit aufzunehmen. Teilweise lassen die Flüchtlinge ein Erstaunen darüber erkennen, dass man in Deutschland – ich zitiere wörtlich eine Aussage – „so viel Geld und eine Wohnung bekommt, ohne dafür arbeiten zu müssen“.

Wir erwarten drittens, dass Bund und Land die Kreise bei der Flüchtlingsaufnahme zum einen durch die Zurverfügungstellung eigener Liegenschaften unterstützen und sie zum anderen bei Verwaltungsaufgaben entlasten, jedenfalls aber nicht noch zusätzlich belasten. Hier muss ich offen sagen, dass die 4.000 zusätzlichen Plätze, die auf dem jüngsten Flüchtlingsgipfel von der Bundesinnenministerin in Aussicht gestellt wurden, nicht mehr sind als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Heruntergebrochen auf Baden-Württemberg reicht das gerade mal für ein bis zwei Tage.

Ich möchte dabei aber betonen, dass es uns nicht darum geht, zu verhindern, Menschen, die direkt aus den Kriegsgebieten zu uns kommen, Schutz zu bieten und sie unterzubringen. Aber Sekundärmigration, meine Damen und Herren, muss in der Tat unterbunden werden. Sonst wird es uns nie gelingen, eine europäische Flüchtlingsverteilung in Gang zu bringen.

Bei der angesprochenen Verwaltungsunterstützung geht es beispielsweise um die Entgegennahme des Asylantrags. Diese Aufgabe soll dem Vernehmen nach kurzerhand an die unteren Ausländerbehörden durchgereicht werden, weil sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hierzu plötzlich personell nicht mehr in der Lage sieht und auch nicht will, dass in Baden-Württemberg



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

die Erstaufnahmestellen, obwohl sie dies angeboten haben, diese Aufgabe wahrnehmen. Zuvor war schon die erkenntnisdienliche Behandlung der ukrainischen Flüchtlinge auf die unteren Ausländerbehörden delegiert worden. Lassen Sie mich dies nur wie folgt kommentieren: Dass den Letzten die Hunde beißen, ist eine geläufige Redensart, aber sicher kein taugliches Prinzip guter Verwaltung. Und weil wir schon bei Sprichwörtern sind: Auch für die kommunalen Verwaltungen gilt, dass der Krug nur so lange zum Brunnen geht, bis er bricht.

Viertens – und last, but not least – erwarten wir, dass das Land die Nettomehrbelastungen der Kreise umfassend ausgleicht, die auf Sozialleistungen für Flüchtlinge zurückzuführen sind. Andernfalls provoziert man in den Kreistagen und in den Gemeinderäten Debatten über die Flüchtlingskostenfinanzierung, also unheilvolle Diskussionen darüber, weshalb ein bestimmtes Bauprojekt, eine bestimmte soziale Maßnahme, eine bestimmte Vereinsförderung gerade wegen der finanziellen Belastung durch die Geflüchtetenaufnahme eingestellt werden muss. Solche kommunalpolitischen Auseinandersetzungen tunlichst zu vermeiden, war bis Sommer dieses Jahres stets die

gemeinsame Leitschnur von Land und Kommunalen Landesverbänden bei den Verhandlungen zur Flüchtlingskostenerstattung gewesen, und dies aus gutem Grund. Daher, lieber Herr Ministerpräsident, sollte das Land rasch zur Vollkostenerstattung für die Flüchtlingsaufnahme zurückkehren. Alles andere wäre gerade im Blick auf die aktuelle Stimmungslage ein politischer Fehler. Denn der soziale Zusammenhalt ist auch so gefährdet genug, meine Damen und Herren.

Ich hatte es bereits angesprochen: Die Überforderungssituation, in die die Landkreisverwaltungen abzugleiten drohen, ist nicht nur der aktuellen Situation geschuldet. Es gibt da auch tiefer liegende, nämlich strukturelle Gründe, und das macht das Ganze noch gefährlicher. Auf zwei dieser strukturellen Ursachen für die drohende Überforderung der kommunalen Ebene will ich kurz eingehen.

Die Überforderungstendenz ergibt sich erstens daraus, dass auf übergeordneten Staatsebenen ständig neue Aufgaben, Rechtsansprüche und Standards definiert werden, die anschließend von der kommunalen Ebene bewältigt werden müssen, ohne dass dafür die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden – und im Übrigen auch

ohne Rücksicht auf den leer gefegten Arbeitsmarkt.

Die Beispiele dafür sind Legion: Datenschutz, § 2b Umsatzsteuergesetz, Antidiskriminierungsgesetz, Dokumentationspflichten in Kita und Pflege, Förderdschungel, aber auch das Bundes-  
teilhabegesetz und vieles mehr.

Exemplarisch will ich hier den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul-  
kinder herausgreifen. Dieser Anspruch richtet sich – dies geht in der öffentlichen Diskussion bisweilen vollständig unter – unmittelbar gegen die Kreise.

Die kommunale Familie hatte bekanntlich eindringlich davor gewarnt, einen entsprechenden Rechtsanspruch zu fixieren. Dies nicht etwa deshalb, weil man gegen den Auf- und Ausbau einer bedarfsgerechten Ganztagsbetreuung an Grundschulen wäre. Nein, das genaue Gegenteil ist der Fall: Die Kommunen wissen, dass die Ganztagsbetreuung an Grundschulen nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und – damit zusammenhängend – der Milderung des Arbeitskräftemangels dient; sie ist zugleich elementar für eine chancengleiche Bildungsteilnahme aller Kinder.

Allerdings war uns Kommunen – und nicht nur uns – von Beginn an klar, dass es allein schon wegen des Mangels an pädagogischem Fachpersonal ein Ding der Unmöglichkeit sein würde, die mit dem Rechtsanspruch verbundenen Erwartungen bis 2026 vollends zu erfüllen. Dennoch hat dieser Rechtsanspruch seinen Weg ins Bundesgesetzblatt gefunden, und zwar auch mit Zustimmung des Landes Baden-Württemberg, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

Genau nach diesem Muster freilich entstehen Überforderungssituationen: Die Landkreise sehen sich einem Rechtsanspruch ausgesetzt, der an sich schon schwerlich zu erfüllen ist. Hinzu kommt, dass sie nicht einmal Träger der allgemeinen Grundschulen sind und daher auch nicht Anbieter der an Grundschulen bereits existierenden Ganztagsbetreu-

ungsangebote. Auch in dieser Hinsicht ist es nachgerade unsinnig, meine Damen und Herren, allein die Landkreise für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen verantwortlich zu machen, und dies auch noch qua Rechtsanspruch. Und trotzdem hat man es gemacht.

Warum? Weil Symbolpolitik inzwischen offenbar wichtiger ist als das Bohren dicker Bretter. Und weil es Bund und Ländern in kollusivem Zusammenspiel darum gegangen ist, der kommunalen Ebene das Ganze vor die Füße zu kippen, ohne einen Konnexitätsfall auszulösen.

Was tun? Am besten wäre es natürlich, wenn der Rechtsanspruch revidiert würde und mit der kommunalen Ebene sorgsam abgestimmt würde, wie sich der schulische Ganztagsbedarfsgerecht, aber eben auch im Rahmen des Leistbaren fortentwickeln lässt. Zumindest aber muss das Betreuungssystem landesrechtlich so geordnet werden, dass durch Einbindung von Vereinen, Musikschulen und weiteren Playern der Betreuungsanspruch faktisch eingelöst werden kann und die kommunalen Schulträger mit den notwendigen Zuständigkeiten und Finanzen ausgestattet werden.

Meine Damen und Herren, außer aus der eben diskutierten Überregulierung erwächst die zunehmende Überforderung der Landkreise in struktureller Hinsicht zweitens daraus, dass diese immer häufiger als Ausfallbürgen einspringen müssen, weil die gesetzlich vorgesehenen Regelsysteme nicht mehr richtig funktionieren.

So müssen die Kreise beispielsweise in immer größerem Umfang Krankenhausdefizite abdecken. Dabei gibt es regulär keine kommunale Finanzierungszuständigkeit im Krankenhausbereich. Wie kommt es zu dieser faktischen Ausfallbürgschaft der Landkreise? Nehmen wir das Beispiel der sogenannten Pauschalförderung. Das ist die pauschale Förderung von Wieder- und Ergänzungsbeschaffungen etwa im Bereich der medizinischen Geräte, und diese Pau-

schalförderung ist natürlich ungemein wichtig, damit Krankenhäuser mit den medizinischen Entwicklungen Schritt halten können. Das Landeskrankenhausgesetz verpflichtet das Land, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, an sich ausdrücklich dazu, diese Pauschalförderung regelmäßig an die Kostenentwicklung anzupassen. Das Land freilich kommt dieser gesetzlichen Verpflichtung einfach nicht nach, und dies schon seit zehn Jahren. Anders formuliert: Weil das System Krankenhausinvestitionsförderung nicht regelkonform funktioniert, müssen die Kommunen regelwidrig in die Bresche springen und den ungedeckten Scheck des Landes übernehmen. Dieser beläuft sich aktuell auf über 50 Millionen Euro pro Jahr.

Ein weiteres Beispiel: Die Landkreise müssen Schülerinnen und Schülern mit Handicaps selbst dann eine Schulbegleitung an die Seite stellen, wenn diese ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum, also eine früher sogenannte Sonderschule, besuchen. Dabei handelt es sich doch gerade um einen Schultyp, der extra für die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung geschaffen worden ist. Dennoch muss der Kreis von außen mit einem ambulanten Angebot unterstützen. Warum? Weil das Regelsystem Schule defizitär ist und das Land nur unzureichend Fachkräfte bereitstellt. Diese Ausfallbürgschaft kostet die Kreise Jahr für Jahr einen hohen zweistelligen Millionenbetrag.

Als wir vor vielen Jahren über das Thema Inklusion verhandelt haben – lieber Herr Stoch, wir waren damals in den Gesprächen –, ist das Land sehr optimistisch davon ausgegangen, dass die Stärkung der Lehrerschaft im sonderpädagogischen Bereich stattfinden kann. Sie ist bis heute nicht erfolgt.

Meine Damen und Herren, die Überforderungssituation, in die die untere, kommunale Verwaltungsebene immer mehr verstrickt wird, droht unsere Staatlichkeit an der Wurzel zu beschädigen, und das dürfen wir nicht zulassen. Daher

will ich noch einmal drei zentrale Erwartungen formulieren, von denen ich weiß, dass sie nicht nur den Landkreisen, sondern auch den Städten und Gemeinden sehr am Herzen liegen.

Erstens: Wir brauchen dringend eine ehrliche Debatte und vor allem auch schnelle Entscheidungen zu den politischen Prioritäten und Posterioritäten. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann auch geleistet werden. Mehr noch: Manches von dem, was wir vor der Zeitenwende noch als zwingend erforderlich und unverzichtbar angesehen haben, lässt sich heute schlichtweg nicht mehr realisieren und umsetzen. Wenn vor diesem Hintergrund im Zuge landespolitischer Posteriorisierungen bestimmte Vorhaben zurückgestellt oder aufgegeben werden, kann das Land, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, davon ausgehen, dass wir dies nicht nur loyal mittragen, sondern auch ausdrücklich befürworten, unterstützen und in der Öffentlichkeit auch offensiv vertreten werden. Dies gilt ausdrücklich auch für schwierige Entscheidungen, die uns, den Landkreisen, sehr wehtun würden, wie etwa die Abkehr von einer gesetzlich verankerten Mobilitätsgarantie.

Zweitens: Sollen vom Land priorisierte Aufgaben von den Kommunen umgesetzt werden, so müssen sie auch auskömmlich finanziert sein. In diesem Zusammenhang sollte das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung nachgeschärft werden. Denn dieses enthält noch etliche sogenannte „Schutzlücken“. Das ist der vornehme Ausdruck dafür, dass sich das Land eine Reihe von Schlupflöchern offengehalten hat. Das Konnexitätsprinzip kann aber nur funktionieren und seine disziplinierende Wirkung entfalten, wenn es ernst genommen wird und wenn es rechtlich stabil verankert ist. Wenn Kommunen neue Aufgaben schultern sollen, dann müssen sie auch mit den dafür erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden. Hier darf es auch verfassungsseitig, meine Damen und Herren, kein Vertun

geben. Ansonsten kommt es zu Überforderungen und in der Folge auf Bürgerinnen- und Bürgerseite zu Vertrauensverlusten, die auf Dauer an der Substanz von Staat und Demokratie zehren.

Drittens: Es muss dringend zu Standardabbau, Verfahrensvereinfachung und Entbürokratisierung kommen. Ohne Reduzierung von Komplexität werden die kommunalen Verwaltungen nicht mehr aus dieser Überforderungsfalle herauskommen. Dabei darf man die Themen Standardabbau, Verfahrensvereinfachung und Entbürokratisierung keinesfalls den betreffenden Ressorts überlassen. Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen. Es bedarf eines Formats, in dem tabufrei ein Entfesselungspaket auf den Weg gebracht werden kann, das diesen Namen tatsächlich verdient. Ob dies am Ende des Tages eine Regierungskommission ist oder eine Arbeitsgruppe, in der Staatsministerium, Kommunalministerium, Finanzministerium und die kommunale Familie zusammenwirken, ist für uns zweitrangig. Entscheidend ist nur, dass in diesem Format, um es wissenschaftlich gepflegt auszudrücken, die Anzahl der Vetospieler gegen null tendiert.

Die Ressorts können dann immer noch in der zweiten Runde eingebunden werden, wenn es um die Details geht.

Meine Damen und Herren, die Landkreise aus der Überforderungsspirale zu befreien ist umso wichtiger, als wir – davon bin ich überzeugt – starke und verlässliche Landkreise dringend benötigen, um die Zukunftsherausforderungen zu bewältigen. Ich nenne hier nur die drei großen D: Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie. Auf diesen drei Zukunftsfeldern müssen wir als Land Baden-Württemberg besser werden.

Denn fünf im ersten Halbjahr 2022 in Baden-Württemberg neu errichtete Windkraftanlagen sind eindeutig zu wenig. Um unser Ziel zu erreichen, müssten es täglich zwei sein. Dass wir bei der Digitalisierung und beim

E-Government im internationalen Vergleich nicht wirklich gut dastehen, ist ebenfalls sattem bekannt. Und auch der demografische Zangengriff aus schrumpfendem Arbeitskräfteangebot und alternder Gesellschaft lockert sich keineswegs, ganz im Gegenteil.

Die Landkreise wollen hier unbedingt Teil der Lösung sein. Denn wir sind nicht nur Krisenmanager. Wir verstehen uns auch als Zukunftsmacher. Kommunaler Klimaschutz und kommunale Verkehrswende, Breitband-Engagement und End-To-End-Digitalisierung, präventive Sozialpolitik und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung – all dies haben wir auf der Agenda.

Man muss uns aber auch lassen. Und das ist gar nicht so schwer: Ein erster Anfang wäre schon gemacht, wenn man die vielen bürokratischen Förderprogramme durch Regelfinanzierungen ablösen würde. Dies gilt umso mehr, als viele Förderprogramme, weil sie ja eine bloße Anschubfinanzierung beinhalten, nicht nachhaltig sind, nicht dauerhaft wirken – weder in der Sache noch volkswirtschaftlich.

Lieber Herr Ministerpräsident, Sie sind u. a. mit folgender Einsicht aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt – ich darf Sie zitieren –: „Wir brauchen mehr Liebe zum Föderalismus.“ Dies deckt sich eins zu eins mit der Einschätzung, die der große französische Staatsdenker de Tocqueville – ebenfalls nach einer Reise in die Staaten – in seiner berühmten Schrift „Über die Demokratie in Amerika“ festgehalten hat.

Doch mindestens so sehr wie den Föderalismus lobt de Tocqueville in diesem epochemachenden Werk die untere Verwaltungsebene in Neuengland und die kommunale Selbstverwaltung dort.

Daher erlaube ich mir, lieber Herr Ministerpräsident, Ihre Aussage zu ergänzen: „Wir brauchen mehr Liebe zum Föderalismus und zur kommunalen Selbstverwaltung.“ Liebe freilich hat viel mit Vertrauen und Zutrauen zu tun. Und in der Tat: Mehr denn je brauchen die Land-

kreise, Städte und Gemeinden genügend Gestaltungsfreiheit und dafür umso weniger Regulierung. Es bedarf weder des eisernen noch des goldenen Zügels – und unter Bewährung braucht man die Gemeinde- und Landkreisverwaltungen erst recht nicht zu stellen. Denn eines ist gewiss, meine Damen

und Herren: Die multiplen Krisen unserer Tage wie auch die anspruchsvollen Transformationsprozesse, in denen wir uns befinden, werden sich nur mit gestaltungstarken und leistungsfähigen Kommunen, mit gestaltungstarken und leistungsfähigen Landkreisen meistern lassen.

Deswegen müssen wir in bewährter Partnerschaft dafür sorgen und uns dafür einsetzen, dass die Kernbotschaft dieser 41. Landkreisversammlung dauerhaft Bestand hat: „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Land und Landkreise in der Verantwortungsgemeinschaft

Ansprache von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL, Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen, besonders Sie, Herr Präsident Walter, und Ihnen gute Fortschritte mit Ihrem Knie wünschen, damit Ihr Stehvermögen wieder vollumfänglich gewährleistet ist. Ich darf die Präsidenten der anderen kommunalen Spitzenverbände, Herrn Oberbürgermeister Dr. Kurz und Herrn Jäger, recht herzlich begrüßen. Ich darf stellvertretend für alle Abgeordneten die anwesenden Fraktionsvorsitzenden Hagel, Stoch und Dr. Rülke recht herzlich begrüßen und stellvertretend für alle Kollegen aus dem Kabinett meinen Stellvertreter, Herrn Minister Strobl, und Sie alle, meine Damen und Herren.

Dass ich jetzt im Stehen rede, ist natürlich ein bisschen unhöflich gegenüber meinem Vorredner, aber, wenn ich sitzen geblieben wäre, wäre es etwas unhöflich Ihnen gegenüber gewesen.

Ja, wir leben in sehr herausfordernden Zeiten. Das ist keine Frage. Uns allen, die wir in Ämter gewählt worden sind, kommt eine hohe Verantwortung zu, die wir in einer Verantwortungsgemeinschaft in solch schweren Krisen auch wahrnehmen müssen. Die Landesregierung ist selbstverständlich bereit, diese Verantwortungsgemeinschaft mit den Kreisen und Kommunen wahrzunehmen.



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Am 14. November kommt die Gemeinsame Finanzkommission zusammen. Ich kann jetzt hier natürlich nicht in Finanzverhandlungen eintreten. Das ist ja das, was ich bei jeder Rede bei Ihnen zu Beginn sage.

Den Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt werden wir übermorgen im Landtag einbringen. Wir haben darin Vorsorge getroffen für Steuerminderungen, für Mehrausgaben, sofern dies dann noch möglich ist, für die Schulden tilgung, für den Inflationsausgleich

bei Investitionen, Personalausgaben und den Ausgleich für Energiepreissteigerungen.

Aber wir wissen alle, die Herbst-Steuer-schätzung kommt erst noch. Dann lässt sich absehen, wovon wir in nächster Zeit ausgehen können. Natürlich ist es noch vollkommen unklar, in welchem Umfang sich Land und Kommunen am dritten Entlastungspaket des Bundes beteiligen müssen. Im Raum stehen allein für das Land Baden-Württemberg 3,1 Milliarden Euro. Ich meine, es ist klar: Das ist unrealistisch. Solche Rücklagen haben wir selbstverständlich nicht gebildet, und das würde den Haushalt sprengen.

Bei der letzten MPK mit dem Bundeskanzler ist, salopp gesagt, nichts herausgekommen. Sie hat keine Ergebnisse gezeitigt. Wir hatten jetzt die Jahres-MPK, wo wir die Situation vorberaten haben. Die Minister Lindner und Habeck haben uns ausführlich berichtet und haben Stellung genommen. Wir haben jetzt beschlossen, am 2. November die Sonder-MPK zu machen. Dazu ist eine Vorbereitungsgruppe aus fünf Ministerpräsidenten ins Leben gerufen worden, die mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundeskanzler verhandelt. Ich bin Mitglied dieser Gruppe.

Dieser 2. November muss ein meiner Ansicht nach abschließendes Ergebnis

zeitigen. Nichts ist in schweren Krisen so gefährlich, wie wenn man keine Beschlüsse fasst, die Entscheidungen ewig vor sich herschiebt und dadurch ein Gefühl der Unsicherheit bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei den Unternehmen eintritt.

Ich erinnere daran: In der Corona-Pandemie haben wir, die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten, uns sage und schreibe 39 Mal – meistens natürlich nur digital – getroffen. Dieses Commitment hat leider stark abgenommen. Jedes Mal gab es hinterher Beschlüsse. Diese haben nicht allen gefallen. Aber es war klar für jeden, woran er ist. Das ist in einer Krise meiner Ansicht nach sehr wichtig.

Deswegen haben wir darauf gedrängt, dass die Sitzung nicht erst am 10., sondern schon am 2. November nach der Steuerschätzung stattfindet. Hoffentlich kommen wir da auch zu Beschlüssen. Ich jedenfalls werde alles dafür tun, auch wo es Kompromissfähigkeit von mir abverlangt, dass wir zu Entscheidungen bei den wichtigsten Paketen kommen.

Fest steht: Wir werden in eine Rezession kommen – die Frage ist nur, wie stark sie sein wird –, und die öffentlichen Haushalte können nicht mehr so selbstverständlich vom Wirtschaftswachstum profitieren, wie das bisher der Fall war.

Hinzu kommt der Reformstau, der in vielen Bereichen entstanden ist – Sie haben davon einige genannt –, z.B. bei den großen sozialen Sicherungssystemen oder bei den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Wir brauchen – da sind wir, glaube ich, auf einer Linie – keine zeitlich begrenzten Programmförderungen des Bundes, sondern eine dauerhaft auskömmliche Ausstattung und eine Klarheit darüber, wie die Aufgaben, die Sie angesprochen haben, dauerhaft gewährleistet sein können, damit jeder weiß, wie er auf lange Sicht belastet ist und ob er das auch nachhaltig stemmen kann.

Dazu kommen noch die enorm gestiegenen Ausgaben in vielen Bereichen.



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Dann taucht natürlich die Frage auf, die Sie gestellt haben, die aber auch Präsident Jäger mir persönlich schon des Öfteren vorgetragen hat: Was können Staat und Kommunen in solch einer Zeit leisten, ohne sich zu überfordern? Sie haben hier von einer Überforderung der kommunalen Verwaltungsebene gesprochen, und Sie fordern jetzt die Absenkung von Standards, Entbürokratisierung.

Mir ist eine ehrliche Analyse dabei immer höchst willkommen. Diese müssen wir durchführen. Wir haben das auch in Spitzengesprächen angesprochen. Aber wenn Sie einsteigen wollen in eine Absenkung von Standards, müssen Sie konkret sagen, wo. Alles andere führt zu keinen Ergebnissen. Beim Bürokratieabbau ist es nicht anders. Wir müssen genau sagen: Wo können wir überflüssige Bürokratie abbauen? Anders wird das nicht funktionieren.

Ich erinnere daran: Schon mein Vorgänger Erwin Teufel hat im Staatsministerium einen Beauftragten für Bürokratieabbau eingerichtet. Und da hat sich gezeigt, wie schwer das ist.

Die entscheidende Frage lautet: Wie sol-

len die Formate aussehen, in denen wir das besprechen? Das umfasst ja praktisch alle Gebiete der Politik. Ich merke das jetzt bei der Task Force Erneuerbare Energien, wo ich mal selber tiefer in das Verwaltungshandeln eingestiegen bin. Das machen ja in der Regel die Minister und nicht der Regierungschef. Es stimmt: Es ist unglaublich, was sich alles in vielen Jahrzehnten on top angehäuft hat. Es verschwindet unten wenig, und es kommt immer etwas obendrauf. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Ich bin da ganz bei Ihnen.

Aber wie sollen die Formate aussehen? Sie müssen sehen: Das große Problem dabei ist, dass sämtliche Ebenen – Europa, der Bund, das Land, die Kommunen – sehr miteinander verschränkt und verschachtelt sind. Wenn Sie keine Formate haben, in denen alle an demselben Ziel mitarbeiten, kommen Sie einfach nicht sehr gut voran. Das ist jetzt meine Erfahrung, die ich nach einem Jahr gemacht habe. Wir werden jetzt in der ganzen Frage der erneuerbaren Energien einen Sprung nach vorn machen, weil durch den Regierungswechsel in Berlin wir das, was wir selber uns schon in

der Task Force vorgenommen haben, mit den Kommunen zusammen vorantreiben können.

Die erste Adresse solcher Ansagen sind natürlich die Fachressorts. Es betrifft immer bestimmte Bereiche der Politik. Da müssen die Themen eingespeist und mit den entsprechenden Fachressorts verhandelt werden. Wenn wir jetzt eine allgemeine Standardkommission einsetzen, die sich über Sinn und Höhe von Standards auseinandersetzt, wird außer allgemeinen Aussagen wenig dabei herauskommen. Daher bitte ich um Vorschläge: Wie sollen solche Formate aussehen, bei denen wir einigermaßen davon ausgehen können, dass dabei etwas herauskommt?

Meine Erfahrung ist ganz einfach: Das, was Ihnen in solch einem Prozess aufstößt, müssen Sie ganz konkret angehen. Es sind ja immer Einzelfälle, wo etwas auftritt. Meistens ist es so: Dann wird der Einzelfall gelöst, und dann geht man wieder zur Tagesordnung über, statt zu sagen: Wenn das bei den Fällen A und B auftritt, tritt es wahrscheinlich bei den Fällen C bis Z ebenso auf, und wir nehmen das zum Anlass, insgesamt dieses Hindernis zu beseitigen, das uns da entgegensteht. Jeder kann sich vorstellen: Das sind unglaublich dicke und unglaublich harte und unglaublich schwer zu bohrende Bretter.

Alle, die hier sitzen, und ihre Vorgänger waren in den letzten 70 Jahren irgendwo an der Regierung auf jeder Ebene. Warum ist es so gekommen, wie es jetzt ist? Warum beklagen wir jetzt das alle? Das muss ja Gründe haben.

Klar ist natürlich, Herr Präsident, dass in guten Zeiten – und wir haben eine lange Prosperitätsphase hinter uns – die Standards nicht gesenkt, sondern erhöht werden. Das liegt in der Natur der Sache. Wir sind ja alle in die Politik gegangen, um die Welt zu verbessern, und nicht, um sie zu verschlechtern. Ob das dann nachhaltig ist auch für schlechtere Zeiten, das ist dann die große Frage. Dass wir uns in Zukunft auch mit der Nach-

haltigkeit solcher Fragen beschäftigen, das ist jedenfalls eine Erfahrung, die wir jetzt alle machen, weil wir jetzt in einer Zeitenwende leben und die guten Phasen vorbei sind. Jeder kann sich an den fünf Fingern abzählen, dass etwa die Energie nicht mehr so billig wird, wie sie vor dem Ukrainekrieg war. Natürlich müssen wir die explodierenden Kosten eindämmen, aber dass die Energie wieder so billig wird, wie sie bisher war, ist nicht absehbar, jedenfalls mittelfristig nicht. Das ist klar.

Wenn wir jetzt mehr in die nationale Verteidigung investieren wollen und müssen, dann ist auch klar, dass dieses Geld woanders nicht mehr zur Verfügung steht. So können Sie die ganze Palette durchgehen, und dann wird deutlich: Wir müssen mit materiellen Wohlstandsverlusten rechnen. Die Bürgerschaft und wir alle müssen uns darauf einstellen, dass wir unser Geld wieder für die wichtigen Dinge des Lebens ausgeben müssen und dass vieles, was schön, aber nicht unbedingt notwendig ist, bis zu einem bestimmten Grad reduziert werden muss. Daran wird kein Weg vorbeiführen. Davon bin ich jedenfalls persönlich überzeugt.

Ich werde mich dem Thema Bürokratieabbau, wenn der Peak der Krise hoffentlich mal vorbei ist, ganz zentral widmen. Ich möchte Ihnen als Landräte aber auch sagen: Es ist jetzt nicht so, dass die Landratsämter frei von Amtsschimmeln wären. Das kann man, glaube ich, nicht behaupten. Also stellen Sie sich darauf ein, dass Bürokratieabbau auch von unten anfangen muss und nicht nur von oben.

Unsere Beamtinnen und Beamten agieren alle auf allen Ebenen rechtstreu. Sie setzen die Gesetze um. Das ist richtig und gut so. Sonst wären wir ja schließlich eine Bananenrepublik. Dass Verwaltungen das, was der Gesetzgeber beschließt, auch tatsächlich umsetzen, ist der Unterschied zwischen einer Demokratie und korrupten Staaten. Deswegen sind natürlich Bürokratie und Verwal-

tung notwendig, damit wir einen Rechtsstaat haben, damit die Leute wissen, woran sie sind, damit ein Unternehmen planen kann.

Es geht bei Bürokratieabbau immer nur darum: Wo haben wir überflüssige Bürokratie? Wie bekommen wir diese weg? Ich denke, das ist auch eine Frage der Haltung. Da möchte ich Sie aufrufen, den Abbau einzuleiten. Wir müssen in diesen Prozess kommen. Natürlich müssen unsere Beamtinnen und Beamten aller Ebenen rechtstreu agieren. Sie müssen aber auch lageorientiert agieren. Beides zusammenzubringen, auf den Prozess zu achten, aber auch auf das Ergebnis, ist das Entscheidende. Auch da muss sich einiges ändern, sodass wir mentalitätsmäßig zu einer Politik des Ermöglichs kommen und nicht einfach immer nur in allem Hindernisse sehen. Darüber sollten wir, denke ich, im neuen Jahr mal reden.

Herr Präsident, Sie haben das Konnexitätsprinzip angesprochen. Das steht in der Landesverfassung. Wir achten dieses Prinzip. Jedes Gesetzesvorhaben wird darauf überprüft, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten wird. Wenn es da unterschiedliche Auffassungen gibt, muss man das am konkreten Fall besprechen und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Aber wir ziehen keine Landesverbände über den Tisch, schon deshalb nicht, weil sie sich ja gar nicht über den Tisch ziehen lassen. Insofern, denke ich, kommen wir da immer zu Lösungen. Aber wenn es da eine konkrete Kritik gibt, nehmen wir das gern auf.

Lassen Sie mich jetzt noch zu dem ganz wichtigen Thema der Energieversorgung kommen, meine Damen und Herren. Wir befinden uns da in einem Dauerkrisenmodus. Sie leisten dabei gute Arbeit, für die ich sehr dankbar bin. Wir müssen das Dringliche tun, ohne das Wichtige zu unterlassen, also – das haben Sie auch gesagt – die Krise bewältigen, aber auch an den zentralen Zukunftsaufgaben weiterarbeiten. Das stellt uns vor große Herausforderungen.

Es geht bei der Energieversorgung um drei Stränge: den kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Strang. Über die kurzfristige Versorgung mit Gas und Strom muss ich, glaube ich, nicht weiter sprechen. Sie alle hier kennen die Fakten. Das wird das zentrale Thema bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 2. November mit dem Bundeskanzler. Ich will mitteilen, was wir dazu seitens der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beraten haben.

Erstens: Die Gaspreisbremse – das höre ich jetzt aber auch verstärkt aus der Bundesregierung selber – darf nicht erst im März greifen. Sonst hätten wir die Situation: Im Dezember wird die Abschlagszahlung ersetzt, und dann gehen anschließend die Preise wieder steil nach oben. Das können wir, glaube ich, wirklich nicht machen. Daran wird gearbeitet werden müssen: Wie können wir diese Gaspreisbremse vorziehen? Das muss natürlich auch finanzierbar sein.

Zweitens – dafür habe ich mich besonders eingesetzt: Die Mittelständler waren beim Energiekostendämpfungsprogramm gar nicht mit einbezogen, sondern nur die großen Unternehmen. Wir fordern, dass auch unsere kleinen und mittleren Unternehmen in dieses Energiekostendämpfungsprogramm einbezogen werden. Es ist, glaube ich, das Entscheidende, dass es uns gelingt, die Fragen vorzuziehen. Denn allen ist ja klar: Vor allem viele kleine und mittlere Unternehmen, aber auch viele Handwerksbetriebe werden die Krise sonst nicht überstehen. Wir unterliegen der Gefahr, dass jetzt Einzelne gar nicht erst in Insolvenz gehen, sondern einfach aufhören. Und dann nicht wieder aufmachen. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt schnell zu Maßnahmen kommen.

Mittelfristig ist es notwendig, dass wir – das haben Sie angesprochen – den Windkraft- und Photovoltaikausbau forcieren. Da bauen wir jetzt massiv Hürden ab. Eine Genehmigung in Schwäbisch Hall hat jetzt nur acht Monate gedauert. Chapeau, muss ich sagen. Das können

sich wirklich alle zum Vorbild nehmen, dass es auch so schnell gehen kann. Aber jetzt treten andere Probleme auf. Vor allem bei den Windkraftanlagen kommt es zu Kostensteigerungen, die sich gewaschen haben, sodass die Gefahr droht, dass wir zwar die Bürokratie abbauen, aber Kostenfragen den Anlagenausbau behindern. Auch darüber werden wir auf der Ministerpräsidentenkonferenz reden müssen. Immerhin sind – das hat Minister Lindner auf der letzten MPK vorgetragen – die steuerlichen Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen drastisch vereinfacht worden, sodass es viel attraktiver wird, solche Anlagen zu installieren.

Was wir auch noch ansprechen werden, ist ein Schutzschirm für die kommunalen Energieversorger und die Stadtwerke. Auch das wird ein wichtiges Thema werden. Denn man kann sich jetzt nicht nur um die ganz großen, systemrelevanten Energieversorger kümmern. Auch jedes größere Stadtwerk, das in Insolvenz ginge, wäre ein katastrophales Signal für die Märkte, könnte aber auch eine Kettenreaktion auslösen. Deswegen werden wir auch das besprechen.

Ich will vor allem Herrn Professor von Komorowski danken für die engagierte Teilnahme und das Einbringen in die Task Force. Ich denke, wir sind jetzt schon ein erhebliches Stück weitergekommen. Allerdings bei meiner Vorgabe, die Zeit mindestens zu halbieren, sind wir noch nicht. Aber dahin müssen wir kommen. Davon werde ich nicht abrücken. Es sind jetzt bereits wichtige Maßnahmen beschlossen und angeregt worden, etwa die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, die Vermarktungsoffensiven von Flächen im Staatswald, die Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Windenergieanlagen. Das alles zusammen bildet ein erhebliches Beschleunigungspotenzial. Die Arbeit der Task Force geht weiter.

Dass die Beteiligung der Kommunen an den Erträgen der Windkraft und der Photovoltaik verbessert wird, nicht

nur freiwillig, sondern verpflichtend, hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 21. Oktober ebenfalls besprochen.

Wichtig ist, meine Damen und Herren – das sehe ich aus vielen Einzelfällen –, dass die Genehmigungsbehörden der Landratsämter nun sehr eng mit den Stabsstellen in den Regierungspräsidien zusammenarbeiten. Wichtig ist mir immer, dass es auch eine klare Arbeitsteilung gibt. Die unteren Genehmigungsbehörden sind zuständig für das, was örtlich von Belang ist. Und das, was überörtlich in Genehmigungsverfahren ist, muss dann eher von den Regierungspräsidien kommen. So dass wir da zu schnellen Entscheidungen kommen und nicht jeder Sachbearbeiter in jedem Landratsamt dazu genötigt ist, all die vielen Fragen von Windkraftgegnern selber beantworten zu müssen. Wenn hier ein gutes Zusammenspiel erfolgt, dann können wir das alles, glaube ich, beschleunigen. Diese Stabsstellen sollen ja nicht die Genehmigungsbehörden ersetzen, sondern sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Ich komme zum Thema Flüchtlinge. Wir müssen uns doch klarmachen: Das, was Putin jetzt macht – einen allgemeinen Beschuss der ganzen Ukraine mit Drohnen und eine Beschießung der Städte mit wenig gesteuerten Raketen –, hat doch gerade den Zweck, eine Flüchtlingswelle zu produzieren. Damit bezweckt er, die ukrainische Bevölkerung zu zermürben und zu demoralisieren. Daher müssen wir, wenn die internationale Gemeinschaft durch geeignete Waffenlieferung das nicht schnell genug stoppen kann, damit rechnen, dass wir in der Tat noch mehr Flüchtlinge aus der Ukraine bekommen werden. Wir müssen ihnen Schutz gewähren. Das ist gar keine Frage. Das ist ein Terrorkrieg, der veranstaltet wird und der vor nichts haltmacht, nicht einmal vor der Bombardierung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern. Deswegen war es, glaube ich, richtig, dass die EU bereits kurz nach dem russischen Angriffskrieg die Massenzu-

stromrichtlinie aktiviert hat, um schnelle Hilfe zu ermöglichen.

Insgesamt nehmen Deutschland und Polen aber mehr als 2,2 Millionen, also über 50 % der Ukraine-Flüchtlinge auf.

Das zeigt, dass wir in Europa zu einer besseren Verteilung von Flüchtlingen kommen müssen. Dafür setzen wir uns alle ein. Aber Sie wissen auch, wie schwierig das ist.

Bund, Länder und Kommunen müssen mehr Raum für die Unterbringung und mehr Mittel für die Versorgung bereitstellen. Wir haben als Land unsere Kapazitäten in der Erstaufnahme mehr als verdoppelt und werden weitere Kapazitäten aufbauen. Wir haben das Programm „Wohnraum für Geflüchtete“ neu aufgelegt und mit 80 Millionen Euro beschlossen. Ich denke, die Kreise und Kommunen leisten da wirklich Großartiges. Aber auch das wird jetzt ein wichtiges Thema auf der Ministerpräsidentenkonferenz sein.

Wir haben die Zusage des Bundes schon vom März, dass er sich an den Kosten beteiligt, und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar. Aber ich muss Ihnen leider sagen: Wir konnten uns bisher noch nicht einmal auf die Flüchtlingszahlen einigen. Ich muss mich schon fragen: Wie soll man verhandeln, wenn man sich noch nicht einmal auf die Zahlen einigt? Jedenfalls die Zahlen, die ich von der Migrationsministerin Gentges habe, bedeuten, dass wir schon anderthalbmal so viele Flüchtlinge haben wie 2015. Ich finde das eine belastbare Zahl, und wir müssen schauen, dass der Bund diese jetzt mal anerkennt. Dabei brauche ich auch Ihre Unterstützung, was belastbares Zahlenmaterial betrifft. Das wird eine ganz entscheidende Voraussetzung sein, denn da liegen wir mit dem Bund noch sehr weit auseinander. Deswegen ist das ein sehr wichtiges Thema.

Was ich hier aufgenommen habe, Herr Präsident, ist: Wir brauchen auch das entsprechende Personal. Dieses ist aber schwer zu bekommen, wie Sie richtig gesagt haben. Die Fragen, die Sie

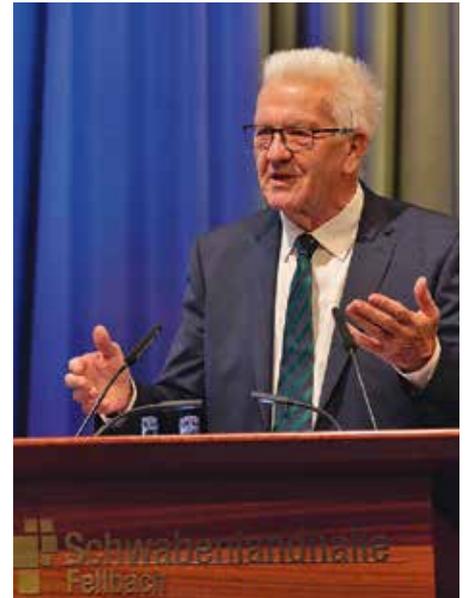
dazu aufgeworfen haben, liegen – das wissen Sie – im Kern alle bei der Bundesregierung und nicht bei uns. Auch der Rechtskreiswechsel war nicht etwas, das das Land Baden-Württemberg betrieben hat. Der ist aber gekommen.

Jetzt solche Beschlüsse rückgängig zu machen, dafür sind die Chancen minimal, und ich würde das auch nicht empfehlen. Wir können jetzt nicht Dinge, die entschieden sind, ständig wieder infrage stellen. Das führt nur dazu, dass wir in den Fragen und Verhandlungen nicht weiterkommen. Das muss man, glaube ich, jetzt so akzeptieren.

Ich komme zum Thema Mobilität. Ich will mich da jetzt kurzfassen. Wir alle beabsichtigen, die Mobilität zu verbessern, und sind auch gut vorangekommen beim Ausbau des ÖPNV und mit innovativen Mobilitätskonzepten wie dem Jugendticket, das ab März nächsten Jahres kommen soll. Die Mobilitätsgarantie ist mit dem Mobilitätspass verbunden. Die Karte zur Finanzierung muss der Bund dann auch ziehen. Das sehe ich bisher noch nicht.

Das ist eine ganz wichtige Frage. Der Bund will uns jetzt anderthalb Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dieses Nachfolgeticket kostet aber etwa 3 Milliarden Euro, an denen wir uns zur Hälfte beteiligen sollen. Ich sehe aber nicht, dass er uns bei den Regionalisierungsmitteln die entsprechenden Mittel zuweist. Ich will klar sagen: Dass wir die Regionalisierungsmittel bekommen, steht uns einfach durch die Verfassung zu. Das ist ein klares Ergebnis der Bahnreform, dass diese Mittel zukünftig den Ländern zugewiesen werden.

Sie haben angesprochen, dass wir dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen zugestimmt haben. Das ist ganz einfach: Der Bund macht Pakete mit einer ganzen Reihe von Dingen, und da können Sie zum Schluss entweder insgesamt zustimmen oder ablehnen. In der Regel stimmt man dann zum Schluss dem Gesamtpaket zu, selbst wenn dann zum Teil nur zeitlich befris-



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski /  
Landkreistag Baden-Württemberg

tete, nicht nachhaltige Programme dabei sind. Das ist die Crux.

Bei diesem Billigticket ist das wieder dieselbe Masche: Es ist gar nicht klar, wie lange es dauern soll, wer es dauerhaft finanziert, aber es wird ins Schaufenster gestellt. Das war jetzt nicht die Idee der Länder, so etwas einzuführen, sondern des Bundes. Wenn er das macht, bekommt man es ganz schwer aus dem Schaufenster wieder heraus. Wir sind dann jedes Mal in der ganz schwierigen Verhandlungssituation, Dinge ablehnen zu müssen. Sie müssen sich vorstellen: Wenn ich einzelne wichtige Punkte wie etwa die Frage der Regionalisierung ablehne, dies aber in einem Gesamtpaket ist und ich das Gesamtpaket scheitern lasse mit all den wichtigen Hilfen, die da drinstehen – jetzt frage ich Sie: Wer tut denn so was? Keiner. Darum kommt es jedes Mal so. Das ist genau der Grund.

Wenn wir das nicht im Grundsatz ändern, wird sich das auch nicht im Großen und Ganzen ändern. Das ist zuerst das konstitutionelle Missverhältnis. Sie haben mich zu einer Bundesratsinitiative aufgefordert. Selbst wenn ich dafür im Bundesrat eine Mehrheit bekomme, kann der Bundestag die Initiative einfach liegen lassen, was er in der Regel mit

Bundesratsinitiativen auch macht. Sie kommen gar nicht auf die Tagesordnung. Umgekehrt muss der Bundesrat jede Initiative aus dem Bundestag behandeln. Wir können die nicht liegen lassen, was wir sicher öfters auch gerne täten. Das ist ein asymmetrisches Verhältnis im konstitutionellen Gefüge, das ich aber nicht ändern kann.

Das Zweite ist, dass wir so gut wie keine Steuererhebungsrechte haben. Das hat sich jetzt erstmals geändert mit der Grundsteuer. Das ist die erste Steuer, über die wir tatsächlich selber entscheiden. Auch da entsteht dieses Ungleichgewicht. Wir sind zwar ordentliche Staaten, haben sogar eine Verfassung, aber keine Steuererhebungsrechte. Bei der Grunderwerbsteuer können wir lediglich die Sätze bestimmen. Aber wir haben jetzt zum ersten Mal eine autochthone Steuer, die Grundsteuer, über die wir entscheiden. Das ist aber ein bisschen wenig. Wenn wir wenigstens über die Steuern entscheiden könnten, deren Erträge uns zufließen, dann wäre schon ein Stück gewonnen. Dann wären wir in einer ganz anderen Situation.

Deswegen bin ich der Ansicht, dass wir in der Tat aus vielen Gründen – einen wichtigen haben Sie genannt, nämlich die Überbürokratisierung unserer ganzen Gesellschaft – uns dem Problem widmen müssen. Dem kommen wir nur bei, wenn wir dafür ein geeignetes Format entwickeln, zumindest eine Föderalismuskommission III, die allerdings nicht im Koalitionsvertrag steht, weil der Bundeskanzler das offensichtlich nicht will im Gegensatz zur FDP oder den Grünen, die nichts dagegen hätten.

Ich möchte zum Abschluss Folgendes sagen. Sie haben auf meine Reise in die USA hingewiesen. Gott sei Dank habe ich sie nicht abgesagt. Ich hätte mich sehr geärgert, wegen einer Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler, bei der nichts herauskommt, auf so eine wichtige Reise zu verzichten.

Zwei Dinge können wir von dieser Reise mitnehmen. Das eine ist, mit welcher

Entschlossenheit dort Wege gegangen werden, um Neues in Gang zu setzen, dass man einfach anfängt und nicht alles, bevor etwas geschieht, schon in Bedenkenträgerei erstickt. Wir haben es in der Stadt Pittsburgh gesehen: ein vom Niedergang bedrohter Stahlstandort, der eine gewaltige Transformation geschafft und sich zu einer modernen und lebenswerten Stadt entwickelt hat. Diesen Spirit nehmen wir für unsere eigenen Transformationsprozesse mit.

Wir haben uns da in ganz zentralen Bereichen der Schlüsseltechnologien der Zukunft wie etwa der künstlichen Intelligenz als sozusagen dem Glutkern der Digitalisierung der Zukunft intensiv ausgetauscht, aber auch mit der Gesundheitswirtschaft, weil es meine erklärte Absicht ist, dass wir Baden-Württemberg zu dem führenden Gesundheitsstandort Europas machen. Dafür ist der Strategiedialog einberufen worden, und wir sind da auf einem sehr guten Weg. Wir müssen das, was wir haben, in der richtigen Weise zusammenführen, aber auch da Hemmnisse abbauen, z.B. beim Datenschutz.

Wir müssen von einem abwehrenden zu einem gestaltenden Datenschutz kommen, sodass man z.B. anonymisierte Daten verwenden kann. Das ist ein Gebot der Stunde, denn da wird etwas getan für den Patienten, für neue Geschäftsmodelle und vieles andere mehr.

Das ist das eine, was wir da mitgenommen haben. Ich finde, das ist ganz wichtig.

Wir haben die Partnerschaften verstärkt, die wir mit Kalifornien haben. Wir werden jetzt in Baden-Württemberg eine Dependence für wirtschaftliche Fragen einrichten, wie wir sie schon seit einigen Jahren in Kalifornien haben.

Dann habe ich aber noch ein Zweites mitgenommen: die unglaubliche Spaltung und Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft. Ich habe mit Governor Newsom gesprochen. Dem ist die Sorge, wenn nicht gar die Angst um die Demokratie in Amerika aus jeder Pore

gesprungen. Man sieht daran – wir müssen nur schauen nach Schweden, Frankreich oder jetzt nach Italien –, was sich auf der Welt tut.

Wir haben große Aufgaben; damit will ich schließen. Sie haben sie genannt, teilweise auch sehr kritisch. Aber zum Schluss müssen wir zusammenhalten und zusammenstehen. Glauben Sie mir: Wenn ich mir die Situation in den USA anschau, bin ich froh, dass wir solche Instrumente haben wie die Ministerpräsidentenkonferenz oder den Bundesrat. Das sind letztlich Konsensmaschinen gegenüber dem Polarisierenden, das die Parteien pflegen und auch pflegen sollen und pflegen müssen. Das ist das Gegengewicht, das immer wieder auch zusammenführt. Dafür dürfen wir sehr dankbar sein. Ich bin auch sehr dankbar, dass wir bei allem Streit in der Sache und im Detail doch Gremien haben wie etwa die Gemeinsame Finanzkommission, wo wir uns zusammenraufen und zusammenraufen müssen. Das ist unglaublich wertvoll. Wir haben schwere Krisen. Aber wenn wir in den Krisen am Ende zusammenhalten und zusammenstehen, werden wir diese Krisen bewältigen. Davon bin ich fest überzeugt. Das ist der große Vorteil der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, dass sie für beides Institutionen hat: für den Meinungskampf – der darf ruhig scharf sein –, aber andererseits auch für die Zusammenführung, wenn es zu Ergebnissen kommt.

Sie haben Tocqueville zitiert. Da kann ich Ihnen nur sagen: Die Gemeindefreiheit gehört für mich zum Föderalismus dazu. Liebe zum Föderalismus, zur kommunalen Selbstverwaltung und Gemeindefreiheit ist für mich dasselbe. Bei mir finden Sie immer offene Türen, wenn es darum geht, Dinge zu kommunalisieren, die heute der Staat macht. Ich glaube, da gibt es einige andere Adressen, wo man das nicht so sieht wie ich.

Darauf können Sie immer vertrauen, dass ich ein großer Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung und der



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Gemeindefreiheit bin. Die Gemeinden haben Gemeinderäte, die direkt vom Volk gewählt sind. Die Oberbürgermeister und Bürgermeister sind vom Volk gewählt. Auch dort findet lebendige Demokratie statt. Wir haben das jetzt gerade in Tübingen gesehen, wo sich die Wahlbeteiligung sogar noch relevant erhöht hat. Auch da kann man Dinge, die streitig sind, entscheiden. Deswegen kommen Sie mit Vorschlägen zur Kommunalisierung. Ich bin, glaube ich, da immer eine gute Adresse.

In diesem Sinne weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit!

## Bericht vom Vortrag „Agilität und Resilienz – Zur Zukunft digitaler Verwaltung“

Von Michael Schlichenmaier und Ariane Krüger, Stuttgart

Den zweiten Teil der Landkreisversammlung eröffnete Martin Schallbruch, CEO der govdigital, durch einen Impulsvortrag. Govdigital ist eine Genossenschaft der öffentlichen IT-Dienstleister in Deutschland, die das Ziel verfolgt, innovative IT-Lösungen im öffentlichen Sektor in die Fläche zu bringen. Zu den 24 Mitgliedern der govdigital zählen auch die beiden baden-württembergischen öffentlichen IT-Dienstleisterinnen Komm.ONE und BITBW.

Zu Beginn hat Herr Schallbruch daher die govdigital kurz vorgestellt. Er betonte, dass Projekte der Genossenschaft nicht zwingend das Zusammenwirken aller Mitglieder erfordern. Das erleichtere das Zusammenfinden von Gruppen zur Umsetzung einzelner Projekte. Die Rechtsform als Genossenschaft ermögliche es zudem, mit Inhouse-Vergaben zwischen den Mitgliedern der Genossenschaft leichter zu agieren.

Als erstes Schwerpunktthema widmete er sich der Cybersicherheit. Die Ukraine



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

sei seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 bereits wiederholt Opfer russischer Cyberattacken geworden. Und auch in Deutschland habe es in den vergangenen Jahren immer wieder Fälle von Hackerangriffen gegeben. Die beiden bekanntesten Fälle seien der Angriff im Jahr 2015 auf den Deutschen Bundestag sowie der Angriff auf die Partei der Grünen von diesem Jahr. Es gebe aber auch eine Fülle an Angriffen auf Kommunen – bekannt geworden sind 18 Fälle, es ist aber von einer weit höheren Zahl auszugehen. In den meisten Fällen handele es sich um Ransomware-Attacken. Ziel müsse es sein, die digitale Verwaltung in Deutschland so aufzustellen, dass sie schnell und flexibel auf solche Situationen reagieren könne – und das trotz der schwierigen demographischen Entwicklung.

Denn auch der Arbeitskräftemangel im öffentlichen Dienst nehme stetig weiter zu. Eine Studie der Unternehmensberatung pwc habe errechnet, dass bis zum

Jahr 2030 der Fachkräftemangel in den öffentlichen Verwaltungen in Deutschland auf bis zu 1 Million ansteigen dürfte. Deshalb brauche es nicht nur eine agile und flexible Verwaltung, sondern auch eine, die künftig wohl mit weniger Menschen auskommen müsse.

Um das bewerkstelligen zu können, nannte er zwei Lösungsansätze: einen organisatorischen Ansatz und einen technischen Ansatz. So sei ein zentraler Baustein eine bessere Arbeitsteilung. Es müsse aufhören, dass unendlich oft in Deutschland an verschiedenen Stellen vergleichbare Lösungen für dieselben Probleme entwickelt werden.

Ein Beispiel für eine solche Arbeitsteilung sei das „Eine für Alle“-Prinzip im Kontext der Onlinedienstleistungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Die Länder haben untereinander aufgeteilt, wer konkret, welche Verwaltungsleistung digital entwickelt, die dann anschließend in Form der sogenannten „Nachnutzung“ allen anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Problematisch sei, dass das an sich gute Prinzip hoch bürokratisiert sei und damit leider auch sehr kompliziert. Deshalb habe die govdigital vom IT-Planungsrat den Auftrag erhalten, einen digitalen Marktplatz für diese OZG-Leistungen zu entwickeln, auf den alle entwickelten Online-Verwaltungsleistungen eingestellt werden. Das Ziel des Projekts vom digitalen Marktplatz, welches bereits Ende 2022 abgeschlos-

sen sein soll, ist es, Bürokratie und Komplexität soweit wie irgend möglich zu reduzieren. Am Ende soll auf diesem Weg jedem kommunalen IT-Dienstleister ermöglicht werden, seinen Kommunen alle dort eingestellten Leistungen anbieten zu können. Ein vergleichbares Projekt sei zudem auch für Sicherheitsleistungen (Cybersecurity-Services für Kommunen) geplant.

Ein weiterer Lösungsansatz, um in Zukunft in Verwaltungen effizienter arbeiten zu können, sei das Thema „Cloud“. Ein zentraler Unterschied mit der Arbeit in der Cloud sei ein verändertes Liefermodell. Services aus der Cloud zu nutzen, hieße in der Regel, nur noch für das zu bezahlen, was auch tatsächlich genutzt wird. Zudem ergebe sich hierdurch mehr Standardisierung, wodurch sich leichter neue Lösungen einführen lassen. Cloud bedeute aber auch, nicht mehr zwingend die notwendige Infrastruktur vor Ort vorhalten zu müssen. Es gebe bereits heute govdigital-Mitglieder die sagen, sie wollen in 10 Jahren kein eigenes Rechenzentrum mehr haben.

Dem müsse man sich zwangsläufig stellen, weil neue Softwarelösungen meist nur noch als „Cloud-Lösung“ angeboten werden. Und wenn man diesen Prozess jetzt nicht aktiv gestaltet, werden dies andere tun, was die öffentliche Hand am Ende ein großes Stück Souveränität kosten würde.

Schallbruch sei bewusst, dass Cloud immer danach klinge, dass die eigenen Daten irgendwo auf der Welt liegen, worunter die Datensicherheit leide. Tatsächlich sei jedoch das Gegenteil der Fall. Die schwerwiegenden Sicherheitsvorfälle, die bekannt geworden sind, würden auf Schwachstellen beruhen, die zwar in der Regel bekannt sind, aber eben noch nicht überall beseitigt (= gepatcht). Beim Cloudanbieter werde hingegen jeden Tag gepatcht, was die Sicherheit insgesamt deutlich steigere.

Govdigital wolle deshalb gemeinsam mit dem IT-Planungsrat den Aufbau einer Verwaltungscloud unterstützen, die in jedem Teil der öffentlichen Verwaltung genutzt werden kann.

Am Ende solle die Verwaltung stärker aufgestellt sein. Stärker heiße: digital sicherer unterwegs, agiler, schneller auf Krisen reagieren können und resilienter sein, um in jeder Situation die beste Leistung für die Bürgerinnen und Bürger bieten zu können.

---

Michael Schlichenmaier leitet beim Landkreistag Baden-Württemberg die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er verantwortet außerdem in der Stabsstelle Digitalisierung den Themenkomplex Digitale Infrastruktur.

Ariane Krüger leitet beim Landkreistag Baden-Württemberg die Stabsstelle Digitalisierung.

## Talkrunde zum Thema Digitalisierung

Im Anschluss an den Impulsvortrag von Herrn Schallbruch fand eine Talkrunde zum Thema Digitalisierung statt.

Teilnehmende der Talkrunde waren der Stellvertretende Ministerpräsident und Digitalisierungsminister Thomas Strobl, Landrätin Dorothea Störr-Ritter (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), Landrat und Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Komm.ONE Dr. Ulrich Fiedler (Landkreis Reutlingen), der kurzfristig für den erkrankten Landrat Stefan Dallinger (Rhein-Neckar-Kreis) eingesprungen war, sowie der Impulsgeber Martin Schallbruch, CEO von gov.digital. Die Moderation übernahm Kara Ballarin, Landespolitische Korrespondentin bei der Schwäbischen Zeitung.

Im Rahmen der Talkrunde wurden über die herausfordernden Sachverhalte rund um den Glasfaserausbau und den Förderstopp durch die Bundesregierung, die Digitalisierung der Verwaltung – insbesondere im Kontext des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und einer notwendigen End-to-End-Digitalisierung, die Einordnung der kommunalen IT-Dienstleisterin Komm.ONE in diesen Themenkomplexen



Quelle: Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

sowie die notwendige Registermodernisierung und das aktuelle Topthema Cybersicherheit diskutiert.

Die vollständige Aufzeichnung der Talkrunde kann auf dem YouTube-Kanal des Landkreistags Baden-Württemberg nachverfolgt werden.

Link zur Aufzeichnung über den folgenden QR-Code:



## Zeitenwende muss eine Zeit der Entscheidungen sein

Schlusswort von Vizepräsident Landrat Heinz Eininger, Landkreis Esslingen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Ende der 41. Landkreisversammlung darf ich die Schlussbemerkungen setzen. Das neue Format, das wir gewählt haben, um dieses wichtige Thema Digitalisierung und die Frage, wie wir damit in unseren Landratsämtern umgehen, zu behandeln, ist ein gutes Format, das wir auch in der Zukunft bei weiteren Versammlungen immer mal wieder einsetzen können. Ich würde auch gerne für

heute mitnehmen, dass ein solches Format Leben in eine Versammlung bringt. Die Zeitenwende, meine Damen und Herren, ist eine Zeit der Entscheidungen. Oder präziser formuliert: Zeitenwende muss eine Zeit der Entscheidungen sein. Nicht zu entscheiden führt großenteils zur Verunsicherung. Das, was jetzt nicht entschieden wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf den Wohlstand und auf den sozialen Zusam-

menhalt in unserem Land, darauf, ob wir den klimatischen, den digitalen und den demografischen Wandel lediglich passiv erdulden oder aktiv gestalten.

Im Laufe des heutigen Vormittags ist, sehr deutlich geworden, dass die Landkreise bereitstehen, nicht nur als erprobte Krisen-, sondern auch als engagierte Change-Manager. Allerdings müssen die Landkreise dann auch so aufgestellt sein und bleiben, dass sie diese

Rolle auch tatsächlich ausfüllen können. Die drohende Überforderung und die Ursachen hierfür sind heute früh bereits eingehend erörtert worden, ebenso die Therapien, um dem diagnostizierten Übel beizukommen.

Ich kann und will daher an dieser Stelle nur noch einmal ganz konkret werden. Ein erster Lackmustest dafür, ob wir hier im Land die Zeichen der Zeit erkannt haben, sind die laufenden Haushaltsverhandlungen und in diesem Zusammenhang insbesondere die Finanzverhandlungen zwischen dem Land und den Kommunen. Dann wird sich konkret zeigen, was die von unserem Ministerpräsidenten beschworene Verantwortungsgemeinschaft ausmacht. In diesem Moment wird sich zeigen: Gelingt es tatsächlich, öffentliche Aufgaben zu priorisieren und zu posteriorisieren? Gelingt es, den Standardabbau, die Verfahrensvereinfachungen und die Entbürokratisierung aus der Sonntagsrede in die Verwaltungsrealität zu übersetzen? Gelingt es, die Kommunen von Geflüchtetenkosten freizuhalten und unheilvolle Auseinandersetzungen in den Kreistagen und Gemeinderäten zu vermeiden und die Kommunen finanziell nicht noch mehr an die Wand zu drücken? Das wird zum Lackmustest. In dieser Zeit der Entscheidungen wäre es in der Tat wichtig, dass uns dies alles gelingt, und zwar bereits im Verlauf der aktuellen Haushalts- und Finanzverhandlungen.

Mir kommt nun die Aufgabe zu, diese 41. Landkreisversammlung hier in Fellbach zu schließen. Bevor ich dies tue, gestatten Sie mir einige Worte des Dankes. Dem Herrn Ministerpräsidenten hat unser Präsident bereits gedankt. Daher wende ich mich jetzt zunächst an Sie, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident Strobl. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Teilnahme an dieser Gesprächsrunde. Man spürt, wie Sie sich engagieren, wie Sie sich einbringen für das wichtige Thema der Digitalisierung. Herzlichen Dank dafür. Das ist gut so.



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Der Dank geht aber auch an die Teilnehmenden der Talkrunde: an Herrn Martin Schallbruch – auch für Ihren Impulsvortrag herzlichen Dank –, an die Kollegin Dorothea Störr-Ritter und den Kollegen Uli Fiedler sowie an Sie, Frau Ballarin, für die souveräne Moderation.

Natürlich gilt mein Dank in besonderem Maße unserem Präsidenten Joachim Walter. Er hatte in den zurückliegenden beiden Jahren, bedingt durch die Corona-Krise und jetzt den Ukraine-Krieg, ein enormes Pensum für den Landkreistag zu absolvieren, und dies alles im Ehrenamt neben seinem in diesen Zeiten besonders kräftezehrenden Hauptamt als Landrat. Für dieses herausragende und durch und durch erfolgreiche Engagement möchte ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen und der gesamten Landkreisfamilie von Herzen Dank sagen. In diesen Dank schließe ich auch unseren Hauptgeschäftsführer Alexis von Komorowski und die gesamte Geschäftsstelle ein, die mit kleiner Mannschaft und Frauschaft jeden Tag gemeinsam mit uns, mit den Landratsämtern, erfolgreich zusammenarbeitet und an mancher Stelle auch dem Land hie und da das eine oder andere an Anregung mitgibt. Wenn vor-

her von Standardabbau die Rede war, dann möchte ich an dieser Stelle sagen: Seit mehr als zehn Jahren liegen die Leitzordner zum Standardabbau im Staatsministerium. Diese Leitzordner sind sozusagen im Geflecht der Ressorts ausgearbeitet worden. Wenn wir die wieder hervorholen, dann am besten gesprächsweise, und dann können wir zu jedem einzelnen dieser Vorschläge auch das Unsere beitragen, dass es hoffentlich wieder besser wird und der Standardabbau auch gelingt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen danke ich sehr herzlich, dass Sie an unserer Landkreisversammlung teilgenommen haben. Das Zeichen der Verbundenheit, das Sie damit setzen, ist uns allen sehr wertvoll.

Ich wünsche Ihnen allen alles Gute. Bleiben Sie den Landkreisen gewogen. Glück auf und auf Wiedersehen!

Die 41. Landkreisversammlung ist geschlossen.

# Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Stuttgart

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits vor zwei Jahren bei der Landkreisversammlung in Villingen-Schwenningen musste ich meinen Geschäftsbericht in zwei Abschnitte gliedern, nämlich in die Zeit vor und in die Zeit nach Ausbruch der Corona-Pandemie.

Eine noch sehr viel einschneidendere Zäsur prägt meinen heutigen Geschäftsbericht. Denn in seinen Berichtszeitraum fällt die Zeitenwende, die durch den fürchterlichen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine markiert wird: ein Krieg, wie er uns vor dem 24. Februar dieses Jahres hier in Europa unvorstellbar erschien und der unsagbares Leid über die Menschen in der Ukraine, aber auch über viele Familien in Russland bringt.

Die Phase vor der Zeitenwende, meine Damen und Herren, stand noch stark im Zeichen der Pandemie. Vor allem die zweite und vierte Corona-Welle in den Wintermonaten 2020/2021 und 2021/2022 waren für die Landratsämter als umfassend zuständigen Pandemie-Bewältigungsbehörden herausfordernd. Der Landkreistag und seine Geschäftsstelle haben hier nach Kräften unterstützt. Wir haben auf die bisweilen täglich fortgeschriebenen Corona-Verordnungen eingewirkt, an Musterverträgen für Impfzentren mitgewirkt, die Verteilung von Schnelltests mitorganisiert und nicht zuletzt für Information, Kom-



Quelle: Lichtgut Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

munikation und Koordination gesorgt. Verbandspolitisch war es uns dabei wichtig, Vereinseitigungen bei der Pandemie-Bewältigung zu vermeiden und nicht intendierte Nebenfolgen staatlicher Schutzmaßnahmen in die Abwägung einzubeziehen. Ich erwähne hier nur die Kollateralfolgen für Kinder und Jugendliche.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres waren es dann die Folgen des verbrecherischen Angriffskriegs Putins, die mit zunehmender Wucht in den Landkreisen aufgeschlagen sind und auch den Landkreistag mitsamt seiner Geschäftsstelle stark

gefordert haben. Inzwischen sind die Kapazitäten für die Unterbringung der Ukraine-Geflüchteten vielerorts nahezu erschöpft, zumal auch die Zahl der Schutzsuchenden aus dem Mittleren und Nahen Osten sowie aus Afrika massiv zugenommen hat. Sie wissen alle, dass die Zahl der Geflüchteten auf der Balkanroute sich verdreifacht hat.

Für den Landkreistag und seine Geschäftsstelle standen und stehen hier Fragen wie diese im Mittelpunkt des tagtäglichen Geschäfts: Wie können die Geflüchteten im Land fair verteilt werden, die beträchtlichen Kosten der Flücht-

lingsaufnahme refinanziert, kranke, behinderte und versehrte Vertriebene versorgt, die vielen Kinder und Jugendlichen unter den Ukraine-Geflüchteten altersgerecht betreut, die Voraussetzungen für eine gelingende Arbeitsmarktintegration optimal ausgestaltet und Minderheitenangehörige aus der Ukraine adäquat aufgenommen werden?

Erschwerend tritt hinzu, dass die Ukraine-Krise ja nicht allein für sich steht, sondern mit einer massiven Energie- und einer sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise einhergeht. Der Landkreistag und seine Geschäftsstelle haben hier von Beginn an an der Erarbeitung des Landeskonzepts zur Sicherung der Energieversorgung mitgewirkt und sich eingehend mit diversen Bevölkerungsschutzszenarien beschäftigt.

Daneben sind es natürlich ganz besonders auch die finanziellen und sozialen Folgen der Energie- und Wirtschaftskrise, mit denen die Landkreise im Rahmen der Daseinsvor- und -fürsorge umzugehen haben. So mussten und müssen sich die Kreise intensiv mit den energiepreis- und inflationsgetriebenen Sachkostensteigerungen in so unterschiedlichen Bereichen wie dem öffentlichen Personennahverkehr, der Pflege und der Eingliederungshilfe auseinandersetzen.

Wichtig war uns allerdings in den vergangenen Jahren auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir über das bloße Krisenmanagement nicht die Langzeit-, die Megathemen aus dem Blick verlieren, die zukunftsentscheidend sind. Mit Blick auf die erforderliche Dekarbonisierung aller gesellschaftli-

chen Sektoren hat sich der Landkreistag beispielsweise in die Taskforce Erneuerbare Energien des Landes eingebracht und auch in die ÖPNV-Strategie des Landes. Beim Thema Digitalisierung sind wir nicht nur als Interessenvertretung der kommunalen Seite unterwegs, sondern wir begleiten operativ Landkreiskonvois, die die Verwaltungsdigitalisierung ganz konkret vor Ort implementieren wollen. Beim demografischen Wandel lautete und lautet unser Credo, dass dieser durch proaktive und aktivierende kommunale Sozialpolitik gestaltet werden muss, wenn er nicht erlitten werden soll.

Krisenmanagement und Zukunftsgestaltung, meine Damen und Herren, ist ohne ausreichende Finanzmittel nicht möglich. Deshalb haben in den vergangenen beiden Jahren die Finanzverhandlungen mit dem Land erneut einen breiten Raum in unserer Verbandsarbeit eingenommen. Hier konnte manches erreicht werden. Ich nenne hier nur beispielhaft den mit 240 Millionen Euro dotierten Krankenhausrettungsschirm, den wir Ende 2021 vereinbaren konnten. Allerdings haben die letzten Verhandlungsrunden gezeigt, dass uns finanzpolitisch äußerst schwierige Zeiten ins Haus stehen.

Umso wichtiger ist es, gerade in Zeiten wie diesen einen Präsidenten an der Spitze des Verbands zu haben, der – wir sehen es heute – keine Belastbarkeitsgrenzen zu kennen scheint. Deswegen ist es mir auch ein Anliegen im Rahmen meines Geschäftsberichts, Ihnen, Herr Präsident, für Ihren großartigen Einsatz

zu danken und vor allem auch für das tolle Zusammenspiel mit der Geschäftsstelle. Herzlichen Dank dafür.

In meinen Dank schließe ich auch alle Landrätinnen und Landräte ein, die durch ihr Engagement in den Gremien des Landkreistags, aber auch durch das Einstehen für verbandspolitische Positionen unsere verbandspolitischen Erfolge überhaupt erst möglich machen. Bitte richten Sie, sehr geehrte Landrätinnen und Landräte, einen herzlichen Dank der Geschäftsstelle auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Häusern aus, denn die Arbeit, die Qualität eines Landkreistags und seiner Geschäftsstelle ist immer nur so gut wie die Hinweise, Stellungnahmen und Impulse, die wir von den Landratsämtern aus Ihren Häusern erhalten.

Last, but not least gilt ein herzliches Dankeschön dem Team unserer Geschäftsstelle. Es ist wirklich enorm, was meine Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit multipler Krisen leisten mit hohem Pflichtbewusstsein, man möchte fast sagen: mit altpreußischem Pflichtbewusstsein. Das ist wirklich großartig, und darauf kann man stolz und dafür muss man dankbar sein.

Seien Sie versichert, meine Damen und Herren, dass wir als Landkreistag und als dessen Geschäftsstelle auch in den kommenden zwei Jahren alles unternehmen und alles daransetzen werden, die Landkreise auch in diesem schwieriger werdenden Fahrwasser zu unterstützen und zu flankieren in ihrer Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Der neue Newsletter Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist da!

Von Christine Stutz, Stuttgart



Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

Mit einem neuen Newsletter informiert das Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BE) seine Mitglieder seit November 2022 über relevante Neuigkeiten. „Das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und zu stärken ist in Krisenzeiten wichtiger als je zuvor. Ich freue mich, dass wir mit dem Newsletter einen zusätzlichen Service anbieten können, um die Fachkräfte in den Landkrei-

sen und die Engagierten vor Ort zu unterstützen“, so der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis v. Komorowski.

In den Rubriken: „Aktuelles, Veranstaltungen, Fördermöglichkeiten, Wettbewerbe, Good-Practice-Beispiele und Publikationen“ präsentiert der Newsletter gebündelt aktuelle Informationen zum Bürgerschaftlichen Engagement. Christine Stutz, Fachberaterin für Bürgerschaftliches Engagement beim Landkreistag Baden-Württemberg und Leiterin des Landkreisnetzwerks BE freut sich: „Gleich nach Erscheinen des ersten Newsletters gab es ein positives Feedback und zahlreiche Neuanmeldungen.“ Sie ist sich sicher: „Nur wer gut informiert ist, kann die vielfältigen Möglichkeiten nutzen und Bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern.“ Immer wieder

macht sie die Erfahrung, dass Hilfsmöglichkeiten zu wenig bekannt sind. Der Newsletter soll dazu beitragen, die Fachkräfte in den Landkreisen und über die Netzwerke der Landkreise auch die Kommunen, Initiativen, Vereine und gemeinnützigen Organisationen mit hilfreichen Informationen zu unterstützen.

Der Newsletter erscheint ungefähr sechsmal jährlich. Wenn Sie ihn abonnieren möchten, dann schreiben Sie eine E-Mail an: [stutz@landkreistag-bw.de](mailto:stutz@landkreistag-bw.de)

---

Christine Stutz ist Fachberaterin für Bürgerschaftliches Engagement beim Landkreistag Baden-Württemberg und Leiterin des Landkreisnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BE).

## „Gemeinsam krea(k)tiv!“ – von grau zu bunter Vielfalt

Von Reinhard Mitschke, Rhein-Neckar-Kreis

Unter diesem Motto fand zum diesjährigen Freiwilligentag der Metropolregion Rhein-Neckar, am Samstag, den 17. September 2022, ein gemeinsames Projekt des Rhein-Neckar-Kreises, der Stadt Eberbach und der Gemeinschaftsschule Eberbach statt. Freiwillige Helferinnen und Helfer waren hierbei nicht nur die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule und die Mitarbeitenden der Stabsstelle für Integration und gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch Landrat Stefan Dallinger, Verbandsdirektor der Metropolregion Rhein-Neckar Ralph Schlusche, Bürgermeister

Peter Reichert und Schulleiter Udo Geilsdörfer.

Die Anwesenden starteten an der Gemeinschaftsschule mit der symbolischen Übergabe eines Beratungsraums an die Interkulturellen Elternmentorinnen und Elternmentoren durch Schulleiter Geilsdörfer in den Freiwilligentag. Die Elternmentorinnen Ela Yüksel und Jéssica dos Santos nutzten die Gelegenheit, um die von ihnen erstellte mehrsprachige Informationsbroschüre „Willkommen in Eberbach“ für Neuzugewanderte vorzustellen. Außerdem gaben sie einen kurzen Einblick in ihre Arbeit als Ansprechper-

sonen für andere Eltern im Kontext von Kita, Schule und Kommune.

Anschließend stellten die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule ein Graffiti zum Thema „Vielfalt und Integration“ vor, welches sie bei Projekttagen im Juli unter der Anleitung ihrer Kunstlehrerin Tanja Häffner angefertigt hatten.

Landrat Dallinger zeigte sich begeistert und lobte die Leistung der Jugendlichen: „Es ist beeindruckend, wie intensiv ihr euch mit der wichtigen Thematik „Vielfalt und Integration“ in eurer Schule auseinandergesetzt und bei der Gestaltung



**Vorstellung der Broschüre „Willkommen in Eberbach“ (v.l.n.r.): Stefan Dallinger, Reinhard Mitschke (Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement im Rhein-Neckar-Kreis), Ralph Schlusche, Udo Geilsdörfer, Jéssica dos Santos, Ela Yüksel, Peter Reichert, Maria Theresia Brucker (Stv. Leitung Stabsstelle für Integration und gesellschaftliche Entwicklung)**

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

des Bildes jeweils eure individuellen Talente eingebracht habt!“

Mit „bunter Vielfalt“ wurde ein Material-Container auf dem Schulhof unter der Anleitung des freischaffenden Künstlers Jens-Peter Lages besprayt. Neben dem Schriftzug „Gemeinschaft“ wurden die einst grauen Außenwände mit Regenbogenfarben gestaltet, welche die vielfältige Schulgemeinschaft symbolisieren. Musikalisch begleitet wurde die Aktion von der Band „The What“, einer Kooperation der Gemeinschaftsschule und des Hohenstaufen-Gymnasiums-Eberbach innerhalb des Projekts „Gemeinsam krea(k)tiv!“.

Reinhard Mitschke, der Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement des Rhein-Neckar-Kreises, war sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Freiwilligentages 2022 und fasste zusammen: „Gemeinsam krea(k)tiv!“ hat sich in den letzten Jahren mit Hilfe der Engagierten in Eberbach zu einem Leuchtturmprojekt für Integration und Zusammenhalt im Rhein-Neckar-Kreis entwickelt. Der Freiwilligentag 2022 mit dem Ergebnis des bunten Containers mitten auf dem Schulhof der Gemeinschaftsschule stellt hier ein vorläufiges Highlight dar.

Das Schulmotto der Gemeinschaftsschule Eberbach lautet ab jetzt: „Gemeinschaft leben!“



**Präsentation des Graffitis zum Thema „Vielfalt und Integration“** Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

## Was ging dem voraus?

Das Projekt „Gemeinsam krea(k)tiv!“ befindet sich bereits im fünften Jahr und wächst immer weiter. Anlass genug, um noch einmal zurückzuschauen und die Schritte bis heute Revue passieren zu lassen. Nicht zuletzt auch, um diejenigen zu nennen, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre.

## Die Anfänge

Alles begann als Reinhard Mitschke, damals noch Bildungskordinator für Neuzugewanderte bei der Stabsstelle Integration des Landratsamts Rhein-



**Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Eberbach mit Kunstlehrerin Tanja Häffner**

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



Kunstlehrerin Tanja Häffner mit Schülerinnen beim Besprayen des Containers

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



Mitglieder der Band „The What“

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



Alle Beteiligten freuen sich über das neue Schulmotto.

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Neckar-Kreis, Hartmut Quiring, Gymnasiallehrer für Musik und Deutsch als Zweitsprache, bei einer Schulveranstaltung im Juli 2017 traf.

Hartmut Quiring war auf der Suche nach Möglichkeiten, um seine bisherige Integrationsarbeit am Hohenstaufen-Gymnasium-Eberbach (HSG) fortzuführen. Angefangen hatte diese zum Zeitpunkt der Einrichtung einer Vorbereitungsklasse am HSG im Jahr 2016. Eine von nur zweien im Rhein-Neckar-Kreis, die an einem Gymnasium angesiedelt waren. Gleichzeitig begann die Ausbildung von zwölf ehrenamtlichen Integrationsmentorinnen und -mentoren aus den Klassen 7–12. Sie unterstützten ihn bei der Erarbeitung von zwei Theaterstücken mit den Kindern und Jugendlichen aus der Vorbereitungsklasse. Eine Abiturientin brachte ihr Knowhow aus der Schultheater-AG mit ein. Die damalige Schulsozialarbeiterin, Magdalena Boll, engagierte sich hierbei zusätzlich in der musikalischen Ausarbeitung.

Im darauffolgenden Schuljahr 2017/18 gründeten zwei der Mentorinnen eine von ihnen selbst geleitete Vorbereitungsklassen-AG am HSG. Zwei weitere Mentorinnen erteilten zwei eritreischen Mädchen Klavierunterricht. Die Bürgerstiftung Eberbach und der Förderverein des HSG statteten die beiden Mentorinnen mit weiteren Instrumenten aus. So wurde eine Gitarrengruppe für die VKL-Mitglieder gegründet und Magdalena Boll organisierte einen Straßenmusik-Auftritt in der Altstadt von Eberbach. Viel ehrenamtliches Engagement von verschiedenen Seiten führte schon 2016 zu all diesen Aktivitäten mit dem Ziel, den Integrationsprozess neben der gezielten Sprachförderung durch musisch-kulturelle Bildungsangebote aktiv zu unterstützen.

### „Gemeinsam krea(k)tiv!“ entsteht

Reinhard Mitschke und Hartmut Quiring waren sich auf Anhieb einig, dass das Engagement noch weiter in die Zivilge-

sellschaft vor Ort getragen werden sollte. Daher ergriffen sie die Initiative und versuchten, möglichst viele Kinder und Familien sowie alle Schulen in Eberbach in das Projekt zu integrieren. Seither begleiten sie das Projekt gemeinsam.

In seiner damaligen Funktion als Bildungsbeauftragter für Neuzugewanderte in der Stabsstelle Integration des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis war es unter anderem die Aufgabe von Reinhard Mitschke, Projekte im Bereich von Bildung und Integration zu initiieren. Dementsprechend unterstützte er die Aktiven bei der Suche nach Fördermöglichkeiten. Eine Herausforderung hierbei war allerdings, dass die Zahl der Antragstellenden die zur Verfügung stehenden Mittel der vorhandenen Förderprogramme damals weit überschritten. Glücklicherweise übernahm die Musikschule Eberbach mit ihrem Leiter Tobias Soldner spontan für einen zuvor festgelegten Zeitraum die finanzielle Unterstützung des Projekts.

An anderer Stelle half die Rektorin des HSG Anja Katzner, indem sie spontan die Aula des Gymnasiums für die wöchentlichen Treffen zur Verfügung stellte. Zwei der Integrationsmentorinnen, Ricarda und Samira, erklärten sich bereit, die Initiative als Projekt „Gemeinsam krea(k)tiv!“ verantwortlich weiterzuführen. Damit es direkt losgehen konnte, steuerte die damalige Stabsstelle Integration des Rhein-Neckar-Kreises abschließend noch Lehrbücher bei.

## Die Arbeit sichtbar machen

Zwölf neue Kinder zwischen 7 und 13 Jahren kamen gleich zum ersten Tref-

fen. Das Konzept, ein Theaterstück von Kindern für Kinder über ihre Welt und Herkunft erarbeiten zu lassen und dabei ihre Deutschkenntnisse zu verbessern, erwies sich als erfolgreich. Anfangs waren die fremden Sprachen der Musikstücke zwar etwas herausfordernd. Allerdings sorgte dies gleichzeitig für dieselben Startbedingungen für alle. Einige Kinder konnten bei den Aufführungen ihre eigenen Eltern mit den neu erworbenen Sprachfähigkeiten regelrecht überraschen.

Insgesamt entstand so Schritt für Schritt ein Projekt aus der Mitte der Gesellschaft. Die Bühnentechnik-AG des HSG stellte beispielsweise die Ton- und Lichttechnik kostenlos zur Verfügung. Insbesondere die Percussion-Workshops, die der Dozent der Musikschule Philipp Köhler als Ergänzung zur den wöchentlichen Treffen leitete, kamen bei den Kindern und Eltern sehr gut an und weckten das Interesse an mehr gemeinsamer Krea(k)tivität. Die Stadt Eberbach, vertreten durch Bürgermeister Peter Reichert, wurden letztlich ebenso für das Projekt gewonnen.

Als das HSG im Frühjahr 2019 „Schule ohne Rassismus“ wurde, konnte es dank der engagierten Integrationsmentorinnen und des bereits laufenden Projekts schon am Tag der Verleihung des Labels Taten vorweisen.

## Das Projekt, geht in die Fläche. Was genau war passiert?

Alle Beteiligten engagierten sich längerfristig für das Projekt. Somit war nicht nur die Unterstützung, sondern auch die Finanzierung gesichert. Insbesondere da

die Stadt Eberbach die Integrationsmentorinnen, die zusätzlichen Angebote im Bereich Kunst sowie die Gründung der schulübergreifenden Big Band finanzierte und das Landratsamt das Projekt inhaltlich und finanziell über die Bildungskoordination unterstützte.

## Die Schulband

Die neu gegründete Band wird von dem kubanischen Musikpädagogen Marcos Gonzales geleitet. Die Instrumente stellen die Schule, die Musikschule und das Landratsamt zur Verfügung.

<https://bit.ly/3F1fGOp>

**Youtube-Video: Selbst während des coronabedingten Lockdowns wurden Möglichkeiten gefunden „aufzutreten“.**

Die Idee des kultur- und schulartübergreifenden „gemeinsam“ hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Von Förderschule bis Gymnasium spielen hier Mitglieder aller Schularten miteinander Theater. Zusammengefasst sind somit viele Personen, ehrenamtlich, hauptamtlich und vor allem aber Kinder aller Schulen, deren Eltern und Lehrkräfte beteiligt. Darüber hinaus sind auch Neuzugewanderte als Lehrende und Leitende beteiligt, beispielsweise im Rahmen von Kreativworkshops.

Reinhard Mitschke ist Beauftragter für Bürgerschaftliches Engagement und Stabsstelle für Integration und gesellschaftliche Entwicklung im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis.

# Finde Dein Engagement!

Von Miriam Moll und Nadja Gauß, Bodenseekreis

Unter diesem Motto hat das Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bodenseekreis in der zweiten Septemberwoche zu einer Engagementwoche eingeladen. Die rund 70 Mitglieder des Netzwerks aus sozialen Vereinen, Initiativen und Einrichtungen wurden dazu aufgerufen, ihre regulären Angebote, wie Mitmach-Aktionen, Vorträge und Austauschtreffen, für weitere Interessierte zu öffnen. So ergab sich ein bunter Engagementkalender mit rund 20 kostenlosen und unverbindlichen Angeboten zum „Hineinschnuppern“ in verschiedene Engagementmöglichkeiten. Beim Rundgang durch den Tafelladen, dem Besuch

von Betreuungsgruppen älterer Menschen oder beim Besuch des Bürgerbusses auf dem Wochenmarkt wurde die Vielfalt des Engagements im Bodenseekreis sichtbar gemacht und Möglichkeiten des Engagements aufgezeigt. Durch die Einschränkungen der Pandemie sind bei vielen Initiativen Ehrenamtliche weggebrochen. Um wichtige Angebote zum Beispiel für ältere oder eingeschränkte Menschen aufrecht erhalten zu können, sind Vereine, Organisationen und Initiativen aber auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Doch die Suche nach neuen Engagierten gestaltet sich schwierig. So ist es

als Erfolg zu werten, dass durch die Engagementwoche einige neue Engagierte für einzelne Initiativen gewonnen werden konnten.

Auch für 2023 plant das Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bodenseekreis wieder eine Engagementwoche. Begleitet wurde die Engagementwoche erstmals durch eine Social-Media-Kampagne.

Miriam Moll und Nadja Gauß sind in der Servicestelle Bürgerschaftliches Engagement im Landratsamt Bodenseekreis tätig.



Beispiele der Instagram-Kampagne zur Engagementwoche im Bodenseekreis

Quelle: Landratsamt Bodenseekreis

## Quartiersentwicklung in den Landkreisen: Land fördert weitere Quartiersprojekte

Von Lisa Frauhammer, Stuttgart

In der aktuellen Förderrunde des Förderprogramms „Quartiersimpulse“ im Rahmen der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ unterstützt das Land weitere acht Quartiersprojekte mit rund 650.000 Euro.

Der Landkreistag gratuliert dem Landratsamt Alb-Donau-Kreis zur Aufnahme ins Förderprogramm. Der Alb-Donau-Kreis nutzt die Fördermittel in Höhe von 108.145 Euro zur Umsetzung eines Quartiersprojektes in Kooperation mit der Stadt Dietenheim. Unter dem Projekttitel „Quartiersimpulse Dietenheim“ sollen nachbarschaftliche Strukturen gefestigt und eine nachhaltige Vernetzung von Akteuren und Institutionen gefördert werden. Dabei möchte das Landratsamt gemeinsam mit dem Kreissenorenrat des Alb-Donau-Kreises Impulse für eine alters- und genera-

tionengerechte Quartiersentwicklung setzen.

Im Rahmen der Landesstrategie haben bereits 14 Landkreise eine finanzielle Förderung erhalten. Damit wurden unterschiedlichen Quartiersentwicklungsprojekte umgesetzt, wie beispielsweise die Qualifizierung älterer Menschen im Umgang mit digitalen Medien, die Einrichtung eines Quartierstreffpunkts oder die Entwicklung kommunaler Quartiersentwicklungsplänen in kreisangehörigen Kommunen.

Seit Juli 2018 berät die Fachberatungsstelle Quartiersentwicklung im Landkreistag zu Fragen der Quartiersentwicklung und unterstützt die Landkreise in der Fördermittelakquise. Ansprechpartnerin ist Lisa Frauhammer (Telefon: 0711 / 224 61-31; E-Mail: frauhammer@landkreistag-bw.de).

Weitere Informationen:  
[www.quartier2030-bw.de](http://www.quartier2030-bw.de)



Finanziert durch Landesmittel, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

Lisa Frauhammer ist Fachberaterin für Quartiersentwicklung beim Landkreistag Baden-Württemberg.

## Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg – Systematische Förderung des Landes ab 2023 als Konsequenz aus der Armutsbereichterstattung

Von Dr. Michael Wolff, Stuttgart

Armut von Kindern und Jugendlichen darf sich nicht auf ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihr weiteres Leben auswirken. Zum 1. Januar 2023 schafft das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration deshalb eine für Kommunen attraktive, transparente und verlässliche Fördersystematik zum *Aufbau* von neuen Präventionsnetzwerken



Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (SM)

gegen Kinderarmut sowie für die *Weiterentwicklung* der bestehenden Netzwerkstandorte mit neuen Elementen – und nun auch für die *Verstärkung* von bereits gut etablierten Netzwerken, das heißt für die Fortsetzung der bestehenden Erfahrungen und Umsetzungsschritte im Sinne von Nachhaltigkeit.



Quelle: Privat

Die Förderung baut auf die Daten zur Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern und zu Wechselwirkungen mit Gesundheit, Bildung, Wohnen etc. auf.

## Zum Ansatz der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut

Ziel eines Präventionsnetzwerkes gegen Kinderarmut ist es, eine integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln.

Weitere Informationen zum Ansatz:  
[www.starkekinder-bw.de/ansatz-pnetz](http://www.starkekinder-bw.de/ansatz-pnetz)

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration und die Familienforschung im Statistischen Landesamt bieten im Januar 2023 zwei digitale Informationsveranstaltungen an (Webex), in denen Sie sich über den Ansatz der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und die Fördermöglichkeiten persönlich informieren und Ihre Fragen stellen können: 17.01.2023, 10–12 Uhr oder 31.01.2023, 13–15 Uhr, Anmeldung: [armutspraevention@sm.bwl.de](mailto:armutspraevention@sm.bwl.de)

Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien sollen auf diesem Wege gesteigert werden und die Heranwachsenden sollen dazu befähigt werden, die ihnen zur Verfügung stehenden Teilhabemöglichkeiten auch individuell einzulösen.

Armutsbekämpfung und Armutsprävention liegen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Die Aktivitäten des Landes sind eine zusätzliche Freiwilligenleistung. Es ist das Ziel des Landes, die Kommunen, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, dabei zu unterstützen, möglichst frühzeitig in Strukturen und Angebote für ein gesundes Aufwachsen von allen Kindern und Jugendlichen zu investieren. Materielle Armutsgefährdung im Kindesalter soll sich nicht negativ auf die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe im weiteren Leben auswirken. Alle Kinder und Jugendlichen sollen gut und gesund aufwachsen, damit sie ihr weiteres Leben selbstbestimmt führen und gestalten können und zu mündigen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration strebt an, bis 2030 ein Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut in jedem Stadt- und Landkreis in Baden-Württemberg zu etablieren. Auf diesem Weg befinden wir uns in einer strategisch wichtigen Phase: Es ist Halbzeit, das heißt in 22 Kreisen gibt es schon entsprechende Aktivitäten, in den anderen 22 Kreisen noch nicht.

Übersicht über die Standorte: <https://www.starkekinder-bw.de/standorte/>  
In einigen Städten und Gemeinden der 22 noch nicht am Ansatz der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut beteiligten Kreise bestehen bereits eine Reihe von Angeboten zur Förderung der Teilhabechancen von armutsgefährdeten Kindern. Auch die Kreise sind häufig auf diesem Gebiet aktiv. Die bestehenden Angebote sind bei verschiedenen Trägern angesiedelt, werden unter-

schiedlich finanziert und basieren auf verschiedenen Rechtsgrundlagen. Diese Einzelmaßnahmen sind nicht immer aufeinander abgestimmt, was zu Doppelungen und Lücken im Gesamtangebot führen kann.

Durch die Arbeit eines Präventionsnetzwerkes gegen Kinderarmut soll die Unübersichtlichkeit der Angebotslandschaft überwunden und eine integrierte kommunale Gesamtinfrastruktur zur Armutsprävention geschaffen und weiterentwickelt werden.

In diesem Prozess gibt es drei zentrale Bausteine:

### *Präventionskette:*

Sie ist Kern der Umsetzung einer integrierten kommunalen Gesamtstrategie zur kindbezogenen Armutsprävention. Die Präventionskette erstreckt sich von der Geburt bis zum Übergang von der Schule in den Beruf (in der Regel von 0 bis 18 Jahren) und bildet entlang der alters- und entwicklungsbezogenen Biografie der Kinder und Jugendlichen unterschiedliche Handlungsfelder ab. Die bereits bestehenden Unterstützungsangebote für armutsgefährdete Kinder, Jugendliche und deren Familien in kommunaler und freier, gemeinnütziger Trägerschaft werden erhoben, systematisch visualisiert und so miteinander verbunden. Es werden Präventionslücken sichtbar.

### *Netzwerkgruppe:*

Es handelt sich um eine Vernetzungsplattform für alle Organisationen und Initiativen, die sich bei der Bekämpfung von Kinderarmut vor Ort engagieren. Sie sollen ihre Aktivitäten durch die Zusammenarbeit in der Netzwerkgruppe gegenseitig kennenlernen und zusammenwirken, die vorhandenen Angebote aufeinander abstimmen sowie neue gemeinsame Angebote schaffen, um die Lücken der Präventionskette zu schließen.

### *Netzwerkkoordination:*

Die Abstimmung, Lenkung und fachliche Weiterentwicklung der Netzwerkgruppe gehören zu ihren Aufgaben. Die Person,

die diese Aufgabe ausführt, sollte entsprechend qualifiziert sein bzw. werden und über interne und externe Ausführungskompetenzen verfügen.

## **Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut (VwV PNetz)**

Mit der VwV PNetz soll zum 1. Januar 2023 eine dreigliedrige Förderung des Landes eingeführt werden, die aufeinander aufbaut:

### *Baustein PNetzAufbau:*

Aufbau von neuen Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut (unter Nutzung vorhandener Strukturen)

### *Baustein PNetzWeiterentwicklung:*

Weiterentwicklung bestehender Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut mit neuen Elementen (z.B. Erweiterung des Zielgruppenalters, neue thematische Schwerpunkte, größeres Projektgebiet etc.)

### *Baustein PNetzVerstetigung:*

Verstetigung, das heißt Fortsetzung der laufenden Arbeit bereits gut etablierter Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut

Für alle drei Bausteine gelten insbesondere die folgenden Förderkriterien:

Antragsberechtigt für die Förderung sind Kommunen (Kreise, Städte, Gemeinden), aber auch Kirchen, Sozialverbände, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere gemeinnützige Organisationen der Zivilgesellschaft.

→ Entscheidend ist, dass das Vorhaben von Anfang an im Sinne der Vernetzung als Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren angelegt ist. Auch innerhalb der Kommunalverwaltung sollte eine bessere themenorientierte Vernetzung zwischen den Ämtern und Sachgebieten angestrebt werden.

Das Vorhaben kann sich auf einen Kreis, eine Stadt oder eine Gemeinde er-

strecken. In einem ersten Zugang kann auch ein Stadtteil, ein Ortsteil oder ein Quartier als Pilotstandort dienen. Die Auswahl des Projektgebiets soll anhand der Sozialstruktur erfolgen, das heißt, die Projekte sollen an Orten stattfinden, an denen von einer besonders hohen Armutsgefährdung oder sozialen Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen auszugehen ist.

Das Vorhaben soll stets die Altersspanne der 0 bis 18 Jahre im Blick haben, kann sich aber in einem ersten Zugang auf eine kleinere Altersspanne beschränken. Für eine wirksame Präventionskette ohne Lücken ist es notwendig, dass die Netzwerkgruppe auf Grundlage einer Angebots- und Bedarfserhebung neue Angebote zur Prävention von Kinderarmut und deren Folgen plant und umsetzt, z.B. Beteiligungsförderung, Förderung der Kindergesundheit und der gesunden Ernährung sowie Bewegungsförderung, Sensibilisierung der Fachkräfte und der Öffentlichkeit für das Thema Kinderarmut oder Aufbau von Familienpatenschaften oder Lotsensystemen für Familien.

→ Entscheidend ist, dass die neuen Angebote an der örtlichen Angebotsstruktur und den örtlichen Bedarfen von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern andocken.

Bei den aufeinander aufbauenden Förderungen mit den Bausteinen PNetzAufbau und PNetzWeiterentwicklung handelt es sich in der Regel jeweils um eine 24-monatige Projektlaufzeit mit einer maximalen Fördersumme in Höhe von bis zu 100.000 Euro. Zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung wird eine 30-prozentige Eigenbeteiligung vorausgesetzt.

Nachdem ein Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut diese beiden Förderbausteine durchlaufen hat, besteht ab 2023 erstmals die Möglichkeit, eine Förderung mit dem Baustein PNetzVerstetigung zu beantragen. Damit geht das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration einen weiteren wich-

tigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit: Die Maßnahmen der Armutsprävention des Landes waren bisher schon evidenzbasiert. Zukünftig unterstützt das Land auch die Weiterführung der aufgebauten Strukturen und Angebote, damit diese nach und nach in kommunal gefestigte Bahnen gelenkt werden können. Dafür können unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 30.000 Euro pro Jahr als Zuschuss zum Fehlbedarf bereitgestellt werden.

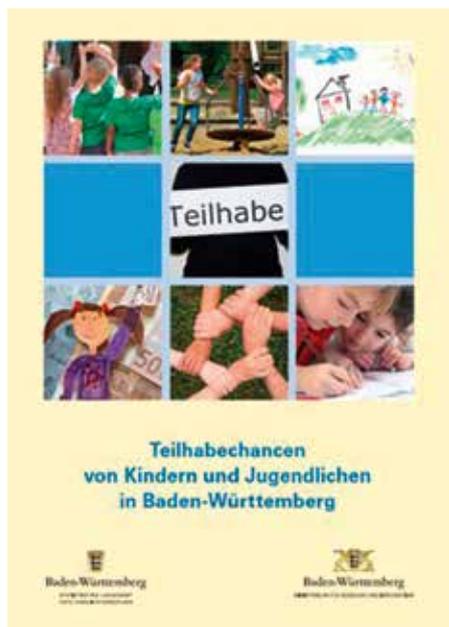
Zu den Voraussetzungen von Baustein PNetzVerstetigung gehört unter anderem, dass eine integrierte kommunale Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut weitgehend geschaffen sein muss. Außerdem müssen der Mehrwert und eine positive Wirkung der bereits geleisteten Projektarbeit erkennbar sein. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist es auch wichtig, dass kreisangehörige Städte und Gemeinden oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die Projektträger sind, sich mit dem Kreis zusammensetzen und die weitere Entwicklung des Vorhabens planen und festlegen.

## **ArmutBerichterstattung für Baden-Württemberg**

Um passgenaue Unterstützungsangebote zur Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut entwickeln zu können, braucht es eine aussagekräftige Datengrundlage.

Im Jahr 2021 hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zusammen mit der Familienforschung im Statistischen Landesamt den Bericht zu Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg veröffentlicht.

Der Bericht nimmt die Bedingungen für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Blick. Der Fokus liegt dabei auf empirischen Ergebnissen zu verschiedenen Dimensionen der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen und den diesbezüglichen kommunalen und



Quelle: SM

zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration baut des Weiteren die bisherige Armutsberichterstattung mithilfe eines Konzepts von vier Modulen aus. Für die Umsetzung wird die Familienforschung im Statistischen Landesamt beauftragt. Bei der Umsetzung wird der Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg, in dem auch die Kommunalen Landesverbände vertreten sind, intensiv beteiligt.

Ausgehend vom Ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg (2015) werden entsprechende Grundlagendaten jährlich im Gesellschaftsmonitoring ([www.gesellschaftsmonitoring-bw.de](http://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de)) detailliert fortgeschrieben.

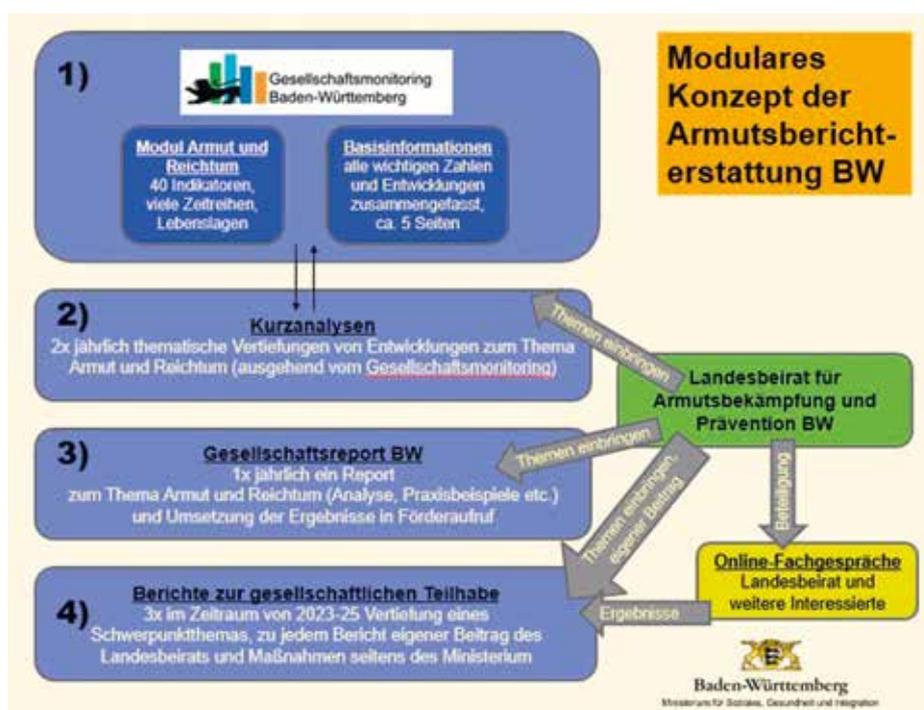
Kurzanalysen bieten bis zu zweimal pro Jahr die Möglichkeit einer vertiefenden Analyse ausgewählter Ergebnisse und Entwicklungen, die sich im Gesellschaftsmonitoring zeigen.

Einmal jährlich wird ein Thema aus dem Bereich Armut und Reichtum als Gesellschaftsreport Baden-Württemberg bearbeitet. Dabei wird eine sozialwissenschaftliche Datenanalyse mit good practice ergänzt und es werden Schlussfolgerungen für die Praxis gezogen. Die Ergebnisse werden aufgegriffen und deren Umsetzung im Rahmen eines Förderaufrufs zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention angeregt.

Im Zeitraum 2023 bis 2025 werden drei Berichte zur gesellschaftlichen Teilhabe

erstellt. Diese beinhalten die wissenschaftliche Analyse eines Schwerpunktthemas, Handlungsempfehlungen des Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention, die aus der Analyse abgeleitet werden sowie einen Beitrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration.

Dr. Michael Wolff ist Referent für Armut und soziale Teilhabe im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg.



Quelle: SM

# Zusammenhalt, Integration, Professionalisierung: Pilot des Fortbildungsprogramms für Integrationsbeauftragte erfolgreich gestartet

Von Dr. Kathrin Leipold, Universität Konstanz

Am 10. und 11. November 2022 fand der prototypische Durchlauf der ersten beiden Module des Fortbildungsprogramms für Integrationsbeauftragte im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration statt. Das Fortbildungsprogramm ist Teil des bundesweiten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, kurz FGZ, und stellt eine bisher einzigartige Wissenssicherung und Wissensweitergabe dar, die als Prototyp in Baden-Württemberg entwickelt wurde und bundesweite Strahlkraft hat. Das Projekt hat es sich zum Ziel gesetzt, mit dem Fortbildungsangebot die vielfältigen Aufgaben der Integrationsbeauftragten sichtbar zu machen und die Frage nach der Rolle von Integrationsbeauftragten für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Damit unterstützt das Fortbildungsprogramm stattfindende Professionalisierungsprozesse im Feld der Integrationsarbeit.

## Professionswissen im Feld der Integrationsarbeit

Die Analyse von Professionalisierungsprozessen beruht auf der Frage, was eine Integrationsbeauftragte oder ein Integrationsbeauftragter konkret wissen muss, um Integration umsetzen zu können? Von dieser Frage ausgehend war eine intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und zwischen Expertinnen und Experten aus der Praxis nötig, um das Programm stringent aufzubauen. Im engem Austausch wurden konkrete Spannungs-, Aufgaben- und Problemfelder in der tagtäglichen Arbeit der Integrationsbeauftragten sichtbar gemacht und als Grundlagen für den Aufbau des

Fortbildungsprogramms genutzt. Aus der Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis ist ein vorläufiges Curriculum entstanden, das den Reflexions-, Bündnis- und Organisationsprozessen in der tagtäglichen Arbeit der Integrationsbeauftragten Rechnung trägt. Das Fortbildungsprogramm ist aktuell in vier Module unterteilt, die sich der Struktur und dem Auftrag von Integrationsbeauftragten (Modul I), dem strategischen und auch individuellem Vorgehen im Verwaltungsalltag (Modul II), der Schnittstellenarbeit (Modul III) als auch der Arbeit mit und an Begriffen der Integration (Modul IV) widmen.

## Zwei Tage, vier Inputs, zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Veranstaltung am 10. und 11. November 2022 stellte die ersten beiden Module des Fortbildungsprogramms in den Mittelpunkt. Zehn Integrationsbeauftragte aus Städten, Landkreisen und Gemeinden aus Baden-Württemberg konnten

am Programm teilnehmen und lernten die gesellschaftliche Daueraufgabe Integration nochmal von einer ganz anderen Seite kennen.

Am ersten Tag wurde das Fortbildungsprogramm durch Dr. Kathrin Leipold eröffnet. In ihrem Beitrag fokussierte sie die Zusammenhänge zwischen Integration, Zusammenhalt und Professionalisierung. Anwesend waren neben den zehn Teilnehmenden auch Sabine Schneider und Sebastian Altemüller vom Grundsatzreferat Integration des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Naemi Haberkorn, die als akademische Hilfskraft die Arbeit am Fortbildungsprogramm unterstützt, wie auch Stefan Schlagowsky-Molkenthin, Integrationsbeauftragter der Stadt Singen, trugen gemeinsam den ersten Input zu „Auftrag, Struktur und Netzwerke von Integrationsbeauftragten“ vor. In ihrem Beitrag und den Hinweisen der Teilnehmenden zeigte sich deutlich, wie wichtig ist es, die aktuellen und allgemeinem Dokumente integrationspolitischer Arbeit



Quelle: Naemi Haberkorn, Universität Konstanz

auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu kennen. So wurden beispielsweise Auszüge aus der Antrittsrede der Bundesintegrationsbeauftragten Reem Alabali-Radovan besprochen oder ein Überblick über die integrationspolitischen Akteurinnen und Akteure in Baden-Württemberg gegeben. Ergänzt wurden die beiden Teile des Vortrags durch eine lebhaft diskutierte Frage, was Integration bedeuten kann und wie man sich im Alltag mit knappen Ressourcen und vielfältigen Aufgaben organisiert. Diese Fragen waren auch die Brücke zum zweiten Tag, an dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Spielregeln der Verwaltung und der eigenen Positionierungen im Verwaltungsalltag auseinandersetzten. Die Inputs am zweiten Tag wurden gehalten von Manuela Voith aus Winnenden und Anne Kathrin Müller aus Ludwigsburg. Mit dem Auftakt von Manuela Voith hatten die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit, sich über eine interaktive Methode besser in ihren jeweiligen Aufgaben kennenzulernen. Mit der Aufforderung, sich zu bestimmten Thesen wie „Integration braucht Zeit und Geduld“ oder „Ich bin in meinem Arbeitsumfeld integriert“ regte Manuela Voith zum Nachdenken über die eigene Arbeit in



Quelle: Naemi Haberkorn, Universität Konstanz

der Verwaltung an. Danach folgte ein Input zu Fragen der Staatsverwaltung, zu konkreten Handlungs- und Aufgabefeldern der Kommunen, zu verantwortlichen Gremien der integrationspolitischen Arbeit sowie zu den Grundsätzen der VwV-Integration. Abgerundet wurde auch dieser Input von der Möglichkeit, sich in Gruppenmethoden über die eigenen Organisationsstrukturen auszutauschen.

Den Abschluss der Veranstaltung machte Anne Kathrin Müller mit ihrem Beitrag zu Positionierung, Zielsetzungen und Strategien der eigenen integrationspolitischen Arbeit. Hier wurden die Teilnehmenden dazu aufgefordert, sich über die Eingebundenheiten in ihrer Kommune bewusst zu werden. Durch die Reflektion auf die eigene Positionierung, die Entwicklung eines Zielbildes für die eigene Stelle anhand des Gelernten und der Entwicklung erster konkreter Schritte zur Umsetzung gelang es, die Teilnehmenden mit einem individuellen, konkreten Plan für die kommenden Wochen und Monate auszustatten.

## Fortbildungsprogramm erhält Bestnoten

Spätestens in der Feedbackrunde wurde deutlich, wie wichtig das Angebot des Fortbildungsprogramms für Integra-

tionsbeauftragte ist: Die Projektverantwortliche, die Vertreterin des Ministeriums als auch die Referentinnen und Referenten waren sich einig, dass alle Teilnehmenden die Schulungsinhalte für ihre tägliche Arbeit als überaus hilfreich erachten. „Mein größter Erkenntnisgewinn war, dass Integrationsarbeit eine Querschnittsaufgabe zwischen den verschiedenen Akteuren ist und man nicht warten darf, um in die Umsetzung zu kommen“, so Nadine Grimmig von der Stadt Hockenheim. Auch Dunia Binder aus der Stadt Radolfzell schließt sich hier an und nimmt aus der Fortbildung mit, dass sie bereits „einiges weiß, aber noch viel lernen kann und dass Vernetzung und Austausch das A und O sind“. Mit Ende der Veranstaltung haben alle Teilnehmenden als auch Referentinnen und Referenten sehr zufrieden und beglückt ihren Heimweg angetreten.

## Fazit

Integrationsarbeit als Pflichtaufgabe, sowohl im Bund als auch vor allem im Land zu verorten benötigt verschiedene Akteurinnen und Akteure, die alle einen Beitrag zur Frage nach Integration als Praxis des gesellschaftlichen Zusammenhalts bearbeiten. Mit dem Fortbildungsprogramm ist nun ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Professo-



Quelle: Naemi Haberkorn, Universität Konstanz



Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Moderatorinnen und Moderatoren am ersten Tag:  
hintere Reihe (v.l.n.r.): Bobby Rafipoor, Martin Rauwolf, Lisa Hensler; mittlere Reihe (v.l.n.r.):  
Naemi Haberkorn, Kathrin Leipold, Nadine Grimmig, Stefan Schlagowsky-Molkenthin, Eva Petersik,  
Reinhold Ganz; vordere Reihe (v.l.n.r.): Dunia Binder, Elke Dachauer, Sybille Steib  
Quelle: Naemi Haberkorn, Universität Konstanz

nalisierung der Integrationsarbeit gelun-  
gen, der von allen Seiten als wertvoll an-  
gesehen wird.

Falls Sie weitere Informationen zum  
Projekt erhalten wollen, dann melden Sie  
sich auch gerne bei Dr. Kathrin Leipold  
unter: [kathrin.leipold@uni-konstanz.de](mailto:kathrin.leipold@uni-konstanz.de)

Weiterführende Links:

- <https://bit.ly/3V6sqbu>
- <https://www.fgz-risc.de/>

Dr. Kathrin Leipold ist als wissenschaft-  
liche Mitarbeiterin am Forschungsinsti-  
tut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an  
der Universität Konstanz tätig und ist  
Projektverantwortliche.

## Lösungen für ambulante Versorgung und Kurzzeitpflege entwickeln – Das „D-Care Lab“ geht in eine neue Runde

Von Felix Endrejat, Freiburg

„D-Care Labs“ steht für den langen Titel  
„Developing Labs to Facilitate Home Care  
Innovation and Entrepreneurship in the  
Danube Region“ des Interreg Projektes  
im Donaauraum, das sich die Entwicklung  
neuer Konzepte und Formate in der  
Häuslichen Pflege auf die Fahnen ge-  
schrieben hat. Nach dem Abschluss des  
Projektes im Dezember soll es im neuen  
Jahr in eine weitere Runde gehen, in der  
Teams aus innovationsfreudigen Insti-  
tutionen aus ganz Baden-Württemberg  
unter professioneller Begleitung indivi-  
duelle und konkrete Lösungen für die  
Pflegeherausforderungen vor Ort ent-  
wickeln können.

Weil die Pflegekrise nicht an Landes-  
grenzen Halt macht, hat sich das Inter-

reg-Projekt „D-Care Labs“ zum Ziel ge-  
setzt, die Herausforderung des erhöhten  
Pflegebedarfs im Verbund von zehn Län-  
dern und 26 Organisationen anzugehen  
und hat dafür insgesamt neun soge-  
nannte regionale „D-Care Labs“ geschaf-  
fen. Diese Institutionen, die durch Inno-  
vationsstrukturen und -programme dazu  
beitragen, die konkreten Herausforde-  
rungen in der Pflege von Kindern, Men-  
schen mit Behinderung und älteren  
Menschen vor Ort anzugehen, wurden  
zu Anlaufstellen und Experimentier-  
räumen für die regionalen Pflegeakteure  
und -organisationen, die in ihrem Alltag  
wenig Ressourcen für Innovationsent-  
wicklung finden. Insgesamt haben 250  
Kommunen, Pflegedienste, Pflegeträger

und andere Stakeholder aus dem Pflege-  
sektor mit akutem Bedarf an Neue-  
rungen hier professionelle Unterstüt-  
zung erhalten können. Der Pilotdurchlauf  
des Projektes startete im Juli 2020 und  
wird nun, nach 18 Monaten der Weiter-  
entwicklung, im Dezember 2022 abge-  
schlossen. Die große Abschlussveranstal-  
tung mit allen austragenden und  
teilnehmenden Organisationen fand am  
22. September im Kreativpark Lokhalle  
des Grünhofs in Freiburg im Breisgau  
statt.

Das Event beinhaltete einen Wettbe-  
werb, bei dem die neun vielverspre-  
chendsten der 250 entwickelten Inno-  
vationen sich präsentierten. Den ersten  
Platz belegte dabei das Innovationsteam



Beratung, D-Care-Lab 2021

Quelle: Nils Theurer, texttour, [www.texttour-freiburg.de](http://www.texttour-freiburg.de)

aus dem Landkreis Rastatt in Baden-Württemberg. Das Tandem bestehend aus dem Landratsamt Rastatt und der Firma Alarm-, Video- und Assistenz-Technik (AVT) hat im Rahmen des D-Care Lab Innovationsprogramms in Baden-Württemberg HILVER (Das Digitale Helfernetzwerk <https://www.hilver.de>) geschaffen: das digitale Vermittlungsangebot für Alltagsleistungen bürgerschaftlich Engagierter trägt dazu bei, dass pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen länger selbstbestimmt im häuslichen Umfeld leben können.

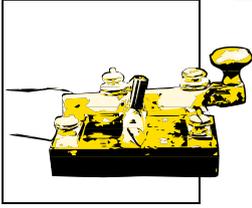
Aufgrund des großen Erfolges des Labs werden die Organisatoren des D-Care Lab BW, der Grünhof e.V. und die Diakonie Baden-Württemberg, das Projekt im kommenden Jahr weiterführen und einen neuen Durchlauf des Innovationsprogramms starten. Ab sofort und bis zum 31. Januar 2023 können sich zehn neue Teams aus Baden-Württemberg bewerben, die ab März 2023 eine Lösung für eine konkrete Pflege-Herausforderung bei sich vor Ort entwickeln wollen. Das Programm dauert sieben Monate, über die hinweg eine Investition von durch-

schnittlich sieben Stunden pro Woche pro Teilnehmendem erforderlich ist, und beinhaltet fünf Präsenzworkshops in Freiburg sowie parallele individuelle Begleitung bei der Entwicklung einer Lösung im Bereich der ambulanten Pflege, Kurzzeitpflege und sozialräumlichen Versorgung. Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass sich zwei unterschiedliche Organisationen zusammenfinden, die gemeinsam an der Lösungsentwicklung arbeiten wollen. Die Details zur Ausschreibung finden Sie auf der Website <https://social-innovation-lab.org/d-care-lab/>, wo auch das Bewerbungsformular ([www.bit.ly/bewerbung\\_dcare](http://www.bit.ly/bewerbung_dcare)) für das kostenfreie Programm bereitsteht. Außerdem bietet der Grünhof e.V. drei Termine für Informationsveranstaltungen an, zu denen man sich hier [www.bit.ly/anmeldung\\_ic](http://www.bit.ly/anmeldung_ic) anmelden kann.

Das D-Care Lab BW 2023 ist finanziert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat. Es wird kofinanziert durch die Korian Stiftung für Pflege und würdevolles Altern.

---

Felix Endrejat ist Programm-Manager beim Grünhof e.V.



## NACHRICHTEN

### **Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur dpa-Meldung „Land hebt Kontrolle der dritten Impfung in Pflege fast überall auf“ sowie zur Pressemitteilung Nr. 127 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg vom 20. September 2022**

Zur Meldung, wonach Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen, die vor dem 1. Oktober eingestellt worden sind, keine dritte Corona-Impfung nachweisen müssen, äußert sich der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Ich begrüße ausdrücklich, dass Gesundheitsminister Lucha die rechtlichen Spielräume nutzt und dadurch, wie von uns vorgeschlagen, eine weitere Verschärfung bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht verhindert. Angesichts des massiven Pflegenotstands in Kliniken und Pflegeheimen können wir es uns einfach nicht leisten, die Beschäftigten dadurch zu demotivieren, dass man sie mit einer Impfpflicht drangsaliert, die zum Jahresende ohnehin ausläuft. Ich appelliere daher auch an den Bund, die einrichtungsbezogene Impfpflicht nun rasch in einem parlamentarischen Schnellverfahren vollständig aufzuheben. Nachdem Gesundheitsminister Lucha die Möglichkeiten des Landes ausgeschöpft hat, muss jetzt Bundesgesundheitsminister Lauterbach handeln!“

### **Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg: „Landesvorstand remonstriert: Belastungsgrenze überschritten – kein „Weiter so!“ vom 22. September 2022**

Zur Positionierung des Gemeindetags und seines Präsidenten Steffen Jäger, wonach es angesichts der multiplen Krisen und der großen Zukunftsherausforderungen kein „Weiter so“ geben dürfe, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Was der Gemeindegtag für die Städte und Gemeinden konstatiert, gilt für die Landkreise in gleicher Weise: Die Landratsämter haben in den vergangenen Jahren die unterschiedlichsten Krisen managen müssen. Wie in der Hochphase der Corona-Pandemie lastet aktuell bei der Aufnahme von Flüchtlingen das staatliche Krisenmanagement ganz wesentlich auf den Schultern der Kreise. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Landratsämter sind inzwischen mehr als erreicht. Es bedarf daher dringend eines Aufgaben- und Standardabbaus. Insbesondere dürfen die Landratsämter nicht mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden. Dass das Land den Landratsämtern jetzt auch noch die Zuständigkeit für die Corona-Entscheidungsverfahren aufhalsen will, ist angesichts gut funktionierender Strukturen auf Ebene der Regierungspräsidien verwaltungsorganisatorischer Unfug und mit Blick auf die vielfältigen Krisenleistungen der Landratsämter schlichtweg respektlos.“

### **Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur dpa-Meldung: „Vier Bundesländer fordern von Lauterbach Ende der Isolationspflicht“ vom 27. September 2022**

Zu der Meldung, dass Minister Lucha gemeinsam mit drei Länderkollegen das Ende der Isolationspflicht bei Corona fordert, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Ich begrüße die von Gesundheitsminister Lucha unterstützte Länderinitiative zur Beendigung der Corona-Absonderungspflichten ausdrücklich. Dies entspricht einer Forderung, die von den baden-württembergischen Landkreisen schon seit längerem erhoben wird. Die Absonderungsmaßnahmen greifen in der Regel zu spät, um Infektionen zu vermeiden. Außerdem belasten die durch Absonderungen bedingten Personalausfälle insbesondere das medizinische Versorgungssystem und stellen ein Risiko für die kritische Infrastruktur dar. Ich kann Minister Lucha nur beipflichten: Wie bei jeder Infektionskrankheit muss auch bei Corona wieder der Grundsatz gelten, dass wer krank ist, zuhause bleibt, und wer gesund ist, normal arbeitet.“

### **Zumeldung zur dpa-Meldung „Hermann warnt vor Abbestellung von Zügen schon im nächsten Jahr“ vom 28. September 2022**

Zur Meldung, wonach Verkehrsminister Hermann vor einer drohenden Abbestel-

lung von Zügen bereits im kommenden Jahr warnt, äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, wie folgt:

„Es ist nur richtig, wenn Minister Hermann betont, dass bei einem Nachfolgeprodukt für das 9-Euro-Ticket das Pferd nicht von hinten aufgezügelt werden darf. Zunächst müssen die bestehenden Verkehre abgesichert werden, was angesichts gestiegener Energie- und Personalkosten schon für sich betrachtet eine Herausforderung darstellt. Auch braucht es Mittel, um die öffentlichen Verkehre auszubauen. Denn ein stark vergünstigtes Nahverkehrsticket für alle macht nur Sinn, wenn es auch alle nutzen können und es also auch in der Fläche ein attraktives ÖPNV-Angebot gibt. Daher muss eine Paketlösung des Bundes und der Länder zum 9-Euro-Nachfolgeprodukt zwingend die Schrittfolge berücksichtigen, dass erst die Finanzierung von Bestand und Ausbau geklärt sein muss, bevor ein Nahverkehrsticket in dieser Form eingetütet werden kann. Und natürlich darf eine Bund-Länder-Verständigung kein Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich der Kommunen, sein.“

### **Zumeldung zur dpa-Meldung „Datenschützer Brink fordert von Verwaltung maximale Transparenz“ vom 7. Oktober 2022**

Zur dpa-Meldung „Datenschützer Brink fordert von Verwaltung maximale Transparenz“ äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, wie folgt:

„Die Forderung nach einem Transparenzgesetz kommt zur absoluten Unzeit. Ein solches Gesetz würde massive Mehrbelastungen auf kommunaler Ebene mit sich bringen, die dort auf absehbare Zeit schlicht nicht zu schultern sind. Die Landkreise haben aktuell mit einer Vielzahl simultan ablaufender Krisen zu kämp-

fen. Sie müssen insbesondere die Flüchtlingsaufnahme managen und zum Gelingen der Klimawende beitragen. Es ist wichtig, dass sich die Landratsämter auf das konzentrieren, was für die Menschen wesentlich ist. Die Umsetzung eines Transparenzgesetzes und der dadurch verursachte Bürokratismus gehören definitiv nicht dazu.“

### **Landkreise unterstützen Finanzforderungen der Länder vom 10. Oktober 2022**

Zu der Forderung der Bundesländer gegenüber dem Bund, sie bei den Flüchtlingskosten und der ÖPNV-Finanzierung zu unterstützen, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Die baden-württembergischen Landkreise unterstützen nachdrücklich die Forderungen der Bundesländer nach einer fairen Flüchtlings- und ÖPNV-Finanzierung durch den Bund. Angesichts des massiven Fluchtgeschehens aus der Ukraine und über den Balkan ist es dringlicher denn je, dass der Bund die Länder sowohl bei den Kosten für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine als auch bei den Aufwendungen für die Unterbringung, Versorgung und Integration der weiteren Schutzsuchenden entlastet. Konkret erwarten die Landkreise, dass Bund und Länder die Kostenerstattung speziell für die Ukraine-Geflüchteten rasch ausverhandeln. Außerdem muss der Bund, wie von den Ländern gefordert, die bis Ende 2021 praktizierte Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten sowie den Integrationsaufwendungen der Länder rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres wieder aufnehmen.“

Zum Ausbau und zur Modernisierung des ÖPNV ist es zwingend geboten, dass der Bund die an die Länder ausgekehrten Regionalisierungsmittel noch im Jahr 2022 strukturell um 1,5 Milliarden Euro erhöht. Zudem müssen als Reaktion ins-

besondere auf die massiven Energiepreissteigerungen für die Jahre 2022 und 2023 vom Bund jeweils zusätzlich 1,65 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um die ÖPNV-Verkehre in der aktuellen Krisenphase zu stabilisieren. Denn erst wenn Bestand und Ausbau des ÖPNV sichergestellt sind, lässt sich sinnvoll über ein Nachfolgeprodukt für das 9-Euro-Ticket sprechen. Schließlich kann ein stark vergünstigtes Nahverkehrsticket mit bundesweiter Geltung nur dann sein Klimaschutzpotenzial entfalten, wenn die Bestandsverkehre nicht wegbrechen und es insgesamt ein attraktives ÖPNV-Angebot gibt.“

### **Landkreistagspräsident Walter: „Bundeskanzler muss Migrationskrise zur Chefsache machen“ vom 11. Oktober 2022**

Nach dem Treffen der kommunalen Spitzenverbände mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„In der Bundespolitik scheint allmählich anzukommen, dass wir uns bei der Flüchtlingsaufnahme einem Kipppunkt nähern und die Kommunen endgültig in eine Überforderungssituation abzugleiten drohen, wenn nicht konsequent gegengesteuert wird. Insofern ist es immerhin ein erstes Signal, dass die Bundesinnenministerin die illegale Zuwanderung über die Balkanroute eindämmen und auch mit Bundesimmobilien helfen will. Allerdings ist beim Flüchtlingsgipfel viel zu viel noch ungeklärt geblieben. Dies betrifft zentrale kommunale Forderungen wie etwa die nach einer umfassenden Erstattung der kommunalen Flüchtlingskosten. Hier war die Bundesinnenministerin mangels Ressortkompetenz nicht sprechfähig. Auch sind die von ihr zugesagten Unterbringungsmöglichkeiten für gerade einmal 4.000 Menschen in Bundesliegenschaf-

ten letztlich nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ich halte es daher für dringend geboten, dass der Bundeskanzler die Migrationskrise zur Chefsache macht.

Konkret erwarten die baden-württembergischen Landkreise vom Bund, dass er eine faire Verteilung der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union durchsetzt. Europäische Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Ferner muss die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Rückführungsoffensive für ausreisepflichtige Menschen konsequent angegangen werden. Hier geht es auch um die Glaubwürdigkeit und die innere Konsistenz von Migrationspolitik. Außerdem müssen sich Bund und Länder dringend über die Flüchtlingskostenfinanzierung verständigen. Die Landkreise erwarten hier eine Vollkostenerstattung. Nicht zuletzt muss der sogenannte Rechtskreiswechsel der Ukraine-Geflüchteten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II kurzfristig rückgängig gemacht werden. Keinesfalls darf dieser Rechtskreiswechsel auf andere Schutzsuchende erweitert werden. Denn durch den Rechtskreiswechsel und die damit verbundenen höheren Sozialleistungen wird bei den flüchtenden Menschen der Anreiz gesetzt, statt in anderen EU-Ländern gerade in Deutschland Schutz zu suchen. Dadurch wiederum rückt eine europaweit faire Verteilung der Schutzsuchenden in immer weitere Ferne.

Nach allem darf es nicht bei dem Flüchtlingsgipfel mit der Bundesinnenministerin bleiben. Es braucht vielmehr einen regelmäßigen Austausch des Bundeskanzlers mit der kommunalen Ebene, damit die Vor-Ort-Probleme unverblümt angesprochen und kurzfristig wirksame Lösungsansätze entwickelt werden können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass durch einen regelmäßigen Lagebericht des Bundes, der auch Kommunen und Bürgern zugänglich ist, Transparenz im Hinblick auf das Zugangsgeschehen hergestellt wird.“

## **Landkreistag kritisiert Förderstopp des Bundes beim Breitbandausbau vom 21. Oktober 2022**

Zum Stopp der Breitbandförderung durch die Bundesregierung äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, wie folgt:

„Die baden-württembergischen Landkreise haben sich – gemeinsam mit Städten und Gemeinden – in den zurückliegenden Jahren mit großem Engagement und unter Einsatz von Finanzmitteln massiv für den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur im Land eingesetzt. Unterstützt durch Bundes- und Landesmitteln wurden in vielen Kreisen sogar eigene kommunale Netze aufgebaut. Wir haben dabei immer darauf hingewiesen, dass der Ausbaufortschritt unter keinen Umständen durch leer gelaufene Förderöpfe ausgebremst werden darf, wenn die gemeinsamen Ausbauziele nicht gefährdet werden sollen. Dass genau dies nun einzutreten droht, weil der Bund völlig unerwartet einen Förderstopp eingelegt hat, ist komplett inakzeptabel.

Zahlreiche Landkreise und Zweckverbände wollten in den kommenden Tagen und Wochen noch Förderanträge nach dem jetzigen Graue-Flecken-Programm stellen. Sofern der Bund bei seiner Haltung bleibt und das jetzige Förderprogramm nicht mehr öffnet, sind sämtliche hierfür getroffenen Vorbereitungen und Vorab-Investitionen hinfällig. Erschwerend kommt hinzu, dass nach Aussagen des im Bundesministerium für Verkehr und Digitales zuständigen Staatssekretärs sogar die Option im Raum steht, dass bereits vor dem Förderstopp eingereichte Förderanträge keine Bewilligung mehr erhalten könnten. Wenn dies eintreife, wäre jegliche Planungssicherheit auf kommunaler Seite dahin.

Auch zu dem von Bundesminister Wissing angekündigten Nachfolgeprogramm, das ursprünglich mit Jahresbeginn in Kraft treten sollte, liegen nach

wie vor keine verlässlichen Informationen vor. Auch hier vernehmen wir Signale, dass sich der Start eines neuen Förderprogramms bis mindestens ins Frühjahr 2023 ziehen dürfte. Damit droht der Förderstopp zu einer Vollbremsung für den Breitbandausbau zu werden. Da die Rahmenbedingungen für das Nachfolgeprogramm unbekannt sind, können die Kommunen nicht einmal vorbereitende Maßnahmen treffen.

Die baden-württembergischen Landkreise appellieren daher an die Bundesregierung, kurzfristig neue Mittel bereitzustellen und den Förderaufruf für das jetzige „Graue Flecken“-Programm kurzfristig wieder zu öffnen, bereits eingegangene Anträge vollumfänglich zu bescheiden und möglichst rasch Klarheit über das Nachfolgeprogramm ab 2023 zu schaffen.“

## **41. Landkreisversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg in Fellbach – „Landkreise – stark und verlässlich, auch in schweren Zeiten“ – Landkreise fordern massiven Standard- und Bürokratieabbau sowie Unterstützung bei der Geflüchtetenaufnahme – Landkreistagspräsident Walter: „Landkreise drohen in Überforderungssituation hineinzurutschen, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird“ vom 24. Oktober 2022**

Fellbach. „Die Überforderungssituation, in die die untere, kommunale Verwaltungsebene immer mehr verstrickt wird, droht unsere Staatlichkeit an der Wurzel zu beschädigen. Mehr denn je brauchen die Landkreise, Städte und Gemeinden genügend Gestaltungsfreiheit und dafür umso weniger Regulierung.“

Diesen dringenden Appell richtete der Präsident des Landkreistags, Landrat Joa-

chim Walter (Tübingen), in Anwesenheit von Ministerpräsident Winfried Kretschmann sowie Innenminister Thomas Strobl an die rund 300 Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Verbänden, die zu der alle zwei Jahre stattfindenden Landkreisversammlung in die Schwabenlandhalle nach Fellbach gekommen waren.

In seiner Grundsatzrede betonte Landkreistagspräsident Walter, dass die Landratsämter aufgrund kluger Reformen in der Vergangenheit an sich stark aufgestellt seien und sich gerade auch in den Krisenzeiten der letzten Jahre als ebenso verlässliche wie belastbare Partner des Land erwiesen hätten. Inzwischen drohe jedoch eine Überlastung der unteren Verwaltungsebene. Dies gelte aktuell im Hinblick auf die Geflüchtetenaufnahme. Mehr noch aber seien strukturelle Fehlentwicklungen dafür ursächlich, insbesondere die Überregulierung sowie der ständige Rückgriff auf die Landkreise als Ausfallbürgen, wenn etwa beim Impfen, bei der Krankenhausfinanzierung und bei der Inklusion die Regelsysteme versagen. Dabei wollten die Landkreise keinesfalls nur Krisenmanager sein. „Wir verstehen uns als Zukunftsmacher. Kommunaler Klimaschutz und kommunale Verkehrswende, Breitbandengagement und end-to-end-Verwaltungsdigitalisierung, präventive Sozialpolitik und sektorenübergreifende Gesundheitsverordnung – all dies haben wir auf der Agenda“, betonte Landkreistagspräsident Walter. Zu Beginn seiner Rede appellierte Landkreistagspräsident Walter an Ministerpräsident Kretschmann, alles zu unternehmen, um die Landkreise bei der aus humanitären Gründen gebotenen Geflüchtetenaufnahme zu unterstützen. Walter erneuerte die Kritik der Landkreise am Rechtskreiswechsel der Ukraine-Geflüchteten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II und sprach sich insbesondere gegen eine Ausweitung des Rechtskreiswechsels auf andere Gruppen von Schutzsuchenden aus: „Durch den Rechtskreiswechsel und

die damit verbundenen höheren Sozialleistungen wird bei den flüchtenden Menschen der Anreiz gesetzt, statt in anderen EU-Ländern gerade in Deutschland Schutz zu suchen. Dadurch wiederum rückt eine europaweit faire Verteilung der Schutzsuchenden in immer weitere Ferne.“ Ferner erhob Landkreistagspräsident Walter die Forderung, dass das Land die Nettomehrbelastungen der Kreise umfassend ausgleichen müsse, die mit Sozialleistungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge zusammenhängen: „Andernfalls provoziert man in den Kreistagen und Gemeinderäten Debatten über die Flüchtlingskostenfinanzierung, also unheilvolle Diskussionen darüber, weshalb ein bestimmtes Bauprojekt, eine bestimmte soziale Maßnahme, eine bestimmte Vereinsförderung gerade wegen der finanziellen Belastung durch die Geflüchtetenaufnahme eingestellt werden muss.“

Im Weiteren ging Walter auf die drohende Überforderung der kommunalen Ebene ein, die sich aus ständig neuen Aufgaben, Rechtsansprüchen und Standards ergeben, die von übergeordneten Staatsebenen beschlossen werden, und zwar ohne die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen und ohne Rücksicht auf den leergefegten Arbeitsmarkt. Als Beispiele nannte er den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen sowie die faktische Ausfallbürgerschaft der Landkreise bei der hochdefizitären Krankenhausfinanzierung und bei der unzureichenden schulischen Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Handicaps.

Vor diesem Hintergrund forderte Walter eine ehrliche Debatte und schnelle Entscheidungen über politischen Prioritäten und Posterioritäten: „Nicht alles, was wünschenswert ist, kann auch geleistet werden. Mehr noch: Manches von dem, was wir vor der Zeitenwende noch als zwingend erforderlich und unverzichtbar angesehen haben, lässt sich heute schlichtweg nicht mehr realisieren und umsetzen.“ Des Weiteren betonte er,

dass vom Land auf die Kommunen übertragene Aufgaben auch auskömmlich finanziert sein müssen. Um dies zu gewährleisten forderte Walter eine Nachschärfung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. Weiterhin seien Standardabbau, Verfahrensvereinfachung und Entbürokratisierung dringlicher denn je. „Ohne Reduzierung von Komplexität werden die kommunalen Verwaltungen nicht mehr aus der Überforderungsfalle herauskommen.“

*Hinweis: Die Rede von Herrn Präsident Walter kann unter [www.landkreistag-bw.de](http://www.landkreistag-bw.de) heruntergeladen werden.*

### **Gemeinsame Zumeldung der Kommunalen Landesverbände zur dpa-Meldung „Zwei Kinder mehr pro Erzieherin – Land erlaubt Ausnahmen in Kitas“ vom 25. Oktober 2022**

Zur angekündigten Ausnahmeregelung für die Kinderbetreuung erklären der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, Gudrun Heute-Bluhm und der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski:

„Die Ankündigung des Landes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Flexibilisierung der Höchstgruppenstärke um bis zu zwei Kinder ist eine Möglichkeit, um die Erfüllbarkeit des Rechtsanspruchs ein Stück realistischer zu machen. Wichtig ist dazu, dass die Handhabung möglichst unbürokratisch ausgestaltet wird. Die Nutzung dieses Werkzeugs liegt dann in der Verantwortung vor Ort und erfolgt, wie die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, mit dem gebotenen Augenmaß. Zusätzlich bedarf es weiterer Werkzeuge, die vor allem mittel- und langfristige Perspektiven aufzeigen können. Denn realistisch

betrachtet endet der Fachkräfte-Engpass auch nicht mit Ablauf des Kindergartenjahres 2022/2023. Gerade deshalb wäre es uns ein Anliegen, mit einer zu engen Befristung keine falschen Erwartungen zu wecken. Wir brauchen die Zeit, um den vereinbarten Weg für den Direkteinstieg wirksam werden zu lassen.“

## **Gemeinsame Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände zur Aktuellen Debatte im Landtag von Baden-Württemberg zum Breitbandförderstopp des Bundes vom 26. Oktober 2022**

Der Landtag von Baden-Württemberg hat sich heute mit dem Breitbandförderstopp des Bundes befasst. Hierzu äußern sich der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger, der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski sowie das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, Gudrun Heute-Bluhm, wie folgt:

„Der Förderstopp der Bundesregierung hat für die baden-württembergischen Kommunen dramatische Folgen. Zahlreiche Landkreise, Zweckverbände, Städte und Gemeinden wollten in den kommenden Tagen und Wochen noch Förderanträge nach dem jetzigen Graue-Flecken-Programm stellen. Die teils monatelangen und durchaus kosten- und ressourcenintensiven Vorbereitungen drohen nun hinfällig zu werden. Gleichzeitig drohen die nun vom Bund für das Nachfolgeprogramm geplanten Begrenzungen und Hürden den geförderten Breitbandausbau im Ganzen zum Erliegen zu bringen. Denn sie dienen erkennbar allein dazu, die Fördermittel des Bundes radikal zu begrenzen. Wir erwarten vom Bund, aber auch vom Land im Rahmen der Kofinanzierung, dass

Rahmenbedingungen geschaffen werden, die in Zukunft eine verlässliche Grundlage zur dauerhaften Förderung unabhängig von Haushaltsjahren sicherstellen.“

## **Offener Brief: In großer Sorge um unser Land vom 28. Oktober 2022**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Politik ist momentan gefordert wie selten, Regierungshandeln erfolgt unter extremen Unsicherheiten und sich ständig verändernden Rahmenbedingungen. Dabei sind vielfältige Interessen und Interessensgruppen zu berücksichtigen, Mehrheiten zu organisieren und Prioritäten zu definieren. Wir wissen, dass wir uns dabei in den letzten Jahren alles in allem in Baden-Württemberg in „guten Händen“ befunden haben.

Erlauben Sie uns aber trotzdem oder gerade deswegen, dass wir uns heute als Vertreter der 1.101 Städte und Gemeinden, der 35 Landkreise, der rund 800.000 Betriebe sowie der 50 Sparkassen und rund 140 Volksbanken und Raiffeisenbanken in unserem Land mit einem sehr grundsätzlichen Anliegen an Sie wenden.

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt aktuell eine Vielzahl von parallel verlaufenden Krisen in einem Ausmaß, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehen haben. Krieg inmitten von Europa, Millionen Menschen auf der Flucht, Inflation in einer über Jahrzehnte ungekannten Höhe, Pandemie. Und über allem wird auch in Europa die Klimakrise immer spürbarer. Vor allem die Energie- und Versorgungssicherheit ist aktuell in Frage gestellt, die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Kommunen bewegen sich in einer die wirtschaftliche Existenz bedrohenden Höhe.

Die viel zitierte Zeitenwende hat die Welt verändert und sie muss damit auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Priorität-

setzung zentraler Politikfelder haben. Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind Beispiele für eine neue, dringend erforderliche Prioritätensetzung. Die politisch zugesagten Entlastungen und Rettungsschirme müssen ebenfalls finanziert und administriert werden. Dabei gilt es, die langfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels sowie einer gelingenden klimagerechten, digitalen und demografiefesten Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht aus dem Blick zu verlieren.

Leider müssen wir Ihnen berichten, dass die Verantwortlichen in Kommunen und Wirtschaft sowie bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken angesichts dieser Rahmenbedingungen äußerst besorgt in Richtung Zukunft blicken.

Doch gerade als Wirtschafts- und Industriestandort Baden-Württemberg wissen wir auch darum, was Baden-Württemberg in den zurückliegenden 70 Jahren so erfolgreich gemacht hat. Dies war in besonderem Maße eine kluge Standort- und Strukturpolitik, mit der die Grundlage für Wirtschaftskraft und Wertschöpfung und damit für den gesellschaftlichen Wohlstand und die ganzheitliche Entwicklung unseres Landes geschaffen wurde. Wesentlichen Anteil daran hatte das gute und effiziente Zusammenwirken von Verwaltung und Wirtschaft – insbesondere auf örtlicher Ebene.

Ohne diesen volkswirtschaftlichen Erfolg wären wir zukünftig nicht mehr in der Lage, ausreichend in die nachhaltige Transformation, in Bildung, Wissenschaft und Innovation zu investieren. Die Zukunftsfähigkeit wäre damit bedroht und auch der Sozialstaat käme an seine Grenzen.

Und deshalb sehen wir es als unsere besondere Verantwortung an, mit diesem Schreiben einen grundsätzlichen

Reformprozess anzuregen. Denn die Fortführung dieser volkswirtschaftlichen Stärke erfordert einen konsequenten und dringlichen Veränderungsprozess und eine klare Priorisierung der staatlichen Kraft auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Bisher gefundene politische Antworten und das Festhalten an Koalitionsvereinbarungen – deren Geschäftsgrundlage eigentlich nicht mehr existiert – hindern Staat und Gesellschaft die erforderlichen Veränderungen zu erreichen. Die Zeit eines ungebremsten Draufsattelns bei Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen ist vorbei.

Wir brauchen einen Wandel hin zu einem modernen Zukunftsstaat mit verlässlichen und umsetzbaren Zusagen.

Diesen Impuls wollen die Unterzeichner dieses Briefes geben und damit einen politischen Prozess zu den zentralen Fragen für unsere Zukunftsfähigkeit initiieren: Was können ein effizienter Staat und eine nachhaltige Wirtschaft künftig leisten und was nicht? Was soll eine Gesellschaft zukünftig verlässlich vom Staat erwarten können? Und welche Rahmenbedingungen braucht es dafür? Uns ist bewusst, die Grundlage für einen solchen Prozess bilden ein neuer Realitätssinn und der Mut zur grundlegenden Veränderung.

Bei ehrlicher Betrachtung beschäftigen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft viel zu oft mit sich selbst. Nur beispielhaft wollen wir die Umsetzung des § 2b UStG, die EU-Datenschutzgrundverordnung und ihre Umsetzung bzw. Anforderungen des Datenschutzes in Deutschland, die mangelnde Zielorientierung und Fokussierung auf Effizienz und Wirkung durch die Klimaschutzregulatorik, die überbordenden Regelungen beim Bauen und die Komplexität des Vergaberechts nennen sowie Auflagen für kleine und mittlere Banken.

Die Folge sind lähmende Behäbigkeit und ein empfundener Stillstand.

Um dies zu überwinden, bedarf es einer Flexibilisierung der rechtlichen Rahmen-

bedingungen hin zu einer echten Subsidiarität, eines spürbaren Abbaus von Regulierungsstandards und einer konsequenten Aufgabenkritik und Entbürokratisierung. Ein Weniger aber dafür richtig, verlässlich und schnell muss zum Maßstab gesetzgeberischer Regulierung werden. Denn gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir jede Arbeitskraft produktiv und wirksam einsetzen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben Sie am 6. April 2022 im Landtag von Baden-Württemberg richtigerweise betont, dass wir alle als Teil der Gesellschaft und des Staates Verantwortlichkeiten für das Ganze haben.

Wir bitten Sie, diesen Brief genau in diesem Sinne zu verstehen. In großer Sorge um unser Land sehen wir uns in der Verantwortung, zum Gelingen unseres Staates beizutragen. Um dieses Gelingen auch künftig möglich zu machen, benötigen wir einen echten Entfesselungspakt, der uns aus einem überregulierten Gesetzesrahmen befreit.

Deshalb schlagen wir Ihnen vor, einen Zukunftskonvent einzuberufen. Dabei geht es explizit nicht (!) um einen weiteren „Krisengipfel“. Dieser Zukunftskonvent sollte vielmehr den Auftrag des Gesetzgebers erhalten, konkrete Vorschläge für einen solchen Ermutigungs- und Entfesselungspakt zu formulieren.

Natürlich ist uns bewusst, dass durch einen derartigen Prozess mutmaßlich auch die Anpassung von Recht auf Bundes- und Europaebene als erforderlich empfohlen wird. Gleichwohl könnte sich gerade das Wirtschafts- und Innovationsland Baden-Württemberg und seine Landesregierung an die Spitze einer solchen Bewegung setzen.

Mit Blick auf die dargestellten Herausforderungen sollten wir hier nicht zu viel Zeit verlieren und in einem klar definierten Format mit klarem und zeitlichem Ziel vorgehen. Wir sagen Ihnen dabei eine lösungsorientierte und enga-

gierte Unterstützung durch Kommunen und Wirtschaft sowie der Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu. Wir werden uns mit ganz konkreten Vorschlägen in einen solchen Zukunftskonvent einbringen.

Gleichlautende Schreiben haben wir uns erlaubt an Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl sowie die Herren Fraktionsvorsitzende Andreas Schwarz MdL und Manuel Hagel MdL zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Jäger,  
Präsident Gemeindetag  
Baden-Württemberg

Dr. Peter Kurz,  
Präsident Städtetag  
Baden-Württemberg

Joachim Walter,  
Präsident Landkreistag  
Baden-Württemberg

Reiner Reichhold,  
Präsident Baden-Württembergischer  
Handwerkstag e.V.

Christian O. Erbe,  
Präsident Baden-Württembergischen  
Industrie- und  
Handwerkskammertag e.V.

Senator e.h. Dr. Ing. Rainer V. Dulger,  
Präsident Unternehmer  
Baden-Württemberg e.V.

Peter Schneider,  
Präsident Sparkassenverband  
Baden-Württemberg

Dr. Roman Glaser,  
Präsident Württembergischer  
Genossenschaftsverband e.V.

**Bund-Länder-Einigung:  
Befürchtungen der  
Landkreise eingetreten –  
Landkreistagspräsident  
Walter: „Landkreise erwarten  
vom Land Vollkosten-  
erstattung bei der  
Flüchtlingsaufnahme  
vom 3. November 2022**

„Bei den Flüchtlingskosten und beim öffentlichen Nahverkehr haben sich die Befürchtungen der Landkreise vollauf bewahrheitet. Die Länder haben sich mit Finanzausgaben des Bundes zufriedengegeben, die meilenweit von dem entfernt sind, was sie selbst für erforderlich halten. Dies war nur deshalb möglich, weil die Hauptbetroffenen, die Kommunen, nicht mit am Verhandlungstisch saßen. Die Landkreise sehen sich daher durch den gestrigen Paket-Deal auch in keiner Weise gebunden und werden vom Land als ihrem Ansprechpartner in Finanzsachen weiterhin eine Vollkostenerstattung für alle fluchtbedingten Aufwendungen verlangen. Dies gilt insbesondere für die Unterbringung und Versorgung der Ukraine-Geflüchteten sowie für die Wohnkosten anerkannter Flüchtlinge. Und beim 49-Euro-Ticket warnen wir eindringlich davor, dass dessen Umsetzung nicht zu Lasten von Stabilisierung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gehen darf. Genau dieses Risiko besteht aber.

Die gefundene Einigung zur Energie- und Strompreisbremse ist dem Grunde nach zwar ebenso zu begrüßen wie die beabsichtigte Härtefallregelung für Krankenhäuser. Allerdings müssen die Entlastungen jetzt auch schnell umgesetzt werden. Hier sind pragmatische und administrierbare Lösungen dringend erforderlich.“

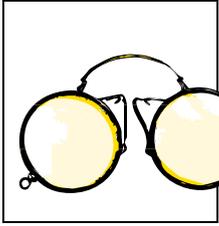
**Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 273/2022 des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg:  
„Minister Hauk gibt die neue LEADER-Aktionsgruppen für die Förderperiode 2023–2027 bekannt“  
vom 7. November 2022**

Zur Verkündung der LEADER-Aktionsgruppen für die neue EU-Förderperiode 2023–2027 äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, wie folgt:

„Dass diesmal sogar zwei Regionen mehr gefördert werden können als in der vergangenen Förderperiode, ist ein wichtiges Signal – für die ländlichen Räume und im Hinblick auf die Präsenz Europas vor Ort. Das Herzstück von LEADER ist bekanntlich der Bottom-Up-Ansatz, also eine Entwicklungsstrategie von unten nach oben, bei der ausschließlich die örtliche Aktionsgruppe über die Förderung von Projekten vor Ort entscheidet. Das ist gelebte Subsidiarität, wie sie auch Europa gut tut.“

**Zumeldung zur Pressemitteilung des Ministeriums für Verkehr „Ministerrat beschließt Eckpunkte zum Landesmobilitätskonzept“ vom 11. November 2022**

Zu den durch den heute durch den Ministerrat beschlossenen Eckpunkten äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, wie folgt: „Beim Landesmobilitätskonzept hat sich der Landkreistag von Beginn an für einen breiten Ansatz unter Einbeziehung aller Verkehrsträger ausgesprochen und hat vor allem auch großen Wert darauf gelegt, dass der Finanzbedarf sowie die Finanzierungsquellen geklärt werden. Das jetzt vorliegende Eckpunktepapier zum Landeskonzept Mobilität und Klima geht zwar in die richtige Richtung und kann damit gut als Basis für die weitere Ausarbeitung eines konkretisierten Landeskonzepts dienen. Allerdings bleibt die zentrale Finanzierungsfrage an entscheidenden Stellen weiterhin ungeklärt. Die Landkreise sind hier insbesondere in ihrer gesetzlichen Rolle als ÖPNV-Aufgabenträger betroffen. Daher hat der Landkreistag im Hinblick auf das Eckpunktepapier den ausdrücklichen Vorbehalt formuliert, dass konkrete Umsetzungsschritte nur bei angemessener Mittelbereitstellung durch das Land gegangen werden können. Ob dies gewährleistet werden kann, erscheint wegen der unzureichenden Beschlüsse auf Bund-Länder-Ebene zur ÖPNV-Finanzierung aktuell als fraglich.“



# PERSONALIEN

## Landrat Joachim Walter zum dritten Mal als Präsident des Landkreistags bestätigt

Die 41. Landkreisversammlung, die am 24. Oktober 2021 in Fellbach stattfand, hat einstimmig den Landrat des Landkreises Tübingen, Joachim Walter, in seinem Amt als Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg bestätigt. Landrat Walter hatte am 23. Juli 2013 die Nachfolge von Landrat Helmut M. Jahn (Hohenlohekreis, Künzelsau) angetreten und war am 13. Oktober 2014 sowie am 8. Oktober 2018 von der Landkreisversammlung erneut für jeweils vier Jahre gewählt worden.

Als Präsident ist der Tübinger Landrat Vorsitzender der Landkreisversammlung, der Landrätekonzferenz und des Präsidiums und vertritt den Landkreistag Baden-Württemberg gegenüber dem Landtag und der Landesregierung in Angelegenheiten von grundsätzlicher verbandspolitischer Bedeutung. Seit 2014 ist er zudem Vizepräsident des Deutschen Landkreistags. Der Deutsche Landkreistag vertritt als einer von drei kommunalen Spitzenverbänden die Interessen der 294 deutschen Landkreise auf Bundesebene.



Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

## Vizepräsidenten im Amt bestätigt

Einstimmig im Amt bestätigt wurden von der 41. Landkreisversammlung auch die drei Vizepräsidenten des Landkreistags:

Landrat Heinz Eininger,  
Landkreis Esslingen  
Landrat Dr. Achim Brötel,  
Neckar-Odenwaldkreis, Mosbach  
Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel,  
Landkreis Rottweil

## Weitere Mitglieder des Präsidiums

Zudem wurden von der 41. Landkreisversammlung auch die 13 weiteren Mitglieder des Präsidiums gewählt. Neu ins Präsidium eingerückt ist die Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle.

Landrat Gerhard Bauer,  
Landkreis Schwäbisch Hall  
Landrat Roland Bernhard,  
Landkreis Böblingen  
Landrat Dr. Matthias Neth,  
Hohenlohekreis, Künzelsau  
Landrat Edgar Wolff,  
Landkreis Göppingen

Landrat Stefan Dallinger,  
Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg  
Landrat Helmut Rieger, Landkreis Calw  
Landrat Dr. Christoph Schnaudigel,  
Landkreis Karlsruhe

Landrat Hanno Hurth,  
Landkreis Emmendingen  
Landrat Frank Scherer, Ortenaukreis,  
Offenburg  
Landrätin Dorothea Störr-Ritter,  
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald,  
Freiburg

Landrat Günther-Martin Pauli,  
Zollernalbkreis, Balingen  
Landrätin Stefanie Bürkle,  
Landkreis Sigmaringen  
Landrat Lothar Wölfle,  
Bodenseekreis, Friedrichshafen

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski gehört dem Präsidium qua Amt an.

## Landrat Dr. Dusch zum Honorarprofessor ernannt

### Hoher Einsatz in der Lehre und beeindruckende Biografie

Der Landrat des Landkreises Rastatt, Dr. Christian Dusch, ist am 16. November 2022 von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl zum Honorarprofessor ernannt worden. Im Rahmen einer kleinen Feierlichkeit haben ihm Rektor Prof. Dr. Joachim Beck und Prorektor Prof. Dr. Sascha Kiefer die Ernennungsurkunde offiziell überreicht.

„Es ist uns eine Ehre, Herrn Landrat Dr. Dusch nicht nur als Lehrbeauftragten, sondern nun als Honorarprofessor an unserer Hochschule zu wissen“, sagte Prof. Dr. Joachim Beck. Die Entscheidung, Herrn Landrat Dr. Dusch die Honorarprofessorenwürde zu verleihen, wurde bereits am

18. Mai 2022 einstimmig vom Senat der Hochschule getroffen. „Aufgrund seines besonders engagierten Einsatzes als Lehrbeauftragter und angesichts der hervorragenden Evaluationsergebnisse, fiel die Entscheidung recht leicht“, berichtete der Rektor weiter.

In seiner Dankesrede hob der neu ernannte Honorarprofessor seine besondere Beziehung zur Hochschule hervor, und nahm die Ehrung mit Stolz an: „Ich komme immer sehr gerne nach Kehl an die Hochschule. Das Unterrichten stellt eine wirkliche Bereicherung in meinem



Der frisch ernannte Honorarprofessor und Landrat des Landkreises Rastatt, Dr. Christian Dusch (Mitte), nahm mit Stolz seine Ernennungsurkunde von Rektor Prof. Dr. Joachim Beck (links) und Prorektor Prof. Dr. Sascha Kiefer (rechts) entgegen.

Quelle: Hochschule Kehl

Leben dar. Ebenso ist der fachliche Austausch mit den Kolleg\*innen sehr wertvoll für mich“, so Honorarprofessor Dr. Dusch. Prof. Dr. Sascha Kiefer stellte in seiner Laudatio noch einen weiteren wichtigen Mehrwert heraus: „Mit seinem Engagement und seiner beeindruckenden Biografie trägt Herr Landrat Dr. Dusch in großem Maße zur Gewinnung von Nachwuchskräften in der öffentlichen Verwaltung bei. Er weiß genau, welche Attribute die künftigen Mitarbeiter\*innen mitbringen müssen, damit die öffentliche Verwaltung von morgen trotz wachsender Herausforderungen leistungsfähig bleibt.“

### Hintergrund zum frisch ernannten Honorarprofessor:

Der Lehrbeauftragte Landrat Dr. Christian Dusch ist seit dem Sommersemester 2019 in großem Umfang im Bereich des öffentlichen Rechts (Schwerpunkte: Bau-, Kommunal- und Umweltrecht) an der Hochschule Kehl tätig. Vormalig war Herr Dr. Dusch in den Jahren 2016-2019 ordentlicher Professor für öffentliches Recht an der Hochschule Kehl und im Jahr 2019 auch als engagiertes Mitglied im Hochschulrat tätig. Seit 2021 ist Herr Dr. Dusch Landrat des Landkreises Rastatt.



# SPEKTRUM

## Bildung

### **Landkreis Böblingen: And the Oscar goes ... Fachschule Herrenberg gewinnt 2. Preis beim VLF Bildungspreis 2022 (Verband landwirtschaftlicher Fachbildung)**

Was für die Filmemacher der Oscar ist, das ist in der baden-württembergischen Fachschullandschaft der Bildungspreis des Verbands landwirtschaftlicher Fachbildung. Er wird jedes Jahr für besonders kreative, innovative und praxistaugliche Projekte in der Land- und Hauswirtschaft verliehen.

Die Fachschule für Landwirtschaft Herrenberg konnte in diesem Jahr mit dem

Schulprojekt „100 Jahre Fachschule“ den mit 300 Euro dotierten 2. Preis ergattern. Das 100-jährige Jubiläum wurde im Rahmen eines Schulprojekts von den Studierenden selbst organisiert und durchgeführt. Rund 200 Gäste durften sie am 24. Juli diesen Jahres in der Herrenberger Stadthalle zur Jubiläumsfeier begrüßen. Neben den Feierlichkeiten wurden auch eine kleine Ausstellung und eine umfangreiche Festschrift durch die Klasse erstellt. Die Veranstaltung war rundum gelungen – für die Besucherinnen und Besucher am Tag selbst, und nun auch für die Fachjury des Verbands.

Die Preisverleihung fand Ende September im Rahmen des Landwirtschaftlichen Hauptfests in Bad Cannstatt statt. Die Auszeichnung mit dem VLF-Bildungs-

preis ist das i-Tüpfelchen, das dieses Projekt rundum zu einem Erfolg macht!

### **Pakt der beruflichen Bildung in Heidenheim geschlossen – Gemeinsame Ziele von Handwerk und Landkreis Heidenheim im neuen Bildungspakt festgehalten – Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung sichtbar machen**

Der Landkreis Heidenheim, die Kreishandwerkerschaft Heidenheim und die Handwerkskammer Ulm haben einen Pakt für die berufliche Bildung geschlossen. Dieser will die Wichtigkeit der beruflichen Bildung für den Landkreis Heidenheim betonen und zudem die Qualität der beruflichen Bildung im Landkreis nachhaltig sichern. Ein Kernpunkt ist die Berufsorientierung an Schulen und das Werben für die duale Ausbildung. Ziel ist es, die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung zu stärken. „Wir wollen als Handwerk an Schulen präsenter sein. Und zusammen mit der Politik wollen wir dafür sorgen, dass Ausbildung und Studium tatsächlich gleichgestellt werden. Wir müssen deutlich machen: Handwerkerinnen und Handwerker tragen wesentlich zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Sie setzen beispielsweise die Klimaziele um. Sie bringen effiziente Energietechniken zu Kundinnen und Kunden auf die Dächer und in die Keller. Sie versorgen mit ihrer Arbeit aber auch die Menschen vor Ort: ob mit einem Laib Brot, einem guten Grillfleisch, der passenden Brille oder dem Hörgerät“, sagt Joachim Krimmer, Präsident der Handwerkskammer Ulm.



V.l.n.r.: Meike Heusel, Verantwortliche für die Fachschule beim Amt für Landwirtschaft und Naturschutz, Studentin Marie Sophie Gommel, Staatssekretärin Sabine Kurtz und Student Jonas Speck

Quelle: Landratsamt Böblingen



V.l.n.r.: Jürgen Eisele (Dezernent für Finanzen und Bildung, Landratsamt Heidenheim), Peter Polta (Landrat des Landkreises Heidenheim), Klaus Liebhaber (Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Heidenheim), Joachim Krimmer (Präsident der Handwerkskammer Ulm) und Bastian Störk (Geschäftsbereichsleiter Bildung, Handwerkskammer Ulm) nach der Unterzeichnung des Paktes für berufliche Bildung

Quelle: Landratsamt Heidenheim

Der nun unterzeichnete Pakt beinhaltet konkrete Maßnahmen: So sollen etwa in regionalen Berufsschulen Angebote gewährleistet und angepasst und die Digitalisierung vorangetrieben werden. Zudem gilt es, die duale Ausbildung und berufliche Weiterbildung zu stärken und die Berufsorientierung nachhaltig zu gestalten, etwa durch das intensivierte Einbeziehen der Eltern. Ziel ist es auch, die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung auszubauen, also den Austausch zwischen Berufsschulen und Betrieben sowie der Handwerkskammer zu fördern. „Der Arbeitsmarkt verändert sich. Beruflich qualifizierte Fachkräfte sind gesucht und es werden in Zukunft immer mehr. Darauf wollen wir reagieren – mit unserem Bildungspakt und konkreten Umsetzungsideen und Maßnahmen. Wir wollen noch mehr junge Menschen für die berufliche Bildung gewinnen und so die örtlichen Betriebe unterstützen. Denn das stärkt auch gleichzeitig unsere Region. Eine wesentliche Rolle dabei spielen auch die beruflichen Schulen in

Trägerschaft des Landkreises, die tatkräftig bei der Umsetzung des Paktes mitwirken“, erläutert Peter Polta, Landrat des Landkreises Heidenheim. Klaus Liebhaber, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Heidenheim, ergänzt: „Wir müssen die Vorzüge einer handwerklichen Ausbildung in unserer Region sichtbarer machen – insbesondere bei den Eltern bedarf es einiger Überzeugungsarbeit.“ Und Krimmer ergänzt: „Der Landkreis Heidenheim verleiht schon seit einigen Jahren einen ‚Förderpreis Duale Ausbildung‘. Sie haben hier schon früh erkannt, dass auch Bildungsförderung Wirtschaftsförderung ist.“ Im Kreis Heidenheim versorgen rund 1.500 Handwerksbetriebe mit knapp 9.600 Beschäftigten die Menschen vor Ort. Dabei ist im vergangenen Jahr ein Umsatz von rund einer Milliarde Euro erwirtschaftet worden. Das Handwerk hat auch im Raum Heidenheim eine hohe Ausbildungsbereitschaft. Fachkräfte werden gesucht und viele Betriebe wollen ausbilden. Zum Start des Aus-

bildungsjahres haben rund 200 junge Menschen im Kreis Heidenheim eine Ausbildung im Handwerk begonnen, knapp 20 Lehrstellen sind derzeit noch frei.

### **Projekt „Digitalisierung erlebbar machen“ startet im Rems-Murr-Kreis durch: Makerspace lädt zum Experimentieren ein**

Digitalisierung ist für den Rems-Murr-Kreis ein Top-Thema, gerade im Bereich der Bildung. Daher investiert der Landkreis seit vielen Jahren in sein Kreismedienzentrum und in Digitalisierungsprojekte, um dieses Thema in möglichst vielen Lebensbereichen voranzubringen. Bereits vor der Corona-Pandemie hatte das Kreismedienzentrum im Rahmen eines Projekts beispielsweise das „Mobile Device Management“ für viele Schulen im Landkreis übernommen, sprich dafür gesorgt, dass Tablets auch regelmäßig gewartet werden und im Unterricht einsetzbar sind. Inzwischen werden fast 15.000 Tablets an Schulen im Landkreis zentral verwaltet.

Damit in der digitalen Welt niemand abgehängt wird, ist es aber vor allem auch wichtig, die mediale und technische Kompetenz in allen Bevölkerungsgruppen zu fördern und Menschen für neue Technologien zu begeistern. Hier setzt das Kreismedienzentrum mit dem Projekt „Digitalisierung erlebbar machen“ an. Der digitale Erlebnisraum wurde nach Corona-bedingten Verzögerungen nun endlich eröffnet.

Das Projekt „Digitalisierung erlebbar machen“ richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger und Schulen im Landkreis. Verschiedene Formate und Angebote sollen der Öffentlichkeit die Digitalisierung ganz konkret näherbringen. Jung und Alt können im Rahmen des Projekts ganz einfach und direkt erleben, welche Chancen die neuen digitalen Techniken bieten. Damit sollen Jugendliche gleichzeitig auch die Komplexität digitaler Anwendungen verstehen und die Chance



**Freuen sich über den Start des Projekts Digitalisierung erlebbar machen (von links): Vom Kreismedienzentrum Rems-Murr-Kreis Projektleiterin Jule Pallasch und Leiterin Edda Pflugfelder, Sandra Boser MdL, Staatssekretärin im Kultusministerium Baden-Württemberg, Landrat Dr. Richard Sigel und Vincenzo Giuliano, Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen.**  
Quelle: Heiko Potthoff

erkennen, diese Entwicklungen beruflich mitzugestalten. Eine wichtige Zielgruppe sind neben den Bildungseinrichtungen aber auch Seniorinnen und Senioren. Ihnen soll ebenfalls eine digitale Teilhabe ermöglicht werden.  
„Frei nach dem Motto ‚Digitalisierung erlebbar machen‘, braucht es auch außerhalb der Schule Orte, an denen kreative Arbeit und forschendes Lernen mithilfe digitaler Werkzeuge möglich ist“, sagt Sandra Boser MdL, Staatssekretärin im Kultusministerium Baden-Württemberg. An insgesamt 14 Medienzentren im Land

wurden deshalb sogenannte Makerspace-Umgebungen beziehungsweise Virtual-Reality-Labore eingerichtet. Dort können Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten der Digitalisierung im Unterricht konkret erleben. „Es freut uns sehr, dass das Kreismedienzentrum im Rems-Murr-Kreis nun über einen weiteren Ort verfügt, der zum Ausprobieren, Tüfteln, Erforschen – und zum Lernen einlädt“, sagt Sandra Boser. Landrat Dr. Richard Sigel freut sich über die Eröffnung des „Makerspace“ im Kreismedienzentrum und über den weiteren

Ausbau des Kreismedienzentrums hin zu einer digitalen Denkfabrik. „Die Digitalisierung ist ein Schlüsselthema. Wir müssen unsere Schulen gut ausrüsten und unterstützen, um in Deutschland digitaler zu werden. Das Projekt soll dem Kreismedienzentrum ermöglichen, Digitalisierung auf modernstem Niveau erlebbar zu machen. Die neue technische Ausstattung im „Makerspace“ lädt beispielsweise zum Experimentieren ein und soll zeigen, welche Chancen die digitale Transformation bietet und welche Herausforderungen sie mit sich bringt. Modernste Bildungsangebote sollen zudem auch direkt in den Schulen im Landkreis und für Bürgerinnen und Bürger ermöglicht werden“, so Landrat Dr. Richard Sigel. „Es freut mich besonders, dass sich auch der Kreisseniorinnenrat bei dem Projekt einbringt und wir so die Seniorinnen und Senioren bei der digitalen Wende mitnehmen können. Ein besonderer Dank gilt bei diesem Projekt der Kreissparkasse Waiblingen, die das Projekt mit ihrer Stiftung finanziell gefördert hat“, so der Landrat weiter. In das Projekt sind Mittel des Landes sowie der Kreissparkassenstiftung geflossen. Dies hat eine technische Ausstattung des Kreismedienzentrums ermöglicht, die in Baden-Württemberg einmalig sein dürfte. „Die Corona-Pandemie hat uns deutlich gezeigt, wie wichtig



**Der mobile Makerspace kommt bald in einem E-Sprinter an die Schulen und auf Veranstaltungen.**  
Quelle: Heiko Potthoff



**Beim Start des Projekts konnten verschiedene digitale Tools an Stationen ausprobiert werden, etwa digitale Spiele, Kunstprojekte und 3D-Drucker.**  
Quelle: Heiko Potthoff



Jung und Alt am 3D-Drucker – Robin Bückle, Azubi im Landratsamt Rems-Murr-Kreis, und Gerhard Moser, ehemalige Leiter des Kreismedienzentrums

Quelle: Heiko Potthoff

digitale Kompetenzen sind, aber auch welchen Nachholbedarf es gibt. Wir freuen uns, dass wir mit unserer Sparkassenstiftung diese neu geschaffene Bildungseinrichtung unterstützen konnten und wir so gemeinsam mit dem Landkreis die digitalen Kompetenzen in der Fläche des Rems-Murr-Kreises ausbauen können“, so Ralph Walter, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen und Vorsitzender des Stiftungsvorstands.

### *Drei Bausteine des Projekts machen die Digitalisierung erlebbar*

Einer der Bausteine des Projekts „*Digitalisierung erlebbar machen*“ ist der sogenannte *Makerspace*. In diesem kann unter anderem experimentiert, geforscht oder programmiert werden, um digitale Technologien kennenzulernen und besser zu verstehen. Dafür stehen ab sofort diverse Geräte wie beispielsweise verschiedene 3D-Drucker, ein Lasercutter oder eine digitale Stickmaschine zur Verfügung. Diese sollen zu einem Streifzug durch digitale Schlüsseltechnologien wie Sensorik, künstliche Intelligenz, kollaborative Robotik oder Virtual und Augmented Reality einladen. Ein konkreter „Arbeitsauftrag“ wie beispielsweise „Entwickle einen eigenen Roboter“ dient dabei als übergeordneter Leitfaden.

Durch das digitale und kreative Arbeiten soll die Digitalisierung im Rems-Murr-Kreis erlebbar und greifbarer werden. Die Rumold-Realschule in Kernen-Rommelshausen ist dabei eine Projekt-Modellschule, um konkrete Konzepte in der Praxis zu erproben.

Hauptziel ist dabei, Lehrkräfte bei der *Integration von neuen Technologien* im Unterricht zu unterstützen. Im Rahmen des Schulunterrichts und in Workshops sollen Kinder und Jugendliche außerdem dabei unterstützt werden, ein grundlegendes Technik- und Medienverständnis auszubilden. Der *Makerspace* steht für Schülerworkshops, Ferienworkshops, Beratung und Fortbildung von Lehrkräften sowie als offenes Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Für einen umfassenden Einblick in die digitalen Technologien sind *Themenwochen* für Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Digitalisierung ein weiterer Bestandteil des Projekts. Die Themenwochen sind dabei unterschiedlich gestaltet: Neben Vorträgen von ausgewählten Referentinnen und Referenten werden auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen praktischen Einblick in die neuen Technologien erhalten und somit selbst erleben können. Zu ausgewählten Themen bietet das Kreismedienzentrum zudem eigene Workshops an.

Die Themenwochen sind kostenlos, um die Akzeptanz neuer Technologien zu stärken.

Ab voraussichtlich Frühjahr 2023 steht als dritter Bestandteil des Projekts ein *mobiler Makerspace* zur Verfügung. Dieses Angebot kann unter anderem von interessierten Schulen genutzt werden und bringt „Virtual Reality“ sowie andere Technik in einem E-Sprinter damit zukünftig direkt in die Schulen im Rems-Murr-Kreis. Der mobile *Makerspace* ist aber auch als Angebot für Marktplätze oder Veranstaltungen gedacht, damit sich die Öffentlichkeit mit den neuen, digitalen Technologien auseinandersetzen kann. Das Thema Digitalisierung wird somit nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die breite Masse noch leichter zugänglich.

## Digitalisierung

### **Rettungskette 5G – Ostalbkreis und Telefónica unterzeichnen Kooperationsvereinbarung**

Gemeinsam mit Partnern entwickelt und erprobt der Ostalbkreis in einem dreijährigen Forschungsprojekt Möglichkeiten, durch die die Notfallrettung schneller, professioneller und einfacher werden kann. Landrat Dr. Joachim Bläse und Tilo Heckmann von Telefónica Deutschland unterzeichneten jetzt den Kooperationsvertrag.

Die wesentlichen Bausteine des 5,75 Mio. Euro teuren Projekts „Rettungskette 5G“ sind die Anwendung des Mobilfunkstandards 5G zur stabilen, schnellen und hochkapazitiven Datenübertragung sowie eine alle Bereiche umfassende, intensivere Digitalisierung und Automatisierung – von den Hilfsmitteln über den Einsatz von Hochgeschwindigkeitsdrohnen und Augmented Reality Datenbrillen bis hin zu Untersuchungsrobotern im Rettungswagen. Rund 4 Mio. Euro steuert das Bundesministerium für



Landrat Dr. Joachim Bläse (sitzend links) und Tilo Heckmann von Telefónica Deutschland (sitzend rechts) unterzeichneten die Vereinbarung im Kreis der Projektpartner: (V.l.n.r.) Jochen Haible (DRK Aalen), Sophie Hinderberger und Dr. Caroline Grupp (beide Ostalb-Klinikum Aalen), Prof. Dr. Ralf von Baer (Hochschule Aalen), Werner Riek (Landratsamt Ostalbkreis), Ralf Nuding und Matthias Wagner (beide DRK Aalen), Florian Grandy (Landratsamt Ostalbkreis), Patrick Eder (Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen) und Jürgen Eisenmann (Landratsamt Ostalbkreis).  
Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

Digitales und Verkehr im Rahmen des 5G-Innovationsprogramms an Fördermitteln bei. Die restlichen 1,8 Mio. Euro werden vom Kreis und den Kooperationspartnern Ostalb-Klinikum Aalen, DRK-Kreisverband Aalen, Hochschule Aalen sowie sechs weiteren hochspezialisierten Technologiepartnern getragen. Nach dem Projektstart im Januar dieses Jahres galt es zunächst, Personal zu akquirieren. Seitdem treffen sich alle Projektpartner regelmäßig und treiben Teilprojekte voran. „Die Ausschreibungen starten in den nächsten Wochen, sodass die erforderlichen Beschaffungen des technischen Equipments bis Anfang kommenden Jahres erfolgen können. Parallel läuft die Vernetzung mit anderen 5G-Projekten auf Messen, durch Präsentationen und mit Workshops vor Ort“, so Landrat Dr. Bläse.

Die Telefónica Deutschland unterstützt das Projekt durch ihr bestehendes Mobilfunknetz. Dieses soll im Testgebiet vom Ostalb-Klinikum Aalen bis zur südlichen Gemeindegrenze von Essingen im 5G-Standard bereitgestellt werden. Zudem stellt die Telefónica für alle im Projekt eingesetzten Endgeräte 5G-

fähige SIM-Karten zur Verfügung und unterstützt die Partner mit ihrem technischen Know-How. Zwischen der Telefónica Deutschland und dem Ostalbkreis als Konsortialführer wurde deshalb in der Dienststelle des Landratsamts in der Gartenstraße in Aalen eine schriftliche Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Außerdem wurden die SIM-Karten übergeben. Landrat Dr. Joachim Bläse freut sich, dass mit der Telefónica Deutschland ein starker Partner für das Projekt „Rettungskette 5G“ gewonnen werden konnte.

#### Online-Dienste des Landratsamts Tübingen werden mehr und mehr erweitert

Beim Landratsamt Tübingen kann man bereits viele Anliegen vom heimischen Sofa aus erledigen: Anträge und Dienstleistungen können für einige Bereiche vollständig digital gestellt und abgewickelt werden; auch sind Terminvereinbarungen – beispielsweise für die Kfz-Zulassungsstelle oder die Führerscheinstelle – online möglich. So kann man beim Abfallwirtschaftsbetrieb einen digitalen

Müllwecker einrichten, Müllbehälter bestellen oder abmelden. Im sozialen Bereich besteht das Angebot eines Online-Antrags für den Schwerbehindertenausweis, für Leistungen der Grundversicherung oder Hilfe zum Lebensunterhalt. Auch wer vom Landratsamt einen Bußgeldbescheid erhalten hat oder anderweitig von einem Ordnungswidrigkeitenverfahren betroffen ist – beispielsweise als Zeuge – kann sich unbürokratisch online zum Verfahren äußern. Über das Karriereportal des Landkreises können Bewerbungsunterlagen komplett digital eingereicht werden. Im Bereich der Kfz-Zulassung gibt es neben der Reservierung des Wunschkennzeichens auch die Möglichkeit, Fahrzeuge zuzulassen, um- und abzumelden. Die Abteilung Vermessung bietet schon seit einiger Zeit die Möglichkeit, einen Auszug aus dem Liegenschaftskataster unkompliziert online zu beantragen. Viele der online angebotenen Leistungen werden über das Serviceportal des Landes Baden-Württemberg ([www.service-bw.de](http://www.service-bw.de)) zur Verfügung gestellt. Natürlich stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts auch weiterhin wie gewohnt telefonisch und persönlich zur Verfügung.

Eine Übersicht über alle aktuell angebotenen Online-Dienste mit Direktlink zum jeweiligen Angebot findet man auf der Homepage des Landkreises Tübingen unter [www.kreis-tuebingen.de/online-dienste](http://www.kreis-tuebingen.de/online-dienste). Die Seite wird – entsprechend des sich ständig erweiternden Angebots – ständig fortgeschrieben.

Landkreise und Kommunen sind Teil der Digitalisierungsstrategie des Bundes und der Länder. Das Sachgebiet Digitalisierung im Landratsamt Tübingen arbeitet gemeinsam mit den Abteilungen kontinuierlich daran, weitere Online-Dienste anzubieten.

[www.kreis-tuebingen.de/onlinedienste](http://www.kreis-tuebingen.de/onlinedienste)



## Europa – Kreispartnerschaften

### **INTERREG-Projekt: „Sicherstellung der grenzüberschreitenden Kommunikation im Krisenfall“ – Beschaffung und Installation von 25 ortsfesten Satellitenkommunikationsanlagen am Oberrhein abgeschlossen: erste Erprobung auch im Landkreis Rastatt erfolgreich**

Im Rahmen des INTERREG-Projekts „Sicherstellung der grenzüberschreitenden Kommunikation im Krisenfall“ konnte ein weiterer wichtiger Meilenstein mit der Herstellung der Betriebsbereitschaft der Satellitenkommunikationsanlagen erreicht werden. Nach der erfolgreichen Ausschreibung und Vergabe der Leistungen im Jahr 2021 wurden die Anlagen mittlerweile bei den Projektpartnern installiert und in Betrieb genommen. Somit ist eine ausfallsichere Krisenkommunikation zwischen den projektbeteiligten Krisenstäben und Leitstellen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz sichergestellt.

Auch im Landkreis Rastatt wurden im Rahmen des INTERREG-Projekts zwei Satellitenkommunikationsanlagen

errichtet und zwischenzeitlich erfolgreich erprobt. Neben der Kreisverwaltung ist auch die Integrierte Leitstelle Mittelbaden mit einer Satellitenkommunikationsanlage ausgestattet worden.

„Bei Großschadenslagen, Naturkatastrophen oder langanhaltenden flächendeckenden Stromausfällen müssen die Menschen im betroffenen Gebiet schnell informiert werden. Aber auch der Sicherstellung der Kommunikation verschiedener Krisenstäbe und Leitstellen kommt in bestimmten Lagen eine große Bedeutung zu – und das auch über Länder- und Bundesgrenzen hinweg“, betont Landrat Dr. Christian Dusch. „Mittels Satellitenkommunikationsanlagen sind die Kreise in der Oberrheinregion künftig noch besser miteinander vernetzt und können sich bei Bedarf besser gegenseitig unterstützen und zur Seite stehen.“

Als weiterer Schritt muss neben der Betriebsbereitschaft der Satellitenkommunikationsanlagen die sichere Anwendung im Krisenfall gewährleistet werden. Hierzu fanden bereits Multiplikatoren-schulungen sowie dezentrale Schulungsmaßnahmen in den einzelnen Behörden statt. Darüber hinaus wurde durch eine, aus der Mitte der Projektpartner gebil-

dete, Expertengruppe ein Kommunikations- sowie ein Übungskonzept für alle projektbeteiligten Behörden entwickelt und bereits erfolgreich erprobt. Mittels regelmäßig wiederkehrenden, länderübergreifenden Übungen wird sowohl die Sprach- als auch die Datenkommunikation unter Beteiligung aller Projektpartner praxisnah geübt. Im Ergebnis wird damit die Zusammenarbeit der Krisenstäbe und Leitstellen im Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz nachhaltig gefördert, gefestigt und weiter ausgebaut.

Zu den Projektbeteiligten gehören neben dem federführenden Regierungspräsidium Karlsruhe die Projektpartner aus Baden-Württemberg (Regierungspräsidium Freiburg, Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Landratsamt Emmendingen, Landratsamt Lörrach, Landratsamt Karlsruhe, Landkreis Rastatt, Landratsamt Ortenaukreis, Stadt Baden-Baden, Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Karlsruhe), aus Rheinland-Pfalz (Kreisverwaltung Germersheim, Kreisverwaltung Südliche Weinstraße, Kreisverwaltung Südwestpfalz, Stadt Landau in der Pfalz), aus Frankreich (Préfecture du Bas-Rhin, Préfecture du Haut-Rhin, Service d'incendie et de secours du Bas-Rhin und Service d'incendie et de secours du Haut-Rhin) und aus der Schweiz (Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt).

Ermöglicht wird das Projekt im Wesentlichen durch die finanzielle Förderung der Europäischen Union (EU) im Rahmen des Programms zur Förderung der europäischen territorialen Zusammenarbeit, INTERREG V Oberrhein. Die Fördersumme in Höhe von voraussichtlich 263.345,12 Euro wird aus Projektmitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt. Dabei handelt es sich um 60 Prozent der Gesamtaufwendungen der deutschen und französischen Projektpartner. Die schweizerischen Projektpartner werden finanziell durch die Schweizerische Eidgenossenschaft im Rahmen der Neuen Regionalpolitik sowie



Satellitenkommunikationsanlage, welche bei allen Projektpartnern ortsfest installiert wurde.

Quelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

die Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt gefördert.

#### *Hintergrundinformationen zu INTERREG*

Mit dem Programm INTERREG V Oberrhein wird die grenzüberschreitende Kooperation von Akteuren aus den unterschiedlichsten Bereichen wie beispielsweise Arbeitsmarkt, Umweltschutz und Verkehr gefördert. Ziel des grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms ist es, dass die Oberrheinregion sozial, wirtschaftlich und räumlich zusammenwächst.

**Minister Hauk gibt die neuen LEADER-Aktionsgruppen für die Förderperiode 2023–2027 bekannt – Minister Peter Hauk MdL:**  
**„Ich gratuliere den 20 LEADER-Regionen zur erfolgreichen Bewerbung und zur Aufnahme in die LEADER-Förderkulisse. Die eingereichten regionalen Entwicklungskonzepte konnten durch ihre hohe Qualität überzeugen“**

„Unsere ländlichen Regionen sind wichtige und attraktive Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsräume. Das EU-Regionalentwicklungsprogramm LEADER trägt mit seinem großen bürgerschaftlichen Engagement erheblich dazu bei, diese zu stärken und weiterzuentwickeln. Daher freut es mich sehr, dass in Baden-Württemberg künftig 20 statt bisher 18 LEADER-Aktionsgruppen in die Förderung aufgenommen werden können“, sagte der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk MdL, anlässlich der Bekanntgabe der neuen LEADER-Aktionsgruppen für die Förderperiode 2023–2027 am Montag (7. November) im Neuen Schloss in Stuttgart.

„In Baden-Württemberg mangelt es nicht an innovativen und kreativen Strategien für den Ländlichen Raum. Das haben die eingereichten regionalen Entwicklungskonzepte der Bewerberregionen eindrucksvoll gezeigt“, betonte Minister Hauk. Die regionalen Entwick-

lungskonzepte bildeten das Kernstück für die Bewerbung als LEADER-Aktionsgruppe (LAG). 20 Bewerberregionen haben ihre Entwicklungskonzepte mit breiter Bürgerbeteiligung, auch unter erschwerten Bedingungen während der Corona-Pandemie, erstellt.

Nach einer gutachterlichen Bewertung stimmte ein unabhängiges Auswahlgremium, das zu gleichen Teilen aus Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Vertretern der Verwaltung bestand, für die Aufnahme aller 20 Regionen in die LEADER-Förderkulisse.

„Allen LEADER-Akteuren gilt ein großes Dankeschön für ihr Engagement um den Ländlichen Raum. Sie haben viel Zeit und Energie in ihre Bewerbungen für diesen Wettbewerb gesteckt. Alle eingereichten Entwicklungskonzepte konnten durch ihre hohe Qualität überzeugen“, so Minister Hauk.

Der Klimaschutz und die Klimaanpassung bilden einen besonderen Schwerpunkt in der bevorstehenden LEADER-Förderperiode. Auch die Grundversorgung mit regionalen Produkten vor Ort wird deutlich in den Fokus rücken.

„Der Ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen. Große Zukunftsaufgaben wie beispielsweise die Digitalisierung, die nachhaltige Daseinsvorsorge oder den Klimaschutz, können wir nur mit einem leistungsfähigen Ländlichen Raum lösen. Programme, wie LEADER, geben unseren Regionen wichtige Instrumente an die Hand, um mit innovativen Lösungen und kreativen Konzepten diesen Aufgaben begegnen zu können“, sagte Minister Hauk.

Den LEADER-Aktionsgruppen stehen in der Förderperiode 2023–2027 nun insgesamt rund 46 Millionen Euro EU-Mittel zur Verfügung. Somit verfügt jede LEADER-Aktionsgruppe für die Umsetzungsphase von fünf Jahren über ein EU-Mittel-Budget von 2,3 Millionen Euro. Das Land unterstützt LEADER mit weiteren 12,5 Millionen Euro aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Das bedeutet zusätzliche 625.000 Euro

je LAG. Hinzukommen noch Landesmittel aus den Programmen Innovative Maßnahmen für Frauen und der Landschaftspflegegerichtlinie.

Folgende LEADER-Aktionsgruppen gehen 2023 in der neuen Förderperiode 2023–2027 an den Start:

1. Badisch-Franken
2. Brenzregion
3. Heckengäu
4. Hohenlohe-Tauber
5. Jagstregion
6. Kraichgau
7. Limesregion Hohenlohe-Heilbronn
8. Mittelbaden
9. Mittlere Alb
10. Mittleres Oberschwaben
11. Mittlerer Schwarzwald
12. Neckar-Odenwald aktiv
13. Nordschwarzwald
14. Oberer Neckar
15. Oberschwaben
16. Ortenau
17. Schwäbischer Wald
18. Südschwarzwald
19. Westlicher Bodensee
20. Württembergisches Allgäu

#### *Hintergrundinformationen:*

LEADER ist ein Regionalentwicklungsprogramm, das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert wird. Der Begriff LEADER ist eine Abkürzung und steht für „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“. Das Programm soll also eine Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft schaffen. Eine Förderung ist nur in sogenannten LEADER-Aktionsgebieten möglich. Dies sind abgegrenzte Gebiete des ländlichen Raums, die unter geografischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten eine Einheit bilden. Eine Besonderheit von LEADER ist der sog. Bottom-Up-Ansatz. Die Entscheidung über die Vergabe der verfügbaren Fördermittel wird von den lokalen Aktionsgruppen getroffen, die sich aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie verschie-

denen Wirtschafts- und Sozialpartnern und kommunalen Vertretungen aus der Region zusammensetzen. Die zugrundeliegende Überlegung hinter diesem Ansatz ist, dass die Menschen vor Ort die Herausforderungen und Potenziale ihre Region am besten kennen. So können gezielt Bedarfe erkannt und passgenaue Ideen sowie Projekte entwickelt werden, die den Bürgerinnen und Bürgern einen Mehrwert bringen und den Ländlichen Raum insgesamt zukunftsfähig machen. Weitere Informationen zu LEADER finden Sie auf der Webseite des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz unter [www.mlr-bw.de/LEADER](http://www.mlr-bw.de/LEADER)

## Ostalbkreis erhält Auszeichnung für seine Gleichstellungspolitik

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas hat jetzt das Landratsamt Ostalbkreis für vorbildliches gleichstellungspolitisches Engagement ausgezeichnet. Carmen Venus, die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, erhielt die Urkunde von der Präsidentin der deutschen Sektion des Rates Christiane Horsch.

„Vor allem in den letzten zwei Jahren ist Gleichstellungspolitik wichtiger denn je geworden. Die Krisen wie Corona, Krieg und Klima treffen schwache und arme Gesellschaftsgruppen ungleich stärker“, so Carmen Venus. „Der Bereich des Sozialen stellt den größten Teil im Aufgabefeld der Landkreisverwaltung dar. So bieten wir Hilfe und Ausgleich“, nennt Landrat Dr. Joachim Bläse den Schwerpunkt im sozialen Gefüge der Ostalbkreis-Gemeinschaft.

Auf Initiative des Kreisfrauenrats in 2014 schloss sich die Landkreisverwaltung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene an. Damit erklärte sich der Kreis bereit, Gleichstellungsaktionspläne zu erstellen. Diese werden von Frauen und Männern der Gleichstellungskommission erarbeitet. Für die Zielsetzung



Freuen sich über die Anerkennung der Gleichstellungspolitik des Kreises: (v.l.) Carmen Venus und Landrat Dr. Joachim Bläse

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

der Charta wurden seit dem Jahr 2016 Maßnahmen für den Landkreis festgelegt, die Kooperationen und Ressourcen benötigten. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig vor dem Kreistag. Die von Carmen Venus geführte Gleichstellungskommission erhielt viel Lob und Anerkennung von den Fraktionen für die geleistete Arbeit und mit dieser Auszeichnung auch von der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

## Straßenmeistertechnik aus dem Bodenseekreis an polnischen Partnerkreis übergeben

Das Straßenbauamt Tschenschow (Częstochowa) hat Straßenwärtertechnik aus dem Bodenseekreis erhalten. Im Rahmen der Kreispartnerschaft überließ das Straßenbauamt des Landratsamtes Bodenseekreis den polnischen Kollegen einen Kleinbus sowie zwei Anbaugeräte zum fairen Preis. Mit der zusätzlichen Ausrüstung wird das Tschenschowauer Straßenbauamt unabhängiger von externen Dienstleistern.



Eine polnische Spedition bringt Straßenwärtertechnik von der Straßenmeisterei Markdorf nach Tschenschow.

Quelle: Landratsamt Bodenseekreis

Der fünfzehn Jahre alte Kleinbus sowie ein Schneepflug und ein Kehrbesen, die jeweils an einen LKW angebaut werden können, wurden Ende Oktober durch eine polnische Spedition nach Tschenschtochau gebracht. Das Fahrzeug diente zuvor dem Team der Straßenmeisterei Markdorf, um zu den Arbeitsorten an den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zu gelangen und darin die Pausen zu verbringen. Der Pflug kam aus dem Bestand der Straßenmeisterei Tettngang, die Kehrvorrichtung aus dem der Straßenmeisterei Überlingen. Im Rahmen des Geräteparkmanagements der Kreisstraßenmeistereien stand diese Technik zur Erneuerung an. Deshalb konnte sie in gutem Zustand und einsatzbereit, zu einem fairen, gutachterlich bestimmten Preis an die polnische Behörde übergeben werden.

Durch die Kreispartnerschaft pflegen die beiden Straßenbauämter eine enge Beziehung. So verrichten bereits mehrere ehemalige Spezialfahrzeuge aus dem Bodenseekreis Dienst auf den Straßen Tschenschtochaus. Außerdem tragen regelmäßige fachliche Austausche und Treffen dazu bei, gemeinsamen Herausforderungen des Straßenbetriebsdienstes begegnen zu können.

Der Landkreis Tschenschtochau umfasst 16 Gemeinden, und ist damit der größte Landkreis der Woiwodschaft Schlesien. Die Partnerschaft mit dem Bodenseekreis existiert seit über 20 Jahren. Sie erstreckt sich auf viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung und hat bereits einige private Kontakte und Freundschaften hervorgebracht.

#### **Bodenseekreis: Landratsamt-Azubi erlebt Praktikum im polnischen Partnerkreis**

Wer im Landratsamt Bodenseekreis eine Ausbildung macht, kann auch was von der Welt sehen: Die Azubis der Kreisverwaltung bekommen die Möglichkeit, Behördenarbeit im Ausland zu erleben und dort neue Erfahrungen zu sammeln.



**Dominik Fritsch besucht eine Schule für Kinder mit Beeinträchtigungen.**

Quelle: Landratsamt Bodenseekreis

Genau das wollte Dominik Fritsch, Auszubildender zum Verwaltungsfachangestellten. Im Oktober 2022 wechselte er deshalb für zwei Wochen in das Landratsamt des polnischen Partnerkreises Tschenschtochau (Częstochowa). Dort wurde er in das Team der Familienhilfe aufgenommen.

„Meine polnischen Kolleginnen und Kollegen haben mir gezeigt, was alles hinter der Leitung von Schulen, der Betreuung von Kinderheimen und der Organisation von Ausbildungseinrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung steckt. Das waren spannende Tage. Alle haben sich

viel Zeit für mich genommen, um mir ihre Arbeit zu erklären“, berichtet Dominik Fritsch. „Die Familienhilfe kümmert sich außerdem um Themen wie Wohnraumberatung oder die Vermittlung von Plätzen in Hilfeeinrichtungen. Es war für mich sehr wertvoll zu sehen, wie dort in Polen das Sozialsystem funktioniert.“ Gefreut hat Dominik Fritsch, dass ihm die polnischen Kolleginnen und Kollegen so herzlich begegnet sind. Sie zeigten ihm die Stadt, erklärten ihre Kultur, stellten ihn ihren Freunden vor und luden ihn zu typisch polnischem Essen ein. Dass die einen kein Deutsch und der andere kein Polnisch sprach, machte offenkundig niemandem etwas aus. Ein wenig Englisch konnten alle. „Das gehört für mich zum Abenteuer Ausland dazu. Außerdem hat es richtig Spaß gemacht, ein bisschen Polnisch zu lernen.“ Zukünftigen Auslandspraktikanten empfiehlt Dominik Fritsch, sich vollständig auf den Aufenthalt einzulassen und so viele Eindrücke wie möglich aufzunehmen.

Das Azubi-Praktikum des Landratsamts Bodenseekreis dauert in der Regel zwei Wochen. Auch mit einer schwedischen Gemeinde hat die Kreisbehörde solch eine Kooperation. Finanziert werden Reisekosten und Unterkunft durch das EU-Förderprogramm Erasmus+. Das Landratsamt möchte durch die Auslandsaufenthalte seiner jungen Mitarbei-



**Der Landratsamts-Azubi beim „Probearbeiten“ im Team der Familienhilfe des Landratsamts Tschenschtochau.**

Quelle: Landratsamt Bodenseekreis

terinnen und Mitarbeitern deren Selbstbewusstsein, interkulturelle Kompetenz und Verständnis für das Zusammenleben in Europa stärken.

Infos zur vielseitigen Ausbildung im Landratsamt Bodenseekreis unter [www.bodenseekreis.de/ausbildung](http://www.bodenseekreis.de/ausbildung)

## **Enzkreis: Mehr als 10 Jahre nach dem ersten Kennenlernen – Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde mit Masasi**

Kennengelernt haben sie sich im Frühjahr 2011, nur wenige Monate später pflegten sie schon intensive Kontakte, dieser Tage nun machen sie es offiziell: Der Enzkreis und das tansanische Masasi haben sich entschlossen, eine kommunale Partnerschaft einzugehen. Die Entscheidung dazu ist bereits 2020 gefallen; Corona-bedingt war eine persönliche Begegnung aber erst jetzt möglich.

Und so haben sechs Gäste aus Masasi – im Anschluss an eine deutsch-afrikanische Partnerschaftskonferenz in Dresden – Ende September den Enzkreis besucht. Diese Gelegenheit wurde zur Unterzeichnung der im Sinne der Agenda2030 formulierten Partnerschaftsurkunde genutzt. Im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes setzten Landrat Bastian Rosenau und die Vertreter von Masasi Stadt und Distrikt im Beisein von Mitgliedern des Kreistags und des Partnerschaftsvereins „Marafiki wa Masasi“ ihre Unterschriften unter die Urkunden, in denen sich beide Seiten für eine noch engere Zusammenarbeit aussprechen.

Im Rahmen ihres viertägigen Aufenthalts im Enzkreis informierten sich die tansanischen Gäste schwerpunktmäßig zu den Themen Bildung (Besuch des langjährigen Partners Hilda-Gymnasium Pforzheim), zur Wasserversorgung, zur Klinikpartnerschaft (Besuch der Enzkreis-Kliniken Mühlacker), zu Tourismus (Kloster Maulbronn, Schloss Neuenbürg), erneuerbaren Energien (Solarpark und



**Mehr als 10.000 Kilometer liegen zwischen den tansanischen Kommunen und dem Enzkreis – dennoch wollen sie weiterhin eng zusammenarbeiten. Über die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages im Großen Sitzungssaal des Landratsamts freuen sich (von links):** **Dezernent Frank Stephan, Kajuti Nyambi, Kreisrat Michael Sengle, Godfrey Yakiti, Kreisrat Dr. Till Neugebauer, Hon. Ibrahimu Issa Chiputula (Chairman des Masasi Districts), Landrat Bastian Rosenau, Hon. Hashim Namtumba (Chairman von Masasi Town), Nelson Milanzi vom District, Rashid Musa von Masasi Town, Kreisrat Hans Vester und Erste Landesbeamtin Dr. Hilde Neidhardt.**

Quelle: S. Burkhard, Landratsamt Enzkreis

Windpark Straubenhardt), zur Umweltbildung (Wald-Klima-Pfad) sowie zur Abfallwirtschaft (Deponie Hamberg und Recyclinghof in Maulbronn). „Ziel ist letztlich, das über die Jahre gemeinsam erarbeitete Handlungsprogramm inhaltlich weiterzuentwickeln“, fasst Angela Gewiese von der „Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung“ zusammen, die die Kontakte nach Masasi koordiniert und im Ehrenamt Vorsitzende des Partnerschaftsvereins ist.

Der Distrikt liegt nach ihren Worten im Süden Tansanias, ist vergleichbar mit einem deutschen Landkreis, hat rund 350.000 Einwohner und ist mit einer Fläche von fast 4.000 Quadratkilometern etwa acht Mal so groß wie seine deutsche Partnerkommune. „Trotz mehr als 10.000 Kilometern Entfernung, häufig wechselnden Ansprechpartnern, einer aufwändigen Beantragung von Fördermitteln und jüngst noch Corona gelingt es dem Enzkreis bereits seit mehr als zehn Jahren, einen engen und fruchtbaren Austausch mit Masasi zu pflegen“, freuen sich Landrat Bastian Rosenau und Erste Landesbeamtin Dr. Hilde Neidhardt, zu deren Dezernat die Stabsstelle gehört.

„Der Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit unter dem Dach einer sogenannten Klimapartnerschaft lag in den vergangenen Jahren auf der Verbesserung der Bildung, der Gesundheitsversorgung sowie dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien in Masasi“, so Neidhardt weiter. Doch nicht nur in der Partnerkommune sei in dieser Zeit viel passiert; auch der Enzkreis sei 2017 erstmals als Fairtrade-Landkreis zertifiziert worden, habe seine Leitlinie sowie die Beschaffungsrichtlinien angepasst und eine Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der Agenda2030 verabschiedet, an deren Umsetzung Tag für Tag gearbeitet werde. Letztlich sei auf beiden Seiten der Entschluss gereift, die Beziehungen zu einer offiziellen kommunalen Partnerschaft weiterzuentwickeln. Und so sei schließlich bereits im Juli 2020 – Corona-bedingt auf digitalem Wege – die Partnerschaftsurkunde unterschrieben worden, nachdem der Kreistag des Enzkreises sowie die Parlamente auf tansanischer Seite grünes Licht gegeben hatten. Nach der Aufteilung des Masasi-Distriktes im Jahre 2012 besteht die Partnerschaft auch mit der bis dato zum Kreis gehörenden Stadt Masasi.

„Wir betrachten unsere Kontakte als Beispiel für moderne kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Wir kooperieren auf Augenhöhe – und sind dankbar für die fachliche und finanzielle Unterstützung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“, so der Kreischef abschließend. „Jedenfalls soll die Klimapartnerschaft mit Masasi auch in Zukunft ein wichtiges Puzzle-Teil im Rahmen der umfangreichen Agenda 2030-Aktivitäten des Enzkreises bilden.“

### **Delegation des Landkreises Esslingen in israelischer Partnerstadt – Von den Besten lernen**

Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der israelischen Partnerstadt Givatayim reiste Landrat Heinz Eininger Anfang November mit einer Delegation aus Vertretern der Kreisverwaltung und der medius KLINIKEN nach Israel.

„Wir konnten während unseres Aufenthalts unsere lebendigen Beziehungen weiter vertiefen und für die Zukunft Pläne schmieden“, erklärte der Landrat nach seiner Rückkehr am Sonntagabend, 6. November. „In den Feldern Rheumatologie, Diabetologie und Geriatrie profitieren sowohl die medius KLINIKEN wie auch das Sheba Medical Center – eines der besten Krankenhäuser auf der Welt – von der gemeinsamen Zusammenarbeit und dem Austausch.“ So werde Dr. Dr. Andrej Zeyfang, der Chefarzt der Klinik für Innere Medizin, Altersmedizin, Diabetologie und Palliativmedizin am Standort in Ostfildern-Ruit bereits in wenigen Tagen als Referent zu einem Kongress nach Israel reisen, um sich dort mit den weltweit besten Diabetologen auszutauschen, berichtete Eininger weiter. Während des Aufenthalts in Israel besuchte die Delegation die israelische Partnerstadt Givatayim, nicht nur anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Stadt. Der Landrat vereinbarte mit Oberbürgermeister Ran Kunik, das im nächsten Jahr anstehende Jubiläum zum 40-jährigen Bestehen der Partnerschaft



**Holocaust-Überlebende in einem Alten- und Pflegeheim haben der Delegation aus der Kreisverwaltung und den Kreiskliniken ihre bewegende Vergangenheit geschildert.** Quelle: Stadt Givatayim

zu nutzen, um insbesondere im Bereich der Jugendarbeit weitere Möglichkeiten auszuloten, wie der derzeit rege Austausch von jungen Menschen weiterentwickelt werden kann. Zum 50-jährigen Bestehen des Landkreises im kommenden Jahr lud Landrat Eininger Gäste aus Israel zum Festakt im Mai ein.

Großen Respekt zollte der Landrat der stellvertretenden Bürgermeisterin Or-Li Niv, die in einem Vortrag die von der Stadt Givatayim bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen vorstellte. Givatayim habe schneller und umfassender auf die Pandemie reagieren können, was sowohl die Serviceleistungen für die Bevölkerung, die Digitalisierung der Verwaltung, als auch die Impfgeschwindigkeit betrifft, stellte Eininger fest.

Für die Delegation aus Esslingen war ein Treffen mit Überlebenden des Holocausts im Rahmen der Besichtigung eines Alten- und Pflegeheimes sehr bewegend. Die beiden Überlebenden schilderten eindrücklich ihren Leidensweg zu Zeiten des Nationalsozialismus in Deutschland.

### **Festakt zum 25-Jahr-Jubiläum der Partnerschaft zwischen Landkreis Ludwigsburg und Region Oberes Galiläa – Landrat Dietmar Allgaier: Ich bin stolz auf unsere jahrelange Verbindung**

Das 25-jährige Bestehen der offiziellen Partnerschaft zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der Region Oberes Galiläa in Israel ist am 6. Oktober 2022 im Kreishaus gefeiert worden. Gleichzeitig wurde auch die ebenfalls seit 25 Jahren bestehende Schulpartnerschaft zwischen dem Robert-Bosch-Gymnasium Gerlingen und der HarVagai School gewürdigt. Nachdem die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der Region Oberes Galiläa bereits im März in Israel mit der Unterzeichnung einer neuen, leicht angepassten Partnerschaftsvereinbarung bekräftigt worden war, unterzeichneten Landrat Dietmar Allgaier und Chairman Giora Salz nun im Rahmen des Festakts im Kreishaus nochmals die Erneuerungspartnerschaftsurkunde.

„Gerade in Zeiten wie diesen gewinnt die Freundschaft zwischen Menschen, zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der Region Oberes Galiläa an Bedeutung. Persönliche Begegnungen und Austau-



Chairman Giora Salz und Landrat Dietmar Allgaier mit der unterzeichneten Partnerschaftserneuerungsurkunde

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

sche sind so wichtig“, sagte Landrat Allgaier in seiner Rede. Der Austausch mit dem Oberen Galiläa sei für ihn eine Herzensangelegenheit. Deshalb wolle man das 25-Jahr-Jubiläum feiern und gleichzeitig die Partnerschaft stärken. Denn beide Partner würden perfekt zusammenpassen: Das Obere Galiläa zeichne sich aus durch seine hohe ökonomische

Dynamik und seine Start-up-Mentalität und der Landkreis Ludwigsburg durch seine High-Tech-Industrie und seine Automotive-Schlüsseltechnologie. „Ich bin stolz auf unsere jahrelange Verbindung. Für mich persönlich hat die Partnerschaft einen hohen Wert – ich würde unsere Partnerschaft als besonders, einzigartig und sehr eng bezeichnen“, so Allgaier.



V.l.n.r.: Chairman Giora Salz, der frühere Landrat Dr. Rainer Haas und Landrat Dietmar Allgaier

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

Der Chef der Kreisverwaltung ging auch auf die Anfänge der Partnerschaft ein, die am 14. März 1997 im Pädagogisch Kulturellen Centrum (PKC) Ehemalige Synagoge Freudental von Dietmar Allgaiers Vorgänger Dr. Rainer Haas und Giora Salz' Vorgänger Aharon Valency besiegelt wurde. Alles begonnen habe mit der Begegnung zweier junger Menschen im Oberen Galiläa im Jahre 1979, Ludwig Bez und Gadi Lahav. Der damalige Landrat Dr. Ulrich Hartmann und der frühere Chairman Avram Broshi festigten die Freundschaft dann in den folgenden Jahren. Über die Jahre hinweg habe es eine ganze Reihe eindrucksvoller und unvergesslicher Begegnungen gegeben. In den vergangenen zwei Jahren habe man den Kontakt trotz der Pandemie lebendig gehalten. Beispielsweise habe man im vergangenen Jahr einen kurzen Videoclip über die besondere Partnerschaft produziert. Der besondere Fokus der Partnerschaft liege auf der Jugend. Ohne die Lehrer und Rektoren, denen Allgaier oftmals dankte, wäre dies nicht möglich. Er freue sich, dass das mittlerweile 8. Deutsch-israelische Lehrerseminar stattfinden könne und die Schüleraustausche aller insgesamt fünf Schulpartnerschaften in diesem Jahr wieder aufgenommen werden. Schließlich dankte Landrat Allgaier dem Kreisjugendorchester Ludwigsburg unter der Leitung von Roland Haug für die musikalische Umrahmung des Festakts: „Musik ist ebenfalls ein guter Startpunkt für das gegenseitige Verstehen. Auch deshalb gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Orchestern des Landkreises Ludwigsburg und der Region Oberes Galiläa.“ Nach Landrat Allgaier sprach sein israelischer Amtskollege Giora Salz. Er stellte fest, dass die Art, wie Lebenserfahrungen wahrgenommen werden und sich auswirken, von Mensch zu Mensch sehr unterschiedlich ist, selbst wenn die gleiche Erfahrung geteilt wird. Abhängig sei das Erleben von der Intensität der Erfahrung, von der Zeit, die seit einem Ereignis

vergangen ist sowie vom Umfang und der Größe der Erfahrung, so Salz. Der Holocaust sei ein zentrales Element des 2. Weltkriegs gewesen und dennoch ermögliche es die Zeit, die seitdem vergangen ist, dem größten Teil der Menschheit, ihn nur als ein Ereignis unter vielen zu betrachten. Die Ungeheuerlichkeit des Holocausts werde heute nicht mehr wahrgenommen. „Unsere gemeinsame Mission ist: die Vergangenheit zu studieren, gemeinsam die Gegenwart zu meistern und vor allem die Zukunft als eine bessere Welt zu planen“, sagte Salz.

Im Anschluss daran sprachen Eberhard Kleinmann, Lehrer des Robert-Bosch-Gymnasiums Gerlingen, und Peter McNally von der HarVagai School über das 25-Jahr-Jubiläum des Schüleraustausches zwischen ihren Schulen.

**Landkreis Ludwigsburg: Partnerschaft mit Bergamo vertraglich besiegelt**

Nach 20 Jahren Freundschaft ist nun eine Partnerschaft gewachsen: Pasquale Gandolfi, Präsident der Provinz Bergamo, und Landrat Dietmar Allgaier haben kürzlich die offizielle Partnerschaftsurkunde zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der Provinz Bergamo unterzeichnet. Die Verbindungen zwischen den beiden Regionen seien über die vergangenen beiden Jahrzehnte stetig gewachsen, nun

sei die Zeit reif für eine Partnerschaft, würdigte Gandolfi die Unterzeichnung. Der Rahmen des Festaktes hätte passender kaum sein können: beim Spätlingmarkt im Landratsamt Ludwigsburg waren auch zahlreiche Anbieter aus der Provinz Bergamo zu Gast. Neben Präsident Gandolfi, der mit einer Delegation aus Bergamo den Landkreis Ludwigsburg besuchte, würdigte auch der italienische Generalkonsul Massimiliano Lagi, den jetzigen Schritt der Unterzeichnung einer Partnerschaftsurkunde. „Das Miteinander der Kommunen und der Regionen ist wichtiger denn je“, sagte auch Landrat Dietmar Allgaier, „ich bin deshalb froh, dass wir mit dieser Unterzeichnung unsere gefestigten freundschaftlichen Beziehungen zu einer Partnerschaft verstetigen.“

**Gesundheit**

**Landkreis Calw: Modellprojekt Region für ärztliche Ausbildung holt angehende Ärzte in den ländlichen Raum – Studierende der Uni Tübingen treffen sich in Calw**

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu stärken, das ist das erklärte Ziel des Landesprojekts „Modellregionen für Ärztliche Ausbildung“. Zu-

sammen mit der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen werden für die Modellregion Calw neue innovative Lehrformate entwickelt und erprobt, die Studierende stärker mit einem ärztlichen Beruf im ländlichen Raum in Berührung bringen. Bisher ist die ärztliche Ausbildung stark durch ein universitäres bzw. stationäres Umfeld geprägt. Im Projekt arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Ärzteschaft, dem universitären Institut für Allgemeinmedizin und Interprofessionelle Versorgung in Tübingen sowie Studierende zusammen. Finanziert wird es durch das Land Baden-Württemberg, das maßgeblich den Aufbau solcher Modellregionen unterstützt.

Im Oktober ist der erste Praxisteil des Modellprojekts „Regionen für ärztliche Ausbildung“ gestartet. Zehn Studierende aus dem zweiten und vierten Semester ihres Medizinstudiums haben sich hierfür eine Woche im Landkreis Calw getroffen und das vorklinische Wahlpflichtfach „Das volle Leben“ absolviert. Ein Bestandteil war der Besuch unterschiedlicher Stationen wie Hausarztpraxen, Pflegedienst, Hospiz, Klinik, Physiotherapie und weiteren, um sich mit Patienten und Experten vor Ort auszutauschen. Durch das Bearbeiten realer Patientenfälle sollen die Studierenden Einblicke in die regionale Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten mit anderen Gesundheitsfachberufen wie z.B. Pflege, Physiotherapie, sowie in die Zusammenarbeit der unterschiedlichen ärztlichen Fachdisziplinen erhalten.

„Für uns war es wichtig, die Region mit all ihren verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens von Anfang an mit einzubinden“, sagt Dr. Thorsten Doneith, Facharzt für Allgemeinmedizin an der Universität Tübingen.

„Die Woche im Landkreis Calw war für mich eine echte Horizonsweiterung – hier konnte ich Dinge sehen, die ich sonst im Studium nicht zu sehen bekomme“, so Annalisa Burkei, Medizinstudentin an der Universität Tübingen.



Pasquale Gandolfi, Präsident der Provinz Bergamo, und Landrat Dietmar Allgaier

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg



Studierende des vorklinischen Wahlpflichtfachs „Das volle Leben“ und deren Lehrbeauftragte

Quelle: Landratsamt Calw, Janina Dinkelaker

„Als Modellregion für ärztliche Ausbildung ist es unser Ziel, angehende Ärztinnen und Ärzte für eine Tätigkeit im ländlichen Raum zu gewinnen. In Verbindung mit unserem Hausarztstipendium setzen wir stark auf angehende Fachkräfte, um die medizinische Versorgung im Kreisgebiet zu sichern“, sagt Dr. Frank Wiehe, Erster Landesbeamter im Landkreis Calw.

„Die theoretische Lehre der Universität wird durch den praktischen Einblick im Landkreis ergänzt. In den Einrichtungen vor Ort können die Studierenden die Schnittstellen zu verschiedenen Fachdisziplinen hautnah erleben“, so Sophie Knörle, verantwortlich für die Kreisentwicklung im Landkreis Calw. Ende Oktober startete das Blockpraktikum im Landkreis Calw für Studierende im 10. Semester. Die Studierenden waren hierfür in den ersten zwei Semesterwochen des 10. Semesters im Landkreis Calw und lernten über den eigentlichen Einsatzort hinaus Schnittstellen zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen, Professionen und Sektoren kennen.

## Landratsamt Ostalbkreis: Gesundheitsnetz Schwäbischer Wald gegründet

Auf Initiative des Landratsamts Ostalbkreis und der Ärzteschaften Aalen und

Schwäbisch Gmünd haben sich mehrere Gesundheitsakteure zusammenschlossen, um das „Gesundheitsnetz Schwäbischer Wald“ zu gründen.

Mit dem Ziel, die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gesundheitsberufen zu intensivieren, unterzeichneten am 26. September insgesamt 13 Gesundheitsakteure und -organisationen eine Kooperationsvereinbarung. Das neu gegründete Gesundheitsnetz hat den Zweck, die wohnortnahe Versorgung von Patientinnen

und Patienten im Schwäbischen Wald im Ostalbkreis zu verbessern. Die Mitglieder streben unter anderem eine effizientere Kommunikation sowie die Durchführung von interdisziplinären Fallkonferenzen an. Auf diese Weise soll eine kontinuierliche Versorgung „aus einer Hand“ ermöglicht werden.

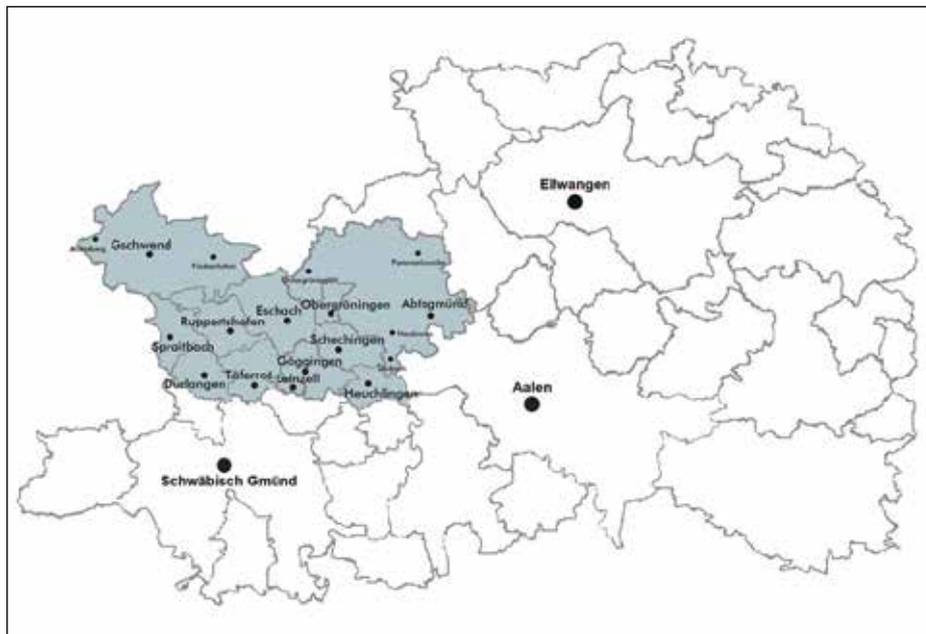
Mitglieder des Gesundheitsnetzes sind etwa die hausärztliche Genossenschaft MEDWALD eG, der Hausarzt Volker Scharffenberg, die Stiftung Haus Lindenhof, die apio-Pflege, der Pflegestützpunkt Ostalbkreis, die Kliniken Ostalb, die Ernährungsberaterin Sabrina Hettich und die Wundmanagerin Ramona König. „Wir würden uns natürlich sehr darüber freuen, wenn sich noch weitere Gesundheitsakteure dem Netzwerk anschließen“, betonte die Sozialdezernentin des Ostalbkreises, Julia Urtel.

Unterstützt werden die Netzwerkmitglieder seit dem 1. November 2022 von zwei Patientenslotsinnen, die als zentrale Ansprechpartnerinnen den Versorgungsprozess von chronisch kranken und multimorbiden Personen koordinieren. Sie führen Hausbesuche durch, erstellen Hilfepläne, vermitteln gesundheitsbezogene Leistungen und prüfen den Erfolg



V. l. n. r.: Julia Urtel (Sozialdezernentin des Ostalbkreises), Thomas Schneider (Vorstand Kliniken Ostalb), Dr. Heiner Steinat (Vorstand MEDWALD eG), Leonie Schönsee (Gesundheitsamt Ostalbkreis), Ramona König (Wundmanagerin), Nadine Streicher (Stiftung Haus Lindenhof), Sabrina Beißwenger (neue Patientenslotsin) und Katharina Krätschmer (neue Patientenslotsin)

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis



Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

der Maßnahmen. Alle Gesundheitsakteure im Schwäbischen Wald können die Leistungen der PatientInnen für ihre Patientinnen und Patienten mit entsprechenden Versorgungsbedarfen kostenfrei in Anspruch nehmen.

Ab dem kommenden Jahr wird zudem eine Gemeindegeschwester im Gesundheitsnetz tätig. Sie wird Hausbesuche vornehmen, Kontrolluntersuchungen und Routinebehandlungen durchführen, wie beispielsweise Blutdruckmessung oder Verbandswechsel sowie bei der Therapie von Bagatellerkrankungen unterstützen. Außerdem wird sie zu den Themen Gesundheitsförderung und Prävention beraten, wie etwa zur Sturzprophylaxe und zu gesunder Ernährung. Auch bei der Medikamenteneinnahme und beim Selbstmanagement chronischer Erkrankungen wird sie den Patientinnen und Patienten im Schwäbischen Wald unterstützend zur Seite stehen.

„Das Besondere an den PatientInnenlotsinnen und der Gemeindegeschwester ist, dass sie sich mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten nehmen können, weil sie nicht über das Regelsystem finanziert werden“, erläuterte der Durlanger Hausarzt Dr. Heiner Steinat. Das Pi-

lotprojekt wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert. Die Region „Schwäbischer Wald“ im Ostalbkreis wurde aufgrund des dortigen geringen hausärztlichen Versorgungsgrads von 58,4 Prozent ausgewählt.

### Jugend

#### Demokratie – was sonst? Hohenlohekreis beteiligte sich mit Aktion in Öhringen am Internationalen Tag der Demokratie am 15. September

In zahlreichen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs fanden am 15. September 2022 zum Internationalen Tag der Demokratie Aktionen für mehr Engagement in der Demokratie statt. Zeitgleich lief eine Online-Kampagne des Demokratiezentrum Baden-Württembergs, um noch mehr junge Menschen zum Mitmachen zu bewegen: Einmischen, mitreden und aktiv gestalten lautet die Devise.

Auch der Hohenlohekreis beteiligte sich mit einer Aktion in Öhringen. Das

Kreisjugendreferat baute gemeinsam mit dem Kreisjugendring Hohenlohe e.V. und dem katholischen Jugendreferat in Kooperation mit dem Jugendpavillon Öhringen vier Spielstationen auf. Dort konnten Kinder und Jugendliche ihr Wissen zu demokratischen Grundbegriffen testen und selbst kreativ werden. Besonders beliebt war die Gestaltung einer eigenen Flagge: Mit Fingerfarben und bunten Stiften konnte nach Herzenslust eine große, weiße Flagge bemalt werden. Häufig gewählt wurden der Begriff Frieden, das Peace-Zeichen und Bezüge zum Krieg in der Ukraine.

An einer weiteren Station konnten Jugendliche einen eigenen Slogan für Demokratie entwerfen und sich mit diesem zusammen fotografieren lassen. „Demokratie heißt Selbstbestimmung“ lautete einer von ihnen. Die beiden anderen Stationen befassten sich vor allem mit den Begrifflichkeiten sowie Grundbausteinen der Demokratie. Zu Schlagworten wie „Gleichberechtigung“, „Rassismus“ oder „Gerechtigkeit“ mussten korrekte gesetzliche Grundlagen oder Paragraphen, historische Daten und Ereignis-



Bei der Gestaltung der Flagge konnten sich die Jugendlichen kreativ austoben. Zwei Mädchen setzten ihre bunten Handabdrücke als Symbol für „Freundschaft“ direkt nebeneinander.

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis, Kreisjugendreferat



Die Infostation zum Tag der Demokratie ist aufgebaut und das Team wartet auf junge Besucherinnen und Besucher. V.l.n.r.: Iris Schutow (Kreisjugendring Hohenlohe e.V.), Gerold Traub (katholisches Jugendreferat Hohenlohe) und Yasemin Serttürk (Kreisjugendreferat Hohenlohekreis).

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis, Kreisjugendreferat

nisse, besondere Persönlichkeiten sowie Definitionen zugeordnet werden.

Der landesweite Aktionstag ermuntert Jugendliche und Erwachsene in Baden-Württemberg, sich aktiv für Demokratie zu engagieren und für deren Werte wie eine offene Gesellschaft, Toleranz und demokratischen Austausch einzusetzen. „Es ist höchste Zeit, unsere Demokratie wieder mehr mit Leben zu füllen und sich auf Basis unserer demokratischen Werte für ein solidarisches Miteinander zu engagieren“, sagt Mitorganisatorin Yasemin Serttürk, Leiterin des Kreisjugendreferats Hohenlohekreis. „Der Austausch, das Feststellen gemeinsamer Werte und ein menschenfreundlicher Umgang stehen im Mittelpunkt. Statt Hass und Hetze werden demokratische Haltung und gegenseitiger Respekt beworben.“

Das Kreisjugendreferat des Hohenlohekreises leitet seit 2017 die regionale Beratungsstelle „Kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ im Netzwerk des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Betroffene können sich für Beratung, Begleitung und Informationen an [jugendreferat@hohenlohekreis.de](mailto:jugendreferat@hohenlohekreis.de) wenden.

**Landkreis Lörrach verleiht „Vielfaltsboxen“ an Kitas – Spielmaterialien zum Thema Diversität und Vielfalt**

Polizeipersonal ist nicht nur männlich, manche Kinder haben zwei Papas und Pflaster können unterschiedliche Hautfarben haben – Alltagsrealitäten, die Kindern durch spezielle Spielmaterialien bewusstgemacht werden können.

Seit September bietet das Landratsamt Lörrach in Kooperation mit der Bürgerstiftung Lörrach vier „Vielfaltsboxen“ zur Ausleihe für Kitas im Landkreis an.

„Spielmaterialien geben Kindern Informationen über sich, andere Menschen und die Welt. Aspekte, die durch Spielmaterialien wiedergespiegelt werden, werden als bedeutsam und erwünscht angesehen. Das, was fehlt, erscheint unwichtig und unerwünscht. Nur wenn Kinder sich mit all ihren Identitätsmerkmalen wiederfinden, erfahren sie Zugehörigkeit und Anerkennung“, erklärt Laura Rössler, Koordinatorin in der Bildungsregion des Landkreises Lörrach. Mit-Initiatorin Michaela Kern von der Bürgerstiftung Lörrach ergänzt: „Sie erfahren: So wie ich bin, bin ich richtig! Ich gehöre dazu!“

Im Rahmen des Fachtags „Es ist normal, dass wir verschieden sind; Vielfalt respektieren – Ausgrenzung widerstehen!“ im Juni dieses Jahres, entstand die Idee zu den Materialboxen, die die Kindertageseinrichtungen auf dem Weg zu vorurteilsbewusstem Handeln unterstützen sollen.

Durch Spenden der Bürgerstiftung Lörrach, der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden, der Sparkasse Wiesental sowie der Stiftung der Sparkasse Markgräfler-



Zum Inhalt der neuen Vielfaltsboxen für Kitas gehören unter anderem Puppen, Bücher und Spiele.

Quelle: Landratsamt Lörrach



Eine Playmobilfamilie

Quelle: Landratsamt Lörrach

land zur Förderung der Jugend konnten die Vielfaltsboxen mit vielfältigen und diversen Materialien gefüllt werden. Zum Inhalt gehören unterschiedliche Puppen, Spiele, Bücher, Malbücher, Pflaster, Stifte und Fachliteratur zum Thema Vielfalt und Diversität. Die Boxen stehen den Kindertageseinrichtungen zum Anschauen, Kennenlernen und Ausprobieren mit den Kindern zur Verfügung.

### Die 14er-Räte im Landkreis Sigmaringen

Der Landkreis Sigmaringen hat für die Jugendbeteiligung in kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern das Beteiligungsformat der „14er-Räte“ entwickelt. In diesen Gemeinden gibt es in der Regel keine weiterführenden Schulen, keine Schulsozialarbeit, Offene Jugendarbeit oder sonstige hauptamtlich Beschäftigten mit der Zielgruppe Jugend. Die Jugendlichen solcher Gemeinden sind oft auf die weiterführenden Schulen im Umkreis verteilt und verbringen nur noch ihre Freizeit in der Heimatgemeinde. In der Regel verfügen diese Gemeinden allerdings über ein ausgeprägtes Vereinsleben, in das die meisten Jugendlichen eingebunden sind. Die Ausrichtung der Vereinsarbeit hat aber nur wenig mit Jugendbeteiligung im politischen Sinne zu tun. Trotzdem haben

auch diese Jugendliche das Recht und die Gemeinde gem. Gemeindeordnung die Pflicht, diese einzubinden. Im Landkreis Sigmaringen konnte von 2015 bis 2019 das Programm „LandAufschwung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft umgesetzt werden. Die Jugendbeteiligung war ein wichtiger Baustein der Zukunftsstrategie für den Landkreis. Die Steuerung für diesen Bereich übernahm die Kinder- und Jugendagentur ju-max, ein Sachgebiet des Fachbereichs Jugend im Landratsamt Sigmaringen. Die Finanzierung konnte während dieses Zeitraums über das Bundesprogramm sichergestellt werden.

### Das Konzept

Der Name „14er-Rat“ bedeutet, dass alle 14-Jährigen in einer Gemeinde zu einem Jugendhearing vom Bürgermeister eingeladen und zur Mitarbeit aufgefordert werden. 14-Jährige deshalb, weil bis zum Schulabschluss noch einige Zeit bleibt, in der ihr Engagement entwickelt werden kann, ohne dass die Schule oder ein Engagement im Verein zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Der Beteiligungsprozess in der Gemeinde wird von einer pädagogischen Fachkraft moderiert, die den jungen Menschen als Ansprechpartner und Unterstützer zur Verfügung steht. Die Fachkraft nimmt keinerlei Einfluss auf die Themen der Jugendlichen. Im ersten Jahr der Einführung steht die Fachkraft den Jugendlichen einer Gemeinde mit ca. 9 Stunden pro Woche zur Verfügung, danach werden der Prozess und die Ergebnisse im Gemeinderat vorgestellt und über die Weiterführung der Jugendbeteiligung entschieden. Im Idealfall wird der „14er-Rat“ alle drei oder vier Jahre neu einberufen.

### Das Vorgehen

Im ersten Jugendhearing, zudem der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin in einem persönlichen Brief eingeladen hatte, wurde mit den Jugendlichen erarbeitet, was aus deren Sicht gut und



Jugendbeteiligung in Scheer

Quelle: Landratsamt Sigmaringen

nicht so gut in der Gemeinde ist. Genauso erarbeiteten die Teilnehmenden dann in einem zweiten Schritt Ideen und Wünsche für Verbesserungen. Auf der Grundlage dieser Ideen und Wünsche wurden schließlich Arbeitsgruppen gebildet und die Termine für weitere Treffen festgelegt. Damit war der erste Schritt in einen Jugendbeteiligungsprozess vollzogen. Nicht selten kamen später jüngere oder ältere Jugendliche mit ihren Anliegen und Verbesserungsvorschlägen dazu.

## Die Erfahrungen

Die Erfahrungen mit diesem Beteiligungsformat sind ausnahmslos positiv. In jeder Gemeinde fanden sich engagierte junge Leute, die mit interessanten und hilfreichen Ideen das Gemeinleben bereicherten. Die Themen der Jugendlichen reichten vom Öffentlichen Nahverkehr, Ferienfreizeitprogramm, Öffentlichem WLAN, Umgestaltung von Spiel- und Skateplätzen, Bau von Pumptracks bis hin zu Themen der Städteplanung. In einer Gemeinde stand die Umgestaltung eines größeren Areals an, zu der die Jugendlichen einen entscheidenden Beitrag leisteten. Immer mit dabei war das Thema Jugendräume, der Wunsch, sich irgendwo treffen zu können. Es entstanden viele neue selbstverwaltete Jugendtreffs und neue Bauwagen-Cliquen. Als größtes Hemmnis stellte sich die Terminfindung mit den Jugendlichen heraus, die die verschiedensten Schulen im Umland besuchten. Zeitkorridore für alle Beteiligten zu finden glich manchmal der Quadratur des Kreises.

Nicht alle Projekte und Ideen der Jugendlichen konnten umgesetzt werden. Aber das tat der Motivation der jungen Leute keinen Abbruch. So lange die Ablehnung erklärt werden konnte, war ein Lerneffekt damit verbunden, der immer akzeptiert wurde. In einigen Fällen entstand daraus sogar ein neues Projekt. Alles in Allem waren die Forderungen der Jugendlichen nie übertrieben oder mit viel



14er Rat des Landkreises Sigmaringen

Quelle: Landratsamt Sigmaringen

Geld verbunden. Aber alle Aktivitäten trugen dazu bei, dass die Jugendlichen sich in der Gemeinde gehört und angenommen fühlten. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Im Landkreis Sigmaringen haben 16 Gemeinden einen Jugendbeteiligungsprozess nach diesem Konzept und der Förderung durch das Bundesprogramm durchlaufen. Viele dieser Gemeinden, in denen das erste Projektjahr abgelaufen war, hatten sich dafür entschieden, die Jugendbeteiligung auf eigene Kosten weiterzubetreiben. Durch die Coronapandemie kamen leider alle Ansätze zum Erliegen. Aber auch ohne die Pandemie zeigte sich, dass die Ideen der Jugendlichen und deren Einsatzbereitschaft nicht über die Maße strapaziert werden darf. Die projektbezogene Herangehensweise ist ein sehr guter Startpunkt für die Jugendbeteiligung. Langfristig muss darüber nachgedacht werden, wie Jugendbeteiligung mit weniger zeitlichem und personellem Aufwand in die alltäglichen Entscheidungsprozesse einer Gemeinde eingebunden werden kann. Ganz ohne Begleitung durch Fachkräfte lässt sich ein Jugendbeteiligungsprozess nicht konstruktiv durchführen. Teams aus Fachkräften und Ehrenamtlichen könnten eine Richtung der Weiterentwicklung sein.

Einen umfangreichen und gut aufbereiteten Überblick über den Stand der

Jugendbeteiligung im Landkreis Sigmaringen und viele Ergebnisse in den jeweiligen Gemeinden bietet die eigens dafür eingerichtete Homepage: [www.jugendengagement.de](http://www.jugendengagement.de). Dort finden Sie auch die Zugangsdaten für Fragen und weitere Informationen.

## Mobilität

### Landkreis Reutlingen: Pilotprojekt auf der Schwäbischen Alb – E-Scooter für Münsingen und Engstingen ergänzen das Angebot

Das Pilotprojekt „LandMobil“ zur nachhaltigen Mobilität auf der Schwäbischen Alb wird um eine weitere Mobilitätsoption ergänzt: Seit kurzem stehen in Münsingen und Engstingen zusätzlich zu den bereits vorhandenen E-Bikes auch E-Scooter bereit. Diese werden ebenfalls von der Firma TIER mobility betrieben und sind Teil des Projektes „LandMobil“, welches der Landkreis Reutlingen in Kooperation mit der Gemeinde Engstingen und der Stadt Münsingen umsetzt.

„Die E-Scooter sind eine weitere flexible, umweltfreundliche und nachhaltige Mobilitätsoption, die das Bus- und Bahn-Angebot ideal ergänzt“, beschreibt Jessica Baisch-Nipatsiripol, Projektleiterin des LandMobil-Projektes im Land-

ratsamt Reutlingen das neue Angebot. Bürgermeister Mario Storz aus Engstingen ergänzt: „Wir freuen uns, dass wir mit den zusätzlichen E-Scootern nun ein noch breiteres Angebot zur Verfügung stellen können und sind gespannt auf die Nutzung und das Feedback.“ Auch in Münsingen findet die Ergänzung großen Anklang. Rebecca Hummel, die das LandMobil-Projekt in Münsingen betreut, sieht in den E-Scootern „eine große Chance umweltfreundliche Mobilität weiter voranzubringen und dabei Touristen wie auch Einwohnern ein attraktives Angebot mit Spaß-Faktor machen zu können“.

Die E-Scooter werden zunächst in einer ersten Testphase im Herbst 2022 eingesetzt. Im Anschluss werden die Nutzungszahlen und das Feedback ausgewertet, um über die weiteren Schritte zu entscheiden.

#### Weitere Informationen zum Projekt „LandMobil“

Alle Informationen zum Projekt finden Sie auf der Homepage des Landkreises Reutlingen im Themenbereich „Nahverkehr und Mobilität“ oder direkt unter [www.kreis-reutlingen.de/landmobil](http://www.kreis-reutlingen.de/landmobil). Auch auf den Internetauftritten der Gemeinden Münsingen [www.muensingen.de](http://www.muensingen.de) und Engstingen [www.engstingen.de](http://www.engstingen.de) finden Sie aktuelle Informationen zu LandMobil. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages.

#### Deutscher Mobilitätspreis geht an landesweites Expertennetzwerk – und an den Ortenaukreis

Miteinander für nachhaltige Mobilität: Das Netzwerk mit aktuell 112 vom Land geförderten Stellen für nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg gewinnt 2022 den Deutschen Mobilitätspreis in der Kategorie Erfahrungstransfer. Auch Radverkehrskordinatorin Luise Markert vom Straßenbauamt des Ortenaukreises



**Gewinner des Deutschen Mobilitätspreises in der Kategorie Erfahrungstransfer ist das Netzwerk der vom Land geförderten Stellen für nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg, dem auch Radverkehrskordinatorin Luise Markert vom Ortenaukreis angehört.**

Quelle: Landratsamt Ortenaukreis

hat damit die Auszeichnung gewonnen. Das Netzwerk für nachhaltige Mobilität in den Bereichen Rad- und Fußverkehr, E-Mobilität, Ladeinfrastruktur, Mobilitätsstationen und Carsharing, Mobilitätsdatenmanagement, Mobilität, Klima- und Lärmschutz, Klimaneutralität im Verkehrssektor sowie Management des ruhenden Verkehrs, Parkraumüberwachung und -konzeption wurde von der Jury des Deutschen Mobilitätspreises in der Kategorie Erfahrungstransfer prämiert. Hervorgehoben wurde dabei die persönliche Vernetzung und der aktive Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Stellen und Themen im gesamten Bundesland. Im Ortenaukreis ist Luise Markert als Radverkehrskordinatorin ein aktiver Teil des Preisträger-Netzwerks. Seit November 2020 bündelt die Verkehrsexpertin alles rund um die zahlreichen bereits gestarteten und potenziellen Radwegprojekte im Kreis und fungiert als Schnittstelle zwischen den Städten und Gemeinden, dem Regierungspräsidium Freiburg sowie weiteren Akteuren.

„Die gemeinsame Auszeichnung ist eine tolle Anerkennung der landesweiten Anstrengungen aller Beteiligten und ein-

mal mehr ein Beleg für die Spitzenposition des Ortenaukreises in Sachen Radverkehr und nachhaltige Mobilität“, freut sich Michael Loritz, Dezernent für Infrastrukturen des Ortenaukreises über den Preis. So baue der Kreis mit seinem Radwegebauprogramm jährlich rund sieben Kilometer Radwege entlang den Kreisstraßen neu und verfüge dadurch bereits über ein Radwegenetz von über 180 Radwegkilometern. „Zusammen mit der historischen ÖPNV-Tarifreform in 2021, den umfassenden Erweiterungen bestehender Linienangebote und der Einrichtung neuer Buslinien, wie der Nationalparklinien oder der grenzüberschreitende Buslinie Lahr – Erstein, sowie der Einführung einer Mobilitäts-App ist dies ein klares Bekenntnis zur klimafreundlichen Mobilität im Ländlichen Raum des Ortenaukreises“, so Loritz weiter.

In Baden-Württemberg ist seit Jahren klar: Die Ziele einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität erreichen wir nur, wenn die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure in allen Bereichen und Ebenen der öffentlichen Verwaltungen an einem Strang ziehen. Programme und Vorgaben aus Bund und Land brauchen kurze Wege in die kommunalen Verwaltungen in Landkreisen und Kommunen. Dafür initiierte das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg ein Netzwerk kommunaler Expertinnen und Experten, das in enger Vernetzung und mit regelmäßigem Erfahrungsaustausch die verschiedenen Bereiche der nachhaltigen Mobilität vorantreibt. Das Land fördert dabei nicht nur Personalstellen in den verschiedenen Themenbereichen. Es koordiniert auch die Vernetzung zwischen den Stellen, bietet fachlichen Support und regelmäßige Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch.

Das Stellennetzwerk für nachhaltige Mobilität besteht aktuell aus 112 Stellen, die in insgesamt acht Tätigkeitsfeldern in 26 Landkreisen und neun Kommunen sowie in Energieagenturen und Stadtwerken in

ganz Baden-Württemberg tätig sind. Es wird von Fachreferentinnen und -referenten der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) sowie der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) fachlich begleitet und koordiniert. In einem weiteren Förderaufruf konnten Kommunen, Landkreise sowie regionale Energieagenturen und Stadtwerke im Herbst 2022 Förderungen für weitere Stellen beantragen. Das kommunale Netzwerk der Expertinnen und Experten für nachhaltige Mobilität kann damit auch im Jahr 2023 weiterwachsen.

Der Deutsche Mobilitätspreis zählt zu den wichtigsten Auszeichnungen im Bereich Digitales und Mobilität in Deutschland. Bereits zum siebten Mal prämierte das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) im Herbst 2022 innovative Projekte von Bürgerinnen und Bürgern, Gründerinnen und Gründern, Entwicklerinnen und Entwicklern und Expertinnen und Experten sowie herausragende Persönlichkeiten, welche die Zukunft der Mobilität neu denken und gestalten.

## Soziales

### **Projekt von Ökumenischer Migrationsarbeit und Landratsamt Biberach: Geflüchtete bauen ihren eigenen Liegestuhl – wertvolle Erfahrung von Miteinander und Selbstwirksamkeit**

Der Oktober ist noch einmal überrascht sonnig und warm geworden. Und so können 15 Geflüchtete den Liegestuhl, den sie im Rahmen eines Projekts der Ökumenischen Migrationsarbeit von Caritas und Diakonie und des Integrationsmanagements gebaut haben, vielleicht noch ins Freie holen.

„Wir bauen einen Liegestuhl“ – so lautete das Motto einer Aktion in der Illertalschule Bonlanden. Studierende der Fachhochschule Biberach inspirierten



**Schleifen, Bohren, Schrauben und Hämmern:** In einem Projekt der Ökumenischen Migrationsarbeit von Caritas und Diakonie und des Integrationsmanagements des Landratsamts bauten 15 Geflüchtete einen Liegestuhl.

Quelle: Landratsamt Biberach

die Ökumenische Migrationsarbeit von Caritas und Diakonie und das Integrationsmanagement des Landratsamts Biberach zu der Idee. Diese hatten ein ähnliches Projekt wenige Wochen zuvor im Living Room Biberach angeboten.

15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schliffen, bohrten, schraubten und hämmerten mit großer Freude im Werkraum der Illertalschule und unterstützten sich dabei gegenseitig. Angeleitet wurden sie von Patrick Sowa, Student der Sozialen Arbeit beim Landratsamt Biberach.

So konnte am Ende jeder stolz auf sich sein und seinen eigenen Liegestuhl mit nach Hause nehmen. Während des gemeinsamen Arbeitens erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Verbundenheit und Selbstwirksamkeit. Eine der Teilnehmenden fragte am Ende des Projekts: „Wann bauen wir ein Sofa?“.

**Ehrenamtskarte wird in Freiburg, Ulm, dem Landkreis Calw und dem Ostalbkreis erprobt – Minister Manne Lucha: „Wir möchten ab dem kommenden Frühling Erfahrungen für eine landesweite Einführung der Ehrenamtskarte sammeln / Zeichen der Wertschätzung von außergewöhnlich umfangreichem Bürgerschaftlichen Engagement“**

„Baden-Württemberg erprobt vom Frühling 2023 an eine Ehrenamtskarte. Die Karte soll ein Zeichen der Anerkennung für außergewöhnlich umfangreiches Bürgerschaftliches Engagement sein“, sagte der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration, Manne Lucha, am 16. November 2022 in Stuttgart. Die Wahl der Modellstandorte sei auf die Städte Freiburg und Ulm sowie den Landkreis Calw und den Ostalbkreis gefallen. Vorgegangen sei ein Verfahren zur Interessensbekundung unter allen Landkreisen und kreisfreien Städten. „Wir freuen uns, vier sehr motivierte kommunale Partner aus allen vier Regierungsbezirken an Bord zu haben und gemeinsam die Weichen für die Einführung einer Ehrenamtskarte in Baden-Württemberg zu stellen“, sagte der Minister.

Die Ehrenamtskarte soll Bürgerinnen und Bürgern als Geste der Wertschätzung schöne Stunden in der Freizeit ermöglichen – etwa durch reduzierten Eintritt insbesondere in kulturellen Einrichtungen. Die vier Städte und Kreise sind bereits in einer Arbeitsgruppe von Land und Kommunen aktiv, die seit Beginn dieses Jahres über konkrete Kriterien und das Verfahren berät, gab Lucha

bekannt. Die Zusammenarbeit solle in Kooperationsvereinbarungen münden, die im März kommenden Jahres unterschrieben werden sollen, erklärte der Minister. Auf Basis dieser Vereinbarungen könnten die Modellregionen dann für ein Jahr vom Land finanzierte Personalstellen besetzen, um die Ehrenamtskarte vor Ort zu testen. „Wir wollen herausfinden, wie die Ehrenamtskarte möglichst sinnvoll und pragmatisch verwaltet und vergeben werden kann. Wir möchten also Erfahrungen sammeln, die für eine Einführung nützlich sein können“, so der Minister. „Sobald die Stellen besetzt sind, kann vor Ort die Arbeit aufgenommen werden. Dazu zählt es unter anderem, Einrichtungen zu gewinnen, die bei Vorlage der Ehrenamtskarte ermäßigten Eintritt gewähren.“

Die Kommunalen Landesverbände unterstützen die Ehrenamtskarte. Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), sagte: „Dass Baden-Württemberg das Land des Ehrenamts und des zivilgesellschaftlichen Engagements schlechthin ist, wurde nicht zuletzt in den Krisen der jüngsten Zeit einmal mehr unter Beweis gestellt, etwa bei der Aufnahme der Ukraine-Geflüchteten. Die Idee einer Ehrenamtskarte als ein sichtbares Zeichen der Anerkennung, das man nicht kaufen kann, unterstützen wir deshalb ausdrücklich und wünschen den Modellregionen gutes Gelingen.“

Dr. Peter Kurz, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, betonte: „Ehrenamtliches Engagement von Menschen für andere ist sehr wichtig. Es hilft dem Einzelnen und fördert den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Würdigung dieses Engagements mit einer landesweiten Ehrenamtskarte ist eine gute Idee von Minister Manne Lucha. Wir unterstützen die Erprobung einer solchen Karte. Unser Dank gilt den Städten Ulm an der Donau und Freiburg im Breisgau, die dieses Vorhaben mit ihrer Kompetenz in der Ehrenamtsarbeit bereichern werden.“

### **Gemeinsam stark: das Hospiz Johannes des Landkreises Sigmaringen und des Zollernalbkreises**

Ein Vorhaben mit Modellcharakter: Durch die landkreisübergreifende Zusammenarbeit ist Anfang Oktober 2022 in Sigmaringen das Hospiz Johannes nahe der Fideliskirche in Betrieb gegangen. Möglich wurde das durch den Schulterschluss des Landkreises Sigmaringen und des Zollernalbkreises – sowie dank der großzügigen Unterstützung durch Dr. Sophie Schwörer. Der Politiker und Gründer des Fertighausherstellers Schwörer Haus KG, Dr. Hermann Schwörer, hatte seiner Frau vor seinem Tod als Vermächtnis aufgetragen, sich für eine Hospizeinrichtung einzusetzen. Im Bereich der stationären palliativen Pflege wurde mit dem gemeinsamen Hospiz Johannes eine Lücke der beiden Landkreise Sigmaringen und Zollernalbkreis geschlossen. Bisher wurden unheilbar Kranke und sterbende Menschen aus den beiden Landkreisen in den Hospizen der Nachbarlandkreise betreut. Dabei war die Entfernung zu einer stationären palliativen Versorgung für die Betroffenen ein großes Problem: Durch die räumliche Distanz wurden soziale Kontakte in der Sterbephase erschwert, die meisten Betroffenen entschieden sich

für ein näher gelegenes Pflegeheim. Zwar bestand mit Hilfe der bewährten ambulanten Palliativversorgung und den Hospizgruppen die Möglichkeit der Versorgung im eigenen Haushalt. Diese kommt jedoch an ihre Grenzen, vor allem wenn eine intensivere nächtliche Versorgung notwendig wird. Daher wurden viele Sterbende in den Kliniken oder in den Pflegeheimen bis zuletzt betreut. Diese sind dafür aufgrund ihres Auftrags und ihrer Ausstattung aber oft nur bedingt geeignet.

„Mit dem Hospiz Johannes steht in unseren Landkreisen nun eine wohnortnahe, stationäre Palliativversorgung zur Verfügung, die unheilbar kranken und sterbenden Menschen und deren Angehörigen eine würdevolle Begleitung und bestmögliche Versorgung ermöglicht“, freuten sich die beiden Landräte Stefanie Bürkle (Sigmaringen) und Günther-Martin Pauli (Zollernalbkreis) bei der Eröffnung. Das Hospiz werde neben den Kliniken und der ambulanten Palliativversorgung ein wichtiger Baustein in der letzten Lebensphase schwerstkranker Menschen sein.

Mit bei der Eröffnung dabei war auch Markus Grübel, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Esslingen und Co Vorsitzender des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz des Bundetags.



**Das neue Hospiz Johannes, das im Schulterschluss des Landkreises Sigmaringen und des Zollernalbkreises entstanden ist.**

Quelle: Landratsamt Sigmaringen



V.l.n.r.: Dr. Sophie Schwörer, Landrätin Stefanie Bürkle und Landrat Günther-Martin Pauli bei der Einweihung des Hospizes' Johannes

Quelle: Landratsamt Sigmaringen

Grübel betonte anlässlich der Eröffnung der Einrichtung in Sigmaringen die Bedeutung der Hospizarbeit: „Unsere moderne Gesellschaft tut sich extrem schwer mit den Themen Sterben, Tod und Trauer. Die Themen werden aus dem nahen Bereich der Familie und Nachbar-

schaft in die Institutionen verlagert. Umso wichtiger sind Einrichtungen wie das Hospiz Johannes, die Menschen am Ende ihres Lebens begleiten, ihnen und den Angehörigen in den letzten Tagen ihres Lebens Lebensqualität geben und ein würdevolles Sterben ermöglichen.“



Helle Räume, Raum für Begegnung: Blick ins Innere des Hospizes Johannes

Quelle: Landratsamt Sigmaringen

## Umwelt – Klima

### Jungfernfahrt des ersten Brennstoffzellen-Fahrzeugs für das Straßenbauamt – Landkreis Esslingen erreicht einen Meilenstein auf dem Weg zur emissionsfreien Straßenmeisterei

Das Straßenbauamt des Landkreises Esslingen hat den ersten Lastkraftwagen mit Brennstoffzellen-Antriebsstrang in seinen Fuhrpark übernommen. Das Fahrzeug wurde am 19. Oktober 2022 mit einer Jungfernfahrt im Beisein von Verkehrsminister Winfried Hermann sowie den Landräten Heinz Einingner und Edgar Wolff in der Straßenmeisterei Kirchheim unter Teck in Dienst gestellt.

Bei dem Fahrzeug mit Doppelkabine und Pritsche mit einer zulässigen Gesamtmasse von 4,6 Tonnen handelt es sich um das erste von zwei Wasserstoff-Fahrzeugen, die im Projekt „Emissionsfreie Straßenmeisterei“ im Landkreis Esslingen (LKESt<sup>2</sup>) als Pilot-Serienfahrzeug in Einsatz kommen. Der Landkreis kooperiert dabei mit dem Institut für nachhaltige Energietechnik und Mobilität (INEM) an der Hochschule Esslingen und Partnern aus der regionalen Wirtschaft.

„Mit dem Einsatz dieses Fahrzeugs machen wir einen großen Schritt auf dem Weg zu einer emissionsfreien Straßenmeisterei und leisten damit einen Beitrag zum Klimaschutz“, sagt Landrat Heinz Einingner. Im Straßenbetriebsdienst wird den schweren Nutzfahrzeugen im Alltag häufig ein hoher Energieeinsatz abverlangt. Dem aktuell noch deutlich kostengünstigeren batterieelektrischen Antrieb sind deshalb Grenzen in Sachen Reichweite und Robustheit gesetzt. Bei Fahrzeugen mit einem Brennstoffzellen-Antriebsstrang kommen weitere Vorteile zum Tragen: Durch die Ergänzung des batterieelektrischen Antriebs durch Brennstoffzelle und Wasserstofftanks hat der Lastkraftwagen eine Reichweite von rund 500 Kilometern, zudem zeich-

net er sich durch eine hohe Robustheit aus.

„Etwa 99 Prozent der schweren Nutzfahrzeuge sind immer noch dieselbetrieben. Das Potential zur Umstellung auf emissionsfreie Fahrzeuge ist daher gerade in diesem Fahrzeugsektor enorm. Der Einsatz der Brennstoffzelle kann diese Lücke schließen. Vor allem im Schwerlastverkehr ist ihr Einsatz sinnvoll. Daher möchten wir als Land die Brennstoffzellentechnologie entschieden vorantreiben“, sagt Landesverkehrsminister Hermann, der kurz vor der Jungfernfahrt vom Aufbruch in eine neue Zeit sprach.

Das Projekt ist Teil des Wettbewerbsbeitrags „H2Rivers“ und wurde im Rahmen des HyLand-Förderprogramms des Bundes als Gewinnerregion in der Kategorie „HyPerformer“ ausgewählt. Das Projekt hat ein Volumen von insgesamt rund 950.000 EUR. Die Beschaffungen werden im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie mit insgesamt 388.500 EUR durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) gefördert. Die Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert



Kurz vor der Jungfernfahrt: Jens Ibrahim von der Hochschule Esslingen, Verkehrsminister Winfried Hermann und Landrat Heinz Eininger (von links).

Quelle: Landratsamt Esslingen, Andrea Wangner

und durch den Projektträger Jülich (PtJ) umgesetzt. Das Land Baden-Württemberg fördert die Fahrzeugbeschaffungen mit weiteren 200.000 EUR im Rahmen der Landesinitiative III Marktwachstum Elektromobilität.

Die Herstellung der Nutzfahrzeuge mit alternativem Antriebsstrang ist durch einen hohen Anteil regionaler Wertschöpfung gekennzeichnet. Hersteller

ist das Unternehmen Elektrofahrzeuge Stuttgart (EFA-S GmbH) mit Sitz in Zell unter Aichelberg im Landkreis Göppingen. Das vom Hersteller entwickelte Antriebskonzept ermöglicht im Segment der Kleintransporter eine hohe Reichweite bei einem zulässigen Gesamtgewicht von 4,6 Tonnen. Weiter ermöglicht der drehmomentstarke Elektromotor die Koppelung des Fahrzeuges an einen zusätzlichen 2,5 Tonnen-Anhänger. Das Fahrzeug ist in dieser Kombination auf dem Fahrzeugmarkt das erste seiner Art. Nach der Beschaffung des ersten batterieelektrischen Lastkraftwagens für das Straßenbauamt im Herbst 2020 setzt der Landkreis Esslingen nun auch mit dem Einstieg in die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie auf Zukunftstechnologien. „Das reine Wasserstoffauto war bis vor Kurzem für alle noch außer Reichweite, die Entwicklung, das System zu teuer. Nun sehen wir Wasserstoff als das Erdgas der Zukunft. Ich freue mich, dass unser Straßenbauamt gemeinsam mit einem Hersteller aus dem Landkreis Göppingen hier mit gutem Beispiel vorangeht“, sagt Landrat Edgar Wolff.

Die Vorteile dieses Fahrzeugkonzepts liegen nach Einschätzung von Experten



Verkehrsminister Winfried Hermann (rechts) würdigt den Einsatz des ersten Brennstoffzellenfahrzeugs als Aufbruch in eine neue Zeit.

Quelle: Landratsamt Esslingen, Andrea Wangner



**Großer Bahnhof für die erste Fahrt des Brennstoffzellen-Fahrzeugs.**

Quelle: Landratsamt Esslingen, Andrea Wangner

in den sehr guten Marktperspektiven der Fahrzeuge: Diese können nicht nur in Straßenmeistereien zum Einsatz kommen, sondern bilden auch das klassische Nutzungsspektrum eines Fahrzeugs in kommunalen Bauhöfen ab. Ein weiterer Vorteil ist, dass das Fahrzeug an bestehenden 700 bar Wasserstoff-Tankstellen betankt werden kann. Im Landkreis sind solche Tankstellen bisher in Wendlingen am Neckar und am Landesflughafen in Betrieb. Weitere Tankstellen, an denen klimaneutral gewonnener grüner Wasserstoff getankt werden kann, sind im Kreisgebiet bereits in konkreter Planung und werden in den kommenden Jahren schrittweise zur Verfügung stehen.

Das Straßenbauamt des Landkreises Esslingen betreut die Landkreise Esslingen und Göppingen. Die Unterhaltung (einschließlich Winterdienst und Grünpflege) des gesamten Straßennetzes der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen erfolgt durch die Straßenmeistereien in Deizisau, Kirchheim unter Teck und Geislingen an der Steige. Das erste Fahrzeug mit Brennstoffzellenantrieb kommt im Straßenunterhaltungsdienst zum Einsatz – im Besonderen in der Straßenmarkierungskolonnen.

Sobald sich das Pilotfahrzeug in der betrieblichen Praxis bewährt, wird es reguläre Ersatzbeschaffungen ersetzen können.

### **Mit Wasserstoff eine nachhaltige Energieversorgung im Landkreis Göppingen sichern – Akteurs-Netzwerk des Projektes „HyStarter“ informiert zum aktuellen Stand**

Noch nie zuvor stand das Thema der Sicherung der Energieversorgung und damit des Wirtschaftsstandortes so stark im Fokus wie heute. Einen wesentlichen Beitrag zur Unabhängigkeit von fossilen Energien und Energieimporten sowie zur Erreichung der Klimaschutzziele kann grüner Wasserstoff leisten.

Wasserstoff ist in Wasser gebunden und somit in großen Mengen vorhanden und theoretisch zu jeder Zeit verfügbar. Was-

serstoff lässt sich leicht und effizient auch über größere Entfernungen transportieren und ist speicherfähig. Damit können Erzeugung und Verbrauch von erneuerbaren Energien zeitlich und räumlich entkoppelt werden. Aber auch grüner Wasserstoff selbst kann genutzt werden, um die Emissionen in den Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie zu senken.

Um dieses wichtige Zukunftsthema im Landkreis Göppingen weiter voranzutreiben, wird aktuell im Rahmen des „HyStarter“-Projektes mit Unterstützung von Expert\*innen ein regional zugeschnittenes Wasserstoffkonzept erarbeitet. Das Akteurs-Netzwerk, bestehend aus Vertreter\*innen der Industrie, Wissenschaft, Bildung und Kommunalpolitik, informierte am 10. November 2022 in einer Informationsveranstaltung erstmals die interessierte Öffentlichkeit. Vor über 70 Teilnehmern in Präsenz und digital eröffnete Landrat Edgar Wolff die Veranstaltung. Landrat Wolff zeigte sich erfreut, dass die Bewerbung der Energieagentur erfolgreich war und der Landkreis als eine von bundesweit 15 HyStarter Regionen ausgewählt wurde. „Die erneuerbaren Energien spielen in der aktuellen Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises und damit bei der Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele eine wichtige Rolle. Grüner Wasser-



Quelle: Energieagentur Landkreis Göppingen gGmbH

stoff wird hier einen wichtigen Beitrag leisten“, so der Landrat.

Unterstrichen wird die weltweite Bedeutung von grünem Wasserstoff auch vom ehemaligen Innovationsbeauftragten für grünen Wasserstoff der Bundesregierung Dr. Stefan Kaufmann. Er warnt auch davor, jetzt als Region nicht den Anschluss zu verlieren, denn viele Länder sind in der Anwendung bereits weiter. Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer\*innen die anschließenden Impulsvorträge. Wie Thorsten Gamm vom Albwerk erläuterte, wird vom Albwerk ein Konzept zur Wasserstoff-Produktion auf Basis der vorhandenen Erzeugungsanlagen entwickelt. Ziel ist es, den Gasbedarf sukzessive zu reduzieren. Geplant ist dabei, die Erzeugung von grünem Wasserstoff mittels Elektrolyse sowie die Speicherung und Verwendungsmöglichkeiten in einem kleinen Showroom zu visualisieren.

Die anschließenden Beiträge gingen dann auf die Einsatzmöglichkeiten von Wasserstoff im Verkehrssektor ein. Wie Jörg-Michael Wienecke vom Amt für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Göppingen berichtete, wird aktuell ein Rahmenplan für das ÖPNV-Angebot bis 2035 erarbeitet. Ab 2026 sollen 65 Prozent aller neuen Busse emissionsfrei sein. Dr. Oliver Ehret, Hochschule Esslingen, zeigte anhand von Beispielen anderer Kommunen mögliche Perspektiven für den Landkreis Göppingen auf. Die Hochschule Esslingen bündelt Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Kompetenzen im Steinbeis-Innovationszentrum und unterstützt Kommunen bundesweit bei der Schaffung eines emissionsfreien Nahverkehrs.

Über ein bereits laufendes Projekt zur Wasserstoffherzeugung und -verwendung aus dem Nachbarlandkreis berichtete Hans-Jörg Fischer, Geschäftsführer der Fa. Fischer aus Weilheim. Bis Ende 2024 soll hier ein Elektrolyseur errichtet werden, der im ersten Schritt bis zu 1.800 kg grünen Wasserstoff pro Tag produzieren kann. Über eine öffentliche Tankstelle

wird dieser dann sowohl für Busse und LKW, aber auch für PKW verfügbar sein. Ein Ausbau des Projektes in Richtung Göppingen / Geislingen ist geplant.

Im Anschluss an die öffentliche Veranstaltung gingen die Akteur\*innen des „HyStarter“- Projektes in einen spannenden Austausch mit der Kommunalpolitik. Es wurde über Potenziale für die regionale Wertschöpfung, vorhandene Hemmnisse beim notwendigen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie über die Einflussmöglichkeiten und die verschiedenen Wünsche der Akteur\*innen diskutiert. „Auch wenn noch viele Fragen offen sind“, zeigt sich Timm Engelhardt, Geschäftsführer der Energieagentur Landkreis Göppingen, im Anschluss an die Veranstaltung zufrieden. „Es ist wichtig, alle Akteur\*innen an einen Tisch zu bringen. Denn es braucht den Mut und das Vertrauen mehrerer Akteure, sich der Herausforderung Wasserstoff zu stellen. Nur dann kann der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Landkreis Göppingen erfolgreich sein, welche für den Wirtschaftsstandort Göppingen eine große Chance bedeutet!“ Das „Hy-Starter“-Projekt wird im Frühjahr 2023 abgeschlossen. Im Anschluss sollen die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

#### *Wasserstoffregionen HyStarter*

„HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ ist ein 2019 vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) ausgerufenen Wettbewerb. HyLand motiviert Akteure in allen Regionen Deutschlands Konzepte mit Wasserstoffbezug zu initiieren, zu planen und umzusetzen. Ziel des Wettbewerbs ist es, die innovativsten und erfolgversprechendsten regionalen Konzepte zu identifizieren und zu fördern. Das HyStarter-Projekt im Landkreis Göppingen wird von der Energieagentur des Landkreises Göppingen sowie der Nuts One GmbH in Kooperation mit weiteren Fachpartnern begleitet.

#### *Über die Energieagentur*

##### *Landkreis Göppingen gGmbH*

Die Energieagentur Landkreis Göppingen ist die neutrale und unabhängige Anlaufstelle für sämtliche Energiefragen im Landkreis Göppingen. Sie arbeitet nicht gewinnorientiert und unterstützt, berät und begleitet seit 2010 Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen, Schulen und Kindertageseinrichtungen bei der Umsetzung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen. Ihre Leistungen reichen von der kostenlosen Energieberatung für die Bürgerschaft bis hin zu kommunalen Klimaschutzprojekten, wie der Erstellung von Quartierskonzepten.

#### **Der Landkreis Karlsruhe wird zum dritten Mal mit dem European Energy Award ausgezeichnet**

Der Klimaschutz und die Energiewende bilden wichtige Schwerpunkte im Landkreis Karlsruhe. Die Bemühungen, beide Themen voranzubringen, wurden nun belohnt: Als einer von europaweit 71 kommunalen Akteuren wurde der Landkreis am 27. Oktober 2022 in Luxemburg mit dem European Energy Award (eea) in Gold ausgezeichnet. Es ist bereits das dritte Mal, dass der Kreis die höchste Auszeichnungsstufe „Gold“ erreicht hat. Verliehen wird diese, wenn eine Kommune mehr als Dreiviertel aller möglichen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Versorgung mit erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz umsetzt. Erstmals zertifiziert wurde der Landkreis Karlsruhe bereits im Jahr 2014.

„Der European Energy Award ist seither ein wichtiger Teil des Qualitätsmanagements für unser Klimaschutzkonzept und dessen systematische Umsetzung. Die Auszeichnung belegt, dass wir kontinuierlich an der klima- und energiepolitischen Zukunft der Region arbeiten“, sagt Landrat Dr. Christoph Schnaudigel mit Freude über die wiederholte Zertifizierung. Mit Zustimmung des Kreistags



Dezernent Ragnar Watteroth und Birgit Schwegle, Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe (z.v.r.) nehmen im Beisein von Gudrun Heute-Bluhm (links) und Thekla Heinel, Bundesgeschäftsstelle eea, (rechts) den European Energy Award in Gold für den Landkreis Karlsruhe entgegen. Quelle: Landratsamt Karlsruhe

### Ostalbkreis gewinnt zum zweiten Mal die „Goldene Wildbiene“

Der Ostalbkreis hat mit der insektenfreundlichen Gestaltung des „Kreisverkehr Kapfenburg“ an der L 1076 / K 3293 gezeigt, wie erfolgreicher Artenschutz vor Ort gelingen kann. Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg zeichnete den Ostalbkreis für dieses Engagement bereits zum zweiten Mal in Folge mit der Goldenen Wildbiene aus.

Mehr als die Hälfte aller Wildbienenarten stehen auf der Roten Liste der bedrohten Arten – so wie viele andere Insekten auch. Grünflächen im Straßenraum können Wildbienen, Schmetterlingen und vielen anderen Insekten Lebensraum, Nahrung und Nistmöglichkeit bieten, wenn sie mit heimischen Wildpflanzen naturnah gestaltet sind. Blühende Verkehrsinseln sind daher ein kleiner, aber wertvoller Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt. Diesem Grundgedanken folgend hatte das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg nun schon zum vierten Mal den Wettbewerb „Blühende Verkehrsinseln“ ausgeschrieben.

Für eine ökologische Aufwertung wurde die Kreisverkehrsinnenfläche im Frühjahr 2022 mehrmals zur Bodenauflockerung durchgefräst und anschließend mit einer Saatgutmischung aus heimischen

wurde bereits im Jahr 2011 die Teilnahme am eea beschlossen.

„Die derzeitige Energiekrise und damit einhergehende Preisveränderungen auf der einen sowie die anhaltenden Extremwetter-Situationen durch Hitze, Trockenheit oder Starkregen auf der anderen Seite, belegen deutlich, wie wichtig unser Einsatz für diese Themen jetzt ist“, betonte Dezernent Ragnar Watteroth, der den Award im Namen des Kreises entgegennahm. So zählt es sich zum Beispiel aus, dass der Landkreis bereits seit dem Jahr 2013 auf den Ausbau von lokalen Nahwärmenetzen setzt. Nur noch rund die Hälfte aller Kreisliegenschaften werden weiterhin mit fossilen Brennstoffen beheizt. Mit der Umwelt- und Energieagentur verfolgt der Landkreis zudem die Klimaschutzstrategie „zeozweifrei 2035“.

Der European Energy Award zeige, was Kommunen in Sachen Klimaschutz und Energiewende leisten können, erklärt die Präsidentin des internationalen Ver-

eins eea Gudrun Heute-Bluhm zur Auszeichnung in Luxemburg. Die vorbildliche Arbeit sei das Fundament, auf dem die europäische Klimapolitik auf lokaler und regionaler Ebene aufbaue. Der European Energy Award Gold würdige die Anstrengungen von stark engagierten Kommunen.



Mitarbeiter der Straßenmeisterei Aalen des Ostalbkreises freuen sich über die Auszeichnung mit der „Goldenen Wildbiene“. Quelle : Landratsamt Ostalbkreis

Ackerkräutern und Gräsern eingesät. Damit entstand eine neue Blühfläche, die einer Vielzahl von Insekten als Lebensgrundlage dient. Die Blühfläche kommt selbstverständlich ohne Pestizide aus.

Die Umgestaltung überzeugte die Fachjury des Wettbewerbs „Blühende Verkehrsinseln“. Diese kürte den „Kreisverkehr Kapfenburg“ als einen von landesweit zehn Gewinnern. Als Preis für sein Engagement erhält der Ostalbkreis die landesweite Auszeichnung „Goldene Wildbiene“.

Der Kreisverkehr wurde zum einen durch die Ansaat ökologisch aufgewertet und beherbergt darüber hinaus zwei Insektenhotels. Diese auf und neben den Kreisel aufgestellten Insektenhotels wurden im Blick auf die angrenzende Musikakademie zum einen in einem ausgedienten Flügel und zum anderen in Form von überdimensionalen Noten untergebracht.

„Die Insektenhotels sind Teil eines Projektes von Auszubildenden der Straßenmeisterei Aalen. Ausbildungsziel war es, hier zu zeigen, dass auch im Straßenbetriebsdienst Verantwortung für unser Ökosystem übernommen wird“, erläutert Landrat Dr. Joachim Bläse, „gleichzeitig soll durch Projekte wie das der Begrünung von Kreisverkehrsflächen den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt werden, dass jedermann auf relativ einfache Weise gebietsheimische Pflanzen auch auf sehr begrenzten Flächen etablieren kann.“

Zu den Gewinnern der „Goldenen Wildbiene“ gehören 2022 neben dem Ostalbkreis auch der Bodenseekreis und der Ortenaukreis.

**Ostalbkreis: Zukunftsforum Energie  
bekennt sich zum beschleunigten  
Ausbau von Erneuerbaren Energien  
und zum Netzausbau**

Landrat Dr. Joachim Bläse zieht Fazit beim 5. KreisentwicklungSDIALOG in Aalen: „Wir sind als Ländlicher Raum

bereit, mehr als gesetzlich gefordert zu leisten. Aber wir wollen von Bund und Land im Gegenzug eine Kompensation für unseren Beitrag für die urbanen Zentren in Form von anderen Strukturmaßnahmen!“

Mitte September hatte die Kreisverwaltung zum „Zukunftsforum Energie“ ins Aalener Landratsamt eingeladen. Angesichts der aktuellen Energiekrise ging es bei diesem fachlichen Austausch mit Teilnehmenden aus Wirtschaft, Politik und Kommunen um Fragen der zukunftsfähigen und sicheren Energieversorgung und -verteilung. Landrat Dr. Joachim Bläse legt jetzt ein Positionspapier vor, das zeigt, wie sich der Ostalbkreis hinsichtlich Erneuerbaren Energien und Netzausbau aufstellen muss. Zentrales Ergebnis ist ein Ja zu mehr und schnellerem Ausbau der Kapazitäten im Ostalbkreis, auch über die bundespolitische Vorgabe des sogenannten 2%-Flächenziels hinaus. Dafür erwarten Bläse und die Teilnehmenden des Zukunftsforums aber, dass Bund und Land diese Leistung in Form von anderen Infrastrukturmaßnahmen honorieren.

Das Positionspapier wird der Landrat nun den Kommunen als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Gemeinderäte zur Verfügung stellen. Außerdem wird es in den Kreistag eingebracht. „Mein Ziel ist es, einen Impuls für die politische Diskussion in den Städten und Gemeinden und auf Kreisebene zu setzen. Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren Energien dringend vorantreiben, deshalb halte ich es für unerlässlich, dass auch wir als Ostalbkreis ein politisches Ausrufezeichen setzen“, betont Bläse.

Die aktuellen Fakten lieferten Dr. Andre Baumann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes, sowie Vertreter der Netze ODR, des Vereins Erneuerbare Energien Baden-Württemberg, der Viessmann AG, der EURA AG und das Referat für Klimaschutz und Nachhaltigkeit des Ostalbkreises. Landrat Dr. Bläse fasste

die wesentlichen Punkte nach intensiver Diskussion der Teilnehmenden des Zukunftsforums zusammen:

- Der weitere und schnellere Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) in Verbindung mit der Erhöhung der Energieeffizienz bilden das zukünftige Fundament für eine nachhaltige und krisensichere Energieversorgung in Deutschland. Für das angestrebte klimaneutrale Energiesystem in Deutschland, bei welchem eine Verdreifachung der jetzigen Strombereitstellung prognostiziert wird, bedeutet dies mindestens eine Vervielfachung der EE-Stromerzeugung aus Photovoltaik und Onshore-Windkraft um den Faktor 6. Dabei darf auch die regenerative Energieerzeugung aus Biomasse und Wasserkraft nicht aus den Augen verloren werden.
- Der Ostalbkreis hat dabei durch seine bisherige gute Genehmigungspraxis das gesetzlich vorgegebene 2%-Flächenziel für Erneuerbare Energien (Windkraft und Photovoltaik (PV)) bereits erreicht, wird jedoch unabhängig davon im Rahmen der Fortschreibung der Regionalplanung weitere Potenziale auf Grund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen prüfen.
- Obwohl Baden-Württemberg auch in Zukunft ein Stromimportland bleiben wird, fällt dem Ländlichen Raum, also auch dem Ostalbkreis, verstärkt die Aufgabe zu, weitere Flächen für die Erzeugung von Erneuerbaren Energien über das vorgegebene 2%-Ziel hinaus bereitzustellen. Der Ostalbkreis nimmt diese Aufgabe an, aber nicht zum „Nulltarif“, denn hierbei muss gewährleistet werden, dass diese Leistungen des ländlichen Raums für die urbanen Zentren in Form von anderen Strukturmaßnahmen (z.B. Flächenziele, Mobilitätsinfrastruktur, Verkehr, ÖPNV, Netzausbau, veränderte Netzentgelte) wieder ausreichend kompensiert werden.

- Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien entsteht eine zusätzliche Konkurrenz für Flächen, die derzeit landwirtschaftlich genutzt werden. Sicherlich werden auch im Ostalbkreis Freiflächen-PV-Anlagen erstellt werden. Aus Sicht der Landwirtschaft gilt es dabei aber zunächst, die vorhandenen Potenziale bei bestehenden Gebäude- und Verkehrsflächen zu nutzen. Der Landkreis unterstützt dabei den Ansatz, möglichst bereits versiegelte Flächen von Privaten und Unternehmen (z.B. entlang von Straßen oder stillgelegte landwirtschaftliche und anderweitige Nutzflächen) in Anspruch zu nehmen. Hier sieht er auch die Wirtschaft mit im Boot, um geeignete Flächen zu identifizieren.
- Zudem sollte die „landwirtschaftliche“ Produktion von Biogas und erneuerbarem Strom in Biogas-KWK-Anlagen, vor allem in Hinblick auf eine Gasmanagellage, nicht aus dem Auge verloren werden, da die Wärmewende mitgedacht werden muss.
- Entscheidend für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist, dass Süddeutschland durch den stagnierenden deutschlandweiten Netzausbau (Strom / Gas / Wasserstoff) nicht von den verfügbaren Energieströmen abgehängt wird. Daher muss auch im Ostalbkreis der Netzausbau schnell beschleunigt und vereinfacht werden. Hierbei ist zwingend erforderlich, dass der Netzausbau begleitend zum Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangebracht wird, noch besser wäre es, wenn man hierbei „vor die Welle“ kommen könnte, um sicherzustellen, dass alle Anlagen, die EE-Strom erzeugen, auch zur Einspeisung verlässlich an das Netz angeschlossen werden können. Dies betrifft sowohl die Heranführung von Off-Shore-Windstrom und grünem Wasserstoff aus dem Norden Deutschlands, wie auch die genehmigungsrechtliche Vereinfachung der Verlegung von Erdkabeln, um die

Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen.

- Im Rahmen der aktuellen Wasserstoffprojekte und -initiativen, an denen der Ostalbkreis als Partner beteiligt ist, gilt es schon jetzt sicherzustellen, dass der Ostalbkreis bzw. die Region Ostwürttemberg an noch zu erstellende H<sub>2</sub>-Pipelines und Elektrolyseurstandorte verlässlich angebunden wird.
- Entscheidend für die Umsetzung der Energiewende bzw. der Installation von EE-Erzeugungsanlagen ist schließlich die Verfügbarkeit von qualifiziertem Fachpersonal. Der Fachkräftemangel im Handwerk macht sich beim Ausbau der EE zunehmend bemerkbar. Hier gilt es, durch entsprechende Fortbildungs- und Attraktivitätsmaßnahmen vorhandenes Fachpersonal zu binden, neues Personal zu fördern und zu qualifizieren.

Auf Basis dieser inhaltlichen Impulse des 5. KreisentwicklungsDIALOGs hat die Landkreisverwaltung die zentralen Herausforderungen und Gestaltungschancen für den Ostalbkreis definiert und folgendes Zielbild festgehalten:

1. Der Ostalbkreis bekennt sich zum Ausbau aller Formen der Erneuerbaren Energien als Basis für eine nachhaltige und krisensichere Energieversorgung in der Zukunft. Mit Blick auf den prognostizierten Strombedarf von Deutschland hat dies zur Folge, dass der erzeugte Anteil von EE-Strom aus Photovoltaik und landgebundener Windkraft sich mindestens versechsfachen muss, was sich dann unmittelbar in der benötigten Anzahl von Windkraft- und PV-Anlagen widerspiegeln wird.
2. Der Ostalbkreis anerkennt die besondere Rolle des ländlichen Raums in der Bereitstellung von geeigneten Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch über das gesetzlich vorgegebene 2%-Flächenziel hinaus. Mit Blick auf die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit bestätigt der Ostalbkreis, dass beim

Ausbau der Erneuerbaren Energien vorrangig die Potenziale der bereits versiegelten Verkehrs- und Siedlungsflächen genutzt werden müssen. Sofern alternative Flächen nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen, wird künftig auch die bislang aktiv landwirtschaftlich genutzte Fläche zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Freiflächen-PV benötigt. Der Ostalbkreis fordert zugleich eine faire Kompensation im Rahmen anderer Strukturmaßnahmen (z.B. Flächenziele, Mobilitätsinfrastruktur, Verkehr, ÖPNV, Netzausbau, veränderte Netzentgelte).

3. Zur Umsetzung der Energiewende vor Ort sind qualifizierte Fachkräfte im Handwerk notwendig. Der Ostalbkreis sieht hier einen dringenden Handlungsbedarf und beteiligt sich mit seinen Partnern aktiv an Maßnahmen zur Bildung und Bindung, um dem Fachkräftemangel in der Region entgegen zu wirken.
4. Bezüglich des Netzausbaus von Leitungstrassen bekräftigt der Ostalbkreis die Forderung nach einem einfacheren und schnelleren Netzausbau, der begleitend zum Ausbau der EE stattfinden muss, um sicherzustellen, dass der erzeugte EE-Strom auch zuverlässig in das Netz eingespeist werden kann.
5. Im Hinblick auf eine zukünftige Wasserstoffinfrastruktur setzt sich der Ostalbkreis jetzt schon aktiv dafür ein, dass die Region von Anfang an an die geplanten H<sub>2</sub>-Erzeugerstandorte über Pipelines angebunden wird.

Landrat Dr. Bläse abschließend: „Die neue Energiewelt und die angestrebte Klimaneutralität gelingen nur mit der Wirtschaft, der Landwirtschaft und mit den Menschen, die hier im Ostalbkreis leben! Deshalb lade ich die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Landwirtschaft zum konstruktiven Dialog ein und rege eine gezielte Prüfung aller verfügbaren Potenziale für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien an.“

**Landkreis Schwäbisch Hall:  
„Schachbrettmuster am Straßenrand“  
zugunsten der Artenvielfalt**

Dietmar Stütz, Leiter des Straßenbetriebsdienstes im Landkreis Schwäbisch Hall, erläutert, wie mit Refugialflächen Lebensräume für Insekten erhalten werden können.

Landrat Gerhard Bauer: „Insekten sind für unsere Ökosysteme unersetzlich.“

Das Dienst-Tablet in Händen, lässt Dietmar Stütz einen prüfenden Blick über das Grün nahe der Westumgehung bei Wackershofen schweifen. Neben einer großen Fläche an kurzgemähten Gräsern, sticht eine weitere Fläche mit scheinbar wild wucherndem Bewuchs an der Böschung deutlich hervor. Wurde hier etwa nicht korrekt gemäht? Ganz im Gegenteil, wie der Experte weiß: „Die Frage kommt aber immer wieder“, sagt Dietmar Stütz und lacht. „Tatsächlich handelt es sich hierbei um sogenannte Refugialflächen, die wir bewusst stehen lassen, um heimischen Insekten eine Rückzugsmöglichkeit und wichtigen Lebensraum zu bieten.“ Zugrunde liegt dem ein ausgeklügeltes Konzept von Seiten des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg. Das wird seit diesem Jahr auch im Landkreis Schwäbisch Hall umgesetzt.



**Dietmar Stütz, Leiter des Straßenbetriebsdienstes des Landkreises Schwäbisch Hall, zeigt die Standorte der Refugialflächen anhand einer Karte auf seinem Tablet.**

Quelle: Landratsamt Schwäbisch Hall

„Ganz vereinfacht gesagt, mähen wir demnach jetzt also in einer Art Schachbrettmuster. Hier wird gemäht, 100 Meter weiter bleibt das Grün stehen, weitere 100 Meter weiter wird wieder gemäht.“ Im kommenden Frühjahr folgt dann der Wechsel. Diese Vorgehensweise eignet sich aus naturschutzfachlicher

Sicht am besten, um den überlebensnotwendigen Lebensraum für die Insekten zu erhalten, ohne, dass es zu übermäßigem Wildwuchs kommt, der sich wiederum negativ auf den Lebensraum der Tiere auswirken würde. „Insekten sind für unsere Ökosysteme unersetzlich“, hebt Landrat Gerhard Bauer hierzu hervor. „Mit den Refugialflächen leisten wir im Landkreis Schwäbisch Hall einen sehr wichtigen Beitrag zum Erhalt ihrer Artenvielfalt. 26 Refugialflächen gibt es Stand heute im Landkreis Schwäbisch Hall. In den kommenden Jahren sollen weitere hinzukommen“, so der Landrat. „Die Refugialflächen sind ausschließlich für extensive Bereiche vorgesehen, also für Grünflächen, die nicht bis direkt an die Straße heranreichen“, sagt Stütz und zeigt die Stellen sogleich auf der Karte auf seinem Dienst-Tablet. So wird die Sicht der Verkehrsteilnehmer dadurch nicht beeinträchtigt.

Ausgewählt wurden insbesondere solche Straßenbegleitflächen, die über eine besonders schützenswerte Biotopstruktur, günstige Bedingungen für die Entwicklung artenreicher Lebensräume oder eine Schutzfunktion für angrenzende Biotope verfügen; außerdem Flächen, die für das Wandern und die Ausbreitung von Tieren von Bedeutung sind.



**Wurde hier vergessen zu mähen? Ganz im Gegenteil! Die Refugialflächen sind Teil eines ausgeklügelten Konzeptes von Seiten des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg, das im Landkreis Schwäbisch Hall umgesetzt wird. Sie dienen dem Artenschutz.**

Quelle: Landratsamt Schwäbisch Hall

*Intensive und extensive Flächen – Was bedeutet das?*

*Intensiv:* Zu den intensiven Flächen gehören beispielsweise Trenn- und Mittelstreifen, Mulden, Gräben, Rastplätze und Bankette. Also alles, was unmittelbar entlang der Straße verlaufen kann. Außerdem Sichtbereiche, bei denen das hohe Gras die Sicht der Verkehrsteilnehmer nicht behindern darf. Diese Flächen werden weiterhin wie gewohnt abgemäht.

*Extensiv:* Zum Extensivbereich gehören alle übrigen Gras- und Gehölzflächen des Straßenbegleitgrüns. Das umfasst somit alle Flächen außerhalb des Straßenrandbereichs oder auch Böschungen.

### **Holz schützt Holz: Plastikfreier Waldumbau in den Kommunalwäldern im Zollernalbkreis**

Was der Klimawandel für den Wald bedeutet, war wohl noch nie so deutlich spürbar wie in diesem Sommer: Ein heißer Tag reihte sich an den anderen, über Wochen fiel kein Regen. Für die Bäume bedeutete das einen echten Überlebenskampf. Dazu kommt noch der Fraß von Tieren. Um vor allem Jungpflanzen davor zu schützen, wird im Zollernalbkreis

seit kurzem ein neuer Verbisschutz eingesetzt.

Wilhelm Grundler ist Revierleiter in Bisingen und erstaunt, dass die jungen Eichen, die er dieses Frühjahr gesetzt hat, immer noch grüne Blätter haben und fit aus ihren Röhren schauen. „Die Röhren schützen die jungen Bäume vor hungrigen Rehmäulern. Rehe sind echte Feinschmecker und die zarten Blätter junger Eichen mögen sie besonders gern“, berichtet Grundler. Waldumbau und Jagd gehören zusammen und die Jäger haben eine große Verantwortung beim Waldumbau, weiß Kreisjägermeister Markus Schuler.

Die Forstwirte der Gemeinde Bisingen haben dieses Jahr eine Neuerung aufgebaut: einen plastikfreien Verbisschutz. „Diese Hüllen sind aus natürlichen nachwachsenden und somit restlos abbaubaren Rohstoffen, Holz und Baumwolle hergestellt“, so Grundler. „Sie sehen viel eleganter aus als die marktüblichen grünen Plastikröhren und fügen sich viel besser in die natürliche Kulisse ein. Klar, sind sie in der Anschaffung etwas teurer, aber sie verursachen keine kalkulierbaren oder unkalkulierbaren Folgekosten“, erklärt Grundler weiter. In verschiedenen Forstrevieren im Zol-

lernalbkreis testen die Revierförster aktuell den plastikfreien Verbisschutz. So auch eine regionale Variante auf einer Pflanzfläche in Stetten unter Holstein nahe Burladingen. Dort hat Revierleiter Tobias Speidel dieses Jahr eine Innovation aus dem Kreis bei seinen Pflanzungen ausprobiert: „So ist der Baum geschützt und das ganz ohne Plastik“, freut er sich und weiß: „Nur heimisches Eschenholz und Esskastanie aus der Ortenau kommen hier zum Einsatz.“

Bernd Schairer von der Baumschule Stingel hat den Sprossenschützer aus heimischen Hölzern entwickelt und die Lebenshilfe Zollernalb hilft bei der Produktion. Die Mitarbeiter der Lebenshilfe bauen die kleinen Latten zu einem wirksamen „Minizaun“ zusammen. „Hier kommt alles in der Region zusammen: Heimische Patententwicklung, regionale Rohstoffe und lokale Verarbeitung mit Mehrwert“, loben Landrat Günther-Martin Pauli und Jana Kohler, Leiterin des Forstbereichs Hechingen.

### **Landkreis Ludwigsburg tritt Klima-Bündnis bei: Internationale Verantwortung zum Schutz der Lebensgrundlagen**

Der Landkreis Ludwigsburg ist Mitglied im Klima-Bündnis geworden. Das Netzwerk von über 1.800 Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Bundesländern und Organisationen hat sich verpflichtet, das Weltklima zu schützen sowie internationale Kooperationen zu fördern. Der Vorstand der gemeinnützigen Organisation hat dem Beitritt des Landkreises Ludwigsburg zum internationalen Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V. zugestimmt. Damit verpflichtet sich der Landkreis Ludwigsburg zu einem umfassenden und gerechten Klimaschutz gemäß der Charta der Klima-Bündnis-Mitglieder. „Der Landkreis Ludwigsburg möchte durch seine Mitgliedschaft beim Klima-Bündnis e.V. die lokalen Klimaschutz-



Jana Kohler, Leiterin des Forstbereichs Hechingen, und Landrat Günther-Martin Pauli begutachten den plastikfreien Verbisschutz aus Holz und Baumwolle im Wald in Bisingen.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

bemühungen intensivieren und den Aspekt der Klimagerechtigkeit stärker in den Fokus nehmen“, betont Landrat Dietmar Allgaier.

Der Landkreis Ludwigsburg möchte damit verstärkt die Vorbildrolle der öffentlichen Hand im Klimaschutz annehmen und sich der Herausforderung stellen, auch für die Zukunft lebenswerte Regionen hier und anderswo auf der Welt zu erhalten. Damit verbunden sind eine Vielzahl von Maßnahmen, sowohl verwaltungsintern als auch an die Öffentlichkeit gerichtet, wie zum Beispiel jetzt aktuell der Start zum Klimamobilitätsplan im Landkreis Ludwigsburg. Ziel aller Bestrebungen ist es, der drohenden Erwärmung mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen entgegenzuwirken.



Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

Ein sichtbares Zeichen ist das neue Logo mit dem Motto „Klimaschutz ist unser Auftrag“ als Dachmarke für alle Klimaschutzaktivitäten des Landkreises. Der Landkreis Ludwigsburg engagiert sich seit vielen Jahren im Klimaschutz. Bereits 2015 wurde ein kreisweites Klimaschutzkonzept beschlossen, das seitdem auf zahlreichen Ebenen von verschiedensten Akteuren umgesetzt wird. Beispielsweise hat der Landkreis seine Aktivitäten im Bereich Radverkehr und nachhaltige Mobilität zunehmend ausgebaut und wird hier auch zukünftig noch stärker aktiv sein. Das bestehende Klimaschutzkonzept mit einer Vielzahl von Handlungsfeldern und konkreten Maßnahmen wird ab dem Jahr 2023 fortgeschrieben. „Der Klimaschutz ist eine der wesentlichen globalen Herausforderungen zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft“, stellt Landrat Allgaier fest. „Nach dem Motto ‚Global denken, lokal handeln‘ sind auch der Landkreis und seine Gemeinden verpflichtet, hier ihren Beitrag zu leisten.“

Wie dieser Beitrag aussieht, das will der Landkreis von jetzt an noch umfangreicher auf der eigenen Website darstellen. Hier finden sich vielfältige Informationen über das Klimaschutzkonzept, laufende Projekte sowie auch Tipps zum Energiesparen:

[www.landkreis-ludwigsburg.de/klimaschutz](http://www.landkreis-ludwigsburg.de/klimaschutz)

## Verschiedenes

### 109 Absolventen der Verwaltungsschule Esslingen ins Berufsleben verabschiedet

Im Oktober 2022 verabschiedete die Verwaltungsschule Esslingen ihre 109 Absolventinnen und Absolventen mit einem feierlichen Zeugnisfrühstück in Esslingen im zentral gelegenen Fleischmannhaus. Für die Verwaltungswirtinnen und Verwaltungswirte war dies etwas besonders, starteten sie doch auf Grund der Corona-Pandemie im Januar des Jahres im Online-Unterricht, bei dem der zwischenmenschliche Aus-

tausch und der Aufbau eines kollegialen Netzwerks besonders erschwert war.

Trotz der herausfordernden Bedingungen für Lehrgangsteilnehmende und Lehrkräfte können sich die Abschlüsse sehen lassen. Bei der Staatsprüfung wurde unter den Absolventinnen und Absolventen drei Mal die Abschlussnote „sehr gut“ vergeben, mit der Note „gut“ wurden die Leistungen von 55 Schülerinnen und Schülern bewertet. 36 Mal gab es ein „befriedigend“ und 15 Mal die Note „ausreichend“ am Ende der zweijährigen Ausbildung zur Verwaltungswirtin bzw. zum Verwaltungswirt im mittleren nicht technischen Dienst. Ein Lob für das Engagement der Lehrbeauftragten der Verwaltungsschule, die sich in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung neben ihrer beruflichen Tätigkeit für eine gute Ausbildung einsetzen, durfte nicht fehlen. So hob Andreas Raff, Leiter des Personal- und Organisationsamtes im Esslinger Landratsamt, beim Zeugnisfrühstück die Bedeutung der Ausbildung von Nachwuchskräften zur Begegnung des Fachkräftemangels ausdrücklich hervor.



Martina Brosi-Barth (rechts im Bild), Leiterin der Verwaltungsschule Esslingen, gratuliert den Lehrgangsbesten (v.l.n.r.): Stefanie Beiswanger, Ausbildungsbehörde Landratsamt Göppingen, Carola Seybold, Ausbildungsbehörde Stadt Göppingen, Nils Müller, Ausbildungsbehörde Landeshauptstadt Stuttgart, es fehlt Veronika Haenelt, Ausbildungsbehörde Stadt Weinstadt.

Quelle: Rebecca Lung

Die Jahrgangsbesten des Lehrgangs 2022 erhielten ein persönliches Glückwunschsreiben mit einem Gutschein von Landrat Heinz Eininger (Esslingen). Stefanie Beiswanger, Ausbildungsbehörde Landratsamt Göppingen, schloss ihre Ausbildung mit 13,23 von 15 Punkten als beste Absolventin des Lehrgangs ab. Veronika Haenelt, Ausbildungsbehörde Stadt Weinstadt, und Carola Seybold von der Ausbildungsbehörde Stadt Göppingen schlossen mit dem gleichen Schnitt von 12,53 Notenpunkten ebenfalls mit der Gesamtnote 1 ab. Nils Müller beendete den Lehrgang mit der drittbesten Note und einem Durchschnitt von 12,37. Seine Ausbildung absolvierte er bei der Ausbildungsbehörde Landeshauptstadt Stuttgart.

Für die Ausbildung zur Verwaltungswirtin bzw. zum Verwaltungswirt im mittleren nicht technischen Dienst kommen all jene zur Verwaltungsschule nach Esslingen, die ihre Ausbildung im Regierungsbezirk Stuttgart absolvieren. Die Verwaltungsschule Esslingen ist mit ihren vier Klassen die größte der drei Verwaltungsschulen für den mittleren Dienst in Baden-Württemberg.

Die Absolventen im mittleren Dienst sind auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt. Nahezu alle aus der Esslinger Verwaltungsschule wurden von ihren jeweiligen Ausbildungsbehörden oder anderen Arbeitgebern im öffentlichen Dienst übernommen – der Großteil unbefristet und im Beamtenverhältnis. Für den nächsten Lehrgang 2023 sind an der Verwaltungsschule Esslingen wieder bereits rund 100 Teilnehmende vorgeplant.

### **Zollernalbkreis: Gebäude 48 in Meßstetten – Vorbild und Modell für die Wiederbelebung des früheren Kasernen-Areals**

Neu, fortschrittlich und nachhaltig auf mehrererlei Ebenen: Die Landkreisverwaltung Zollernalbkreis hat im Oktober eine weitere Dienststelle in Betrieb ge-

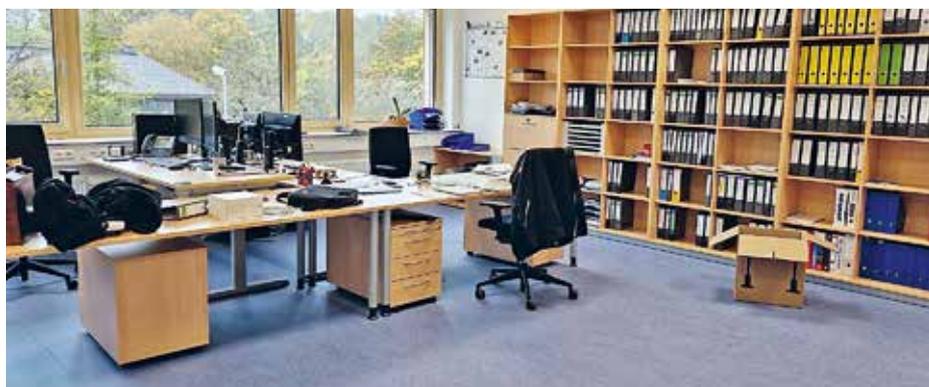


**Von Grund auf saniert – und ein erster wichtiger Beitrag zur Konversion in Meßstetten: das Gebäude 48.**

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

nommen. Bei der Immobilie handelt es sich um das sogenannte Gebäude 48 – die frühere Standortverwaltung der Bundeswehr vor den Türen der einstigen Zollernalb-Kaserne in Meßstetten.

Das Gebäude war von der Bundeswehr vor der Schließung der Kaserne 2013 als Lager und Werkstatt genutzt worden. Seitdem stand es leer und fristete ein Schattendasein. Das änderte sich, als



**Aus alt mach' neu: Blick in die attraktiven Büroräume, die im Meßstetter Gebäude 48 entstanden sind.**

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis



Landrat Günther-Martin Pauli bei der Einweihung des neuen Gebäudes 48

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

die Landkreisverwaltung die Immobilie bei der Suche nach Unterkünften in den Fokus nahm und der Kreistag des Zollernalbkreises im Frühjahr 2020 einer zukunftsweisenden Sanierung zustimmte.

Kerngedanke der Ertüchtigung war die Nachhaltigkeit: Der Landkreis ließ das Gebäude vollständig von der Fassade bis zum Dach energetisch sanieren. Ergebnis: ein Energieeffizienzhaus EG70. Die attraktive Fassade ist aus einer regionalen Holzart gefertigt. Zudem wurden neue Holzfenster eingebaut. Auch im Inneren des Gebäudes wurde ein kompletter Umbau vollzogen. Auf dem Dach ist alles vorbereitet für die Montage einer Photovoltaikanlage. Diese geht zu einem späteren Zeitpunkt in Betrieb.

In Meßstetten entstanden ist eine moderne Verwaltungsdienststelle mit Platz für 28 attraktive Büroräume und rund 60 Arbeitsplätze. Räume bezogen haben auf dem sogenannten Geißbühl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forstamts sowie des Amts für Straßen- und Radwegebau. Im Erdgeschoss werden Teile des Kreisarchivs untergebracht. Ebenfalls eingerichtet haben sich in dem Gebäude die Mitarbeiter der Zentrale des Forstbezirks Baar-Hegau von Forst BW. Einen Flügel angemietet hat

zudem der Zweckverband Interkommunaler Industrie- und Gewerbepark Zollernalb. Möglich wurde die Sanierung durch den Kauf- und Sanierungsbeschluss des Kreistags im März 2020. „Damit ist der erste wichtige Beitrag zur Nachnutzung des einstigen Kasernengeländes getan. Das Gebäude 48 ist Vorbild

und Modell für die weitere Wiederbelebung des Areals.“, so Landrat Günther-Martin Pauli.

Der Zweckverband Interkommunaler Industrie- und Gewerbepark Zollernalb, dem die Städte Albstadt, Balingen, Meßstetten, Nusplingen und Obernheim angehören, hofft derweil auf weitere attraktive Nachnutzungen auf dem Areal der früheren Kaserne. Erklärtes Ziel ist es, die Konversion gemeinsam zu gestalten und eine positive Entwicklung der Region zu gewährleisten.

**Die Bio-Musterregion  
Landkreis Biberach informiert:  
„Bio in der Gemeinschaftsverpflegung  
in Bio-Musterregionen“:  
Mehrere Einrichtungen erreichen  
Zertifizierung**

Nach zwei Jahren Projektlaufzeit hat das Projekt „Bio in der Gemeinschaftsverpflegung in Bio-Musterregionen“ seinen erfolgreichen Abschluss gefunden. Insgesamt 37 Einrichtungen aus acht Bio-Musterregionen in ganz Baden-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts „Mehr Bio in der Gemeinschaftsverpflegung“ bei der Abschlussveranstaltung in Stuttgart.

Quelle: Jan Potente / Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Württemberg erreichten das Ziel, eine nachhaltige, gesunde und leckere Verpflegung umzusetzen.

Ein Blick in die Küchen verrät, was das heißt: Die Kantinen, Mensen und Caterer haben sich für eine Bio-Zertifizierung entschieden, und viele von ihnen setzen das Ziel von 30 Prozent Bio-Lebensmitteln in ihren Speisen schon um. Zusätzlich hat die Mehrheit die Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) erreicht, die für eine ausgewogene, leckere Ernährung in angenehmer Essatmosphäre steht.

Der baden-württembergische Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk MdL, bedankte sich bei der feierlichen Übergabe der Zertifikate im Großen Saal des Innenministeriums in Stuttgart für das herausragende Engagement und den großen Erfolg der teilnehmenden Einrichtungen. „Ich freue mich, dass sich so viele Betriebe in Baden-Württemberg entschieden haben, auf Bio umzustellen. Unser Ziel ist es, den Anteil an regionalem Bio deutlich zu steigern, dem

kommen wir so einen deutlichen Schritt näher. Wenn Bio, dann regional. Unsere Betriebe bieten hierfür ein abwechslungsreiches und leckeres Angebot.

Auch Dr. Kiran Virmani, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, honorierte die Leistung der Kantinenleitungen, der Köchinnen und Köche und der Betriebsleitungen: „Sie haben sich in besonders schweren Zeiten auf den Weg gemacht. Sie schwimmen gegen den Strom und haben sich trotzdem oder gerade deshalb einer gesunden und nachhaltigen Versorgung verschrieben.“

Aus den Bio-Musterregionen Biberach und Ravensburg haben vier Einrichtungen die Bio-Zertifizierung und drei Einrichtungen die DGE-Zertifizierung abgeschlossen. Mit dem Christlichen Jugenddorfwerk im Zimmerer-Ausbildungszentrum Biberach, der Liebherr-Kantine in Kirchdorf, der St. Elisabeth-Stiftung in Heggbach und der Stiftung KBZO in Weingarten gibt es nun in den zwei Regionen herausragende Beispiele dafür, wie die praktische Umsetzung von

mehr regionalen ökologischen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung gelingen kann. Die Einrichtungen, die die Zertifizierungen bis zur Abschlussveranstaltung noch nicht erreicht hatten, werden auch weiter auf ihrem Weg begleitet.

In verschiedenen Coaching-Einheiten, beim regionalen Zusammenkommen der Küchenleitungen und bei einem Treffen von Händlern, Verarbeitern und Projektteilnehmenden konnte zudem das lokale Netzwerk weiter gestärkt und aufgebaut werden. Auch die Regionalmanagerinnen Katharina Eckel und Hilde Straub aus Ravensburg und Biberach zogen ein positives Fazit: „Wir freuen uns sehr, dass es in unseren Regionen so engagierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer gibt, die sich gemeinsam mit uns auf den Weg zu mehr Bio in ihren Küchen gemacht haben. Auch in Zukunft möchten wir diese tolle Zusammenarbeit gerne fortführen und die Einrichtungen und Betriebe weiterhin unterstützen.“

Weitere Informationen zum Projekt: [www.biomusterregionen-bw.de/BioGV](http://www.biomusterregionen-bw.de/BioGV) oder [www.biomusterregionen-bw.de/biberach](http://www.biomusterregionen-bw.de/biberach)

## Wirtschaftsförderung

### Vorstellung des Masterplans Ostwürttemberg 2030 – Die Arbeit an den gefassten Zielen geht jetzt los!

Die Bündnispartner bei der im November 2021 gestarteten Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ haben bei der IHK in Heidenheim den Masterplan Ostwürttemberg 2030 vorgestellt. Er bildet in den kommenden Jahren die Basis für die zukunftsorientierte Transformation der Region auf wesentlichen Themenfeldern. Digitalisierung, Demographie und Dekarbonisierung sind die Treiber des Transformationsprozesses in Wirtschaft und Gesellschaft, der durch die aktuelle wirtschaftliche und geopolitische Situa-



Die DGE-zertifizierten Küchenleitungen und Regionalmanagerinnen aus Biberach und Ravensburg

Quelle: Jan Potente / Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

tion noch beschleunigt wird. „Deshalb ist es wichtig, dass wir im engen Schulterschluss bereits vor über einem Jahr die Grundlagen für die Zukunftsoffensive gelegt haben und nun an die Umsetzung konkreter Projekte gehen können“, sagt IHK-Präsident Markus Maier. Über 30 Themen wurden für die Vision einer zukunftsfesten Region in Workshops identifiziert und vom Steuerungskreis der Zukunftsoffensive verschriftlicht im Masterplan Ostwürttemberg 2030. In dem 60-seitigen Dokument, das die Bündnispartner nun vorgestellt haben, werden sie beschrieben. „Mit dem Masterplan Ostwürttemberg 2030 steht der Region jetzt ein umfangreicher Instrumentenkasten zur Verfügung, mit dessen Hilfe die aktuelle Situation als Katalysator genutzt und Transformationsprozesse beschleunigt werden können“, erklärt Markus Maier.

Unter der Leitung der beiden Landräte in der Region, Dr. Joachim Bläse (Ostalbkreis) und Peter Polta (Heidenheim), sowie IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler hat der Steuerungskreis der Initiative künftige Handlungsfelder zusammengefasst und mit bereits bestehenden Strukturen in der Region verknüpft. „Wir fangen deshalb nicht bei Null an, sondern bündeln vorhandene Ressourcen, um sie beim Bewältigen von Herausforderungen, die durch die Transformationstreiber entstehen, zu nutzen“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler.

„Wenn wir Transformation und Krisen als Chancen begreifen, dann hätte es für die Offensive Zukunft Ostwürttemberg keinen besseren Zeitpunkt geben können. Dass Veränderungen nun schneller als erwartet kommen müssen, erhöht zwar den Druck, aber auch die Dynamik“, sagte Landrat Dr. Joachim Bläse. „Für den Landkreis Heidenheim ist die nachhaltige Gestaltung der Zukunft der Wirtschaftsregion Ostwürttemberg, die sich durch ihre Innovationskraft und Wirtschaftsstärke auszeichnet, elementar“, betont Landrat Peter Polta.



Präsentierten den Masterplan Ostwürttemberg 2030 der Öffentlichkeit (v. r. n. l.): Landrat Dr. Joachim Bläse, IG Metall-Bevollmächtigte Tamara Hübner, IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler, WiRO-Geschäftsführerin Nadine Kaiser, IHK-Präsident Markus Maier, Landrat Peter Polta, Leiterin Agentur für Arbeit Aalen, Claudia Prusik, Südwestmetall-Geschäftsführer Markus Kilian, OB Dieter Henle und Edgar Buhl, Kanzler der PH Schwäbisch Gmünd. Quelle: Peter Kruppa

Während der nun zu Ende gehenden Phase, in der die im Masterplan hinterlegten Ziele zusammengefasst wurden, habe sich der Schulterschluss in der Region verstärkt, betonen die Kooperationspartner. „Die letzten Monate haben eindrücklich gezeigt, wie stark die Region in Krisenzeiten zusammenhält und dass sie ihre Zukunft selbst in die Hand nimmt: Das zeigt die große Beteiligung an dem gesamten Zukunftsprozess und das gemeinsam erzielte Ergebnis“, erklärt Thilo Rentschler.

#### *Die im Masterplan hinterlegten Ziele*

Der Masterplan Ostwürttemberg 2030 wird getragen durch vier Säulen, welche die Ziele der Zukunftsoffensive (ZO) darstellen, flankiert durch zwei Querschnittsziele als Basis und Leitplanke. Diese sind:

#### *ZO-Ziel 1: Ostwürttemberg soll zu einer Wasserstoffregion werden:*

Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft und essentieller Bestandteil der Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ziel muss es deshalb sein, dass unsere Region möglichst rasch

einen Anschluss an die überregionale Wasserstoffinfrastruktur erhält und so die Wettbewerbsfähigkeit der Region gesichert wird.

#### *ZO-Ziel 2: Das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg wird etabliert:*

Die Vision der regionalen Wirtschaftsakteure ist es, Ostwürttemberg zu einer Modellregion für die erfolgreiche ökologische und digitale Transformation der Automobilindustrie- und Zuliefererbranche, von Wirtschaft und Gesellschaft, zu machen. Um das zu schaffen, wird ein Transformationsnetz Ostwürttemberg für die Region etabliert, das flächendeckend wirkt.

#### *ZO-Ziel 3: Ostwürttemberg wird zu einer klimaneutralen Region:*

Der Klimawandel gehört mit zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Es gilt, diesem mit wirksamen Klimaschutzmaßnahmen entschlossen entgegenzutreten. Außerdem will sich die Region den Themen Kreislaufwirtschaft und Recycling stellen und hier Projekte initiieren und überregional verknüpfen.

## *ZO-Ziel 4: Schaffung von Zukunftsstrukturen im Bereich Start-up und Innovationsagentur Ostwürttemberg:*

Damit die Region im Bereich Start-up und Innovation mehr Schlagkraft gewinnt, ist es notwendig, die aktuell kleinteiligen Strukturen neu zu denken und zu einer leistungsfähigeren Einheit zusammenzuführen.

## *Querschnittsziel 1: Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive:*

Die Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft erfordert ein groß angelegtes Konzept zur Weiterbildung der Beschäftigten und des weiteren Erwerbspersonenpotenzials. Ziel ist es, möglichst viele Beschäftigte, egal auf welcher Qualifikationsstufe, mit den Fähigkeiten auszustatten, die für die Arbeit in der nahen und fernerer Zukunft von maßgeblicher Relevanz sind.

## *Querschnittsziel 2:*

### *Standortmarketing und -entwicklung:*

Zentrale, bewährte und neue Bot-schaften sollen weiter ausgebaut und Maßnahmen entwickelt werden, um die Positionierung der Region Ostwürttemberg als attraktiven Standort in Süd-deutschland weiter zu festigen und nicht nur nach innen, sondern überregional und international zu verbreiten.

### *Aufbau des Transformationsnetzwerks kommt voran*

Die nun startende Phase III der Zukunftsoffensive für die Region beinhaltet den Aufbau eines Transformationsnetzwerks für Ostwürttemberg. Projektstart war rückwirkend der 1. August 2022 mit einer Laufzeit von drei Jahren bis Herbst 2025. Dafür erhalten die Partner Bildungswerk, IG Metall, WiRO und IHK Ostwürttemberg zusammen rund 5 Mio. Euro Fördermittel vom Bund für ihr dezentrales Konzept mit Standorten in Aalen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd. Im Netzwerk werden bis zu acht Mitarbeitende die Themen der Transformation vorantreiben. Ziel ist, Ost-

württemberg resilient und erfolgreich in einer sich rasch ändernden Umgebung aufzustellen und zu einer Modellregion für nachhaltige Transformation auszubauen.

Flankierend werden für die Region Offensiven zur Verbesserung der Infrastruktur gestartet. Schwerpunkte bilden dabei die Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Verkehrs- und Digitalinfrastruktur sowie die Regional- und Landesentwicklungsplanung.

### *Was kommt als Nächstes?*

Ab 2023 sollen die Projekte mit Leben gefüllt werden, die Handlungsfelder verfeinert und konkrete Dinge umgesetzt werden. Das Transformationsnetzwerk soll Akteure noch stärker zusammenführen und lösungsorientierte Ansätze in den Beratungszentren leisten. Vieles wird dann angepasst und weiterentwickelt – und es entstehen daraus neue Ideen“, beschreibt es IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler.

## **Heidelberg und der Landkreis Böblingen gewinnen das Landesfinale von „Start-up BW Local“ – Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut: „Die ausgezeichneten Kommunen zeigen auf eindrucksvolle Weise, wie eine wirksame und kreative Gründungsunterstützung auf kommunaler Ebene aussehen kann“**

Heidelberg und der Landkreis Böblingen haben das Landesfinale des Wettbewerbs „Start-up BW Local – Gründungsfreundliche Kommune“ am 30. September für sich entschieden. Die Erstplatzierten überzeugten die Jury und das Fachpublikum am meisten von ihren Konzepten zur Gründungsfreundlichkeit. „Ein dynamisches Gründungsgeschehen ist vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen wichtiger denn je, um unsere Wirtschaft zukunftssicher und krisenfest aufzustellen. Kommunen können ihren Teil dazu

beitragen, indem sie gründungsfreundliche Strukturen vor Ort schaffen. Die ausgezeichneten Konzepte zeigen auf eindrucksvolle Weise, wie das gelingen kann. Uns wurden heute vielversprechende Projekte präsentiert, die wir gerne in der weiteren Umsetzung unterstützen“, betonte Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.

„Alle Finalistinnen und Finalisten haben interessante Konzepte erarbeitet, um Gründungswillige aktiv zu unterstützen. Hierfür möchte ich mich – auch im Namen der Gründerinnen und Gründer – herzlich bei Ihnen bedanken. Wir brauchen Ihr Engagement in den kommenden Monaten und Jahren mehr denn je“, sagte die Ministerin. Großes Potenzial sehe sie vor allem in interkommunalen Projekten: „Gerade im ländlichen Raum schaffen diese gemeinsam Angebote, die eine Kommune alleine nicht leisten kann.“

### *Die Preisträgerinnen und Preisträger*

#### *Kategorie Gemeinde/Stadt*

- Den ersten Preis (10.000 EUR) hat Heidelberg gewonnen.
- Der zweite Platz (7.500 EUR) ging an Horb.
- Platz drei (5.000 EUR) sicherte sich Freudenstadt.

#### *Interkommunale Projekte*

- Den ersten Preis (10.000 EUR) hat der Landkreis Böblingen gewonnen.
- Der zweite Platz (7.500 EUR) ging an den Landkreis Calw.
- Platz drei (5.000 EUR) sicherte sich der Landkreis Biberach.

Die Kommunen präsentierten ihre Wettbewerbsbeiträge vor einer Jury aus gründererfahrenen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie vor Publikum. Die vorgestellten Konzepte wurden von folgenden Jury-Mitgliedern unter Einbeziehung des Fachpublikums bewertet:

- Matthias Burgbacher | PLAN:KOOPE-RATIV
- Stefanie Knebel | AudiotexTour GbR

- Pia Nowotny | Martha's Gastronomiebetriebe GmbH

Bilder der Preisverleihung finden Sie unter: <https://bit.ly/3GnmoiA>

#### *Über den Landeswettbewerb Start-up BW Local*

„Start-up BW Local“ ist ein Landeswettbewerb des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg. Er fördert Gemeinden, Städte und Landkreise bei der konzeptionellen Erstellung gründungsfreundlicher Strukturen vor Ort. Gründerinnen und Gründer bewerten im

Anschluss die Konzepte und zeichnen die überzeugendsten Teilnehmer mit dem Label „Gründungsfreundliche Kommune“ aus. Insgesamt gibt es bereits 92 gründungsfreundliche Kommunen im Land. Seit dem Start des Formats sind neben einer Community der Gründungsunterstützer auch unbürokratische Strukturen entstanden, von denen Gründer profitieren.

Der Wettbewerb wird gemeinsam getragen vom Wirtschaftsministerium und von den baden-württembergischen kommunalen Spitzenverbänden Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag

sowie vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) und vom Baden-Württembergischen Handwerkstag (BWHT). Er findet im zweijährigen Rhythmus statt.

Das innovative Wettbewerbsformat Start-up BW Local wurde im Jahr 2020 als nationaler Gewinner des Europäischen Unternehmensförderpreises (EEPA) ausgezeichnet und von einer renommierten internationalen Jury zu den drei besten Initiativen Europas gekürt.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.startupbw.de/local](http://www.startupbw.de/local)

Dies ist die letzte Ausgabe der klassischen Landkreismitteilungen.

Am 10. Februar 2023 geht die neue digitale Plattform online:  
[www.landkreismitteilungen.de](http://www.landkreismitteilungen.de)

# LANDKREIS LUDWIGSBURG



**Regierungsbezirk Stuttgart**  
**Einwohnerzahl: 548.208 (Stand 30.06.2022)**  
**Fläche in km²: 686,8 (Stand 31.10.2022)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 39**  
**davon Große Kreisstädte: 6**

**Hausanschrift:**  
Landratsamt Ludwigsburg  
Hindenburgstraße 40  
71638 Ludwigsburg

**Postanschrift:**  
Landratsamt Ludwigsburg  
Postfach 760  
71607 Ludwigsburg

**Zentrale:**  
Telefon: 07141 / 144-0  
E-Mail: mail@landkreis-ludwigsburg.de

**Pressestelle:**  
Telefon: 07141 / 144-395  
E-Mail: presse@landkreis-ludwigsburg.de

**Wirtschaftsförderung:**  
Telefon: 07141 / 43232  
E-Mail: Oliver.Reichert@landkreis-ludwigsburg.de

**Tourismus:**  
Telefon: 07141 / 45524  
E-Mail: Stefanie.Bartzsch@landkreis-ludwigsburg.de



**Landrat:**  
Dietmar Allgaier  
seit 05.01.2020

**Sitzverteilung:**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Gesamt 105 Sitze, davon |    |
| Freie Wähler:           | 27 |
| CDU:                    | 26 |
| Bündnis 90/Grüne :      | 21 |
| SPD:                    | 16 |
| FDP:                    | 8  |
| Die Linke:              | 4  |
| AfD:                    | 2  |
| ÖDP:                    | 1  |

**Geografische Lage:**



**Mehr Infos:**  
[www.landkreis-ludwigsburg.de](http://www.landkreis-ludwigsburg.de)

**Wissenswertes**

Im Landkreis Ludwigsburg leben rund 548.000 Menschen. Er ist damit der viertgrößte Landkreis in Deutschland, was die Einwohnerzahl betrifft. Bei einer Fläche von 687 Quadratkilometern ist die Bevölkerungsdichte mit fast 800 Einwohnern pro Quadratkilometer sehr hoch.

Der Kreis Ludwigsburg ist nicht nur Teil des wirtschaftsstarren Ballungsraums rund um die Landeshauptstadt Stuttgart, sondern auch selbst begehrter Wirtschaftsstandort für weltbekannte Unternehmen wie Porsche, Mercedes-AMG, Bosch und Trumpf sowie für zahlreiche mittelständische Betriebe. Daneben ist er ein bekanntes Weinbaugebiet sowie ein attraktiver Ausbildungsort.

Mehr als 2.000 Hektar Rebfläche machen rund 18 Prozent am Anbaugebiet Württemberg aus. Fast 200 Weinbaubetriebe und sieben Weingärtnergenossenschaften produzieren – oftmals in Steillagen – Weine, die immer öfter prämiert werden und zunehmend in die internationale Spitzenklasse vorstoßen. Auch die anderen landwirtschaftlichen Produkte aus dem Obst- und Gemüsebau zeichnen sich durch höchste Qualität aus.

Mit der Ansiedlung der Filmakademie Baden-Württemberg und der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg in Ludwigsburg hat sich der Landkreis zu einem bundesweit bedeutsamen Zentrum für Film-, Theater- und Medienschaffende entwickelt. Als Hochschulstandort für den Verwaltungs- und Lehrernachwuchs sowie für die Bereiche Diakonie, Religionspädagogik und Sozialwesen ist er schon seit vielen Jahrzehnten ein Begriff.

In Marbach am Neckar wurde 1759 Friedrich Schiller geboren. Das Erbe des bedeutenden deutschen Dramatikers wird vom Marbacher Schiller-Nationalmuseum gepflegt. Im benachbarten Literaturmuseum der Moderne hat seit 2006 die neuere Literatur ihre Heimat.

Diese Mischung aus konkurrenzfähiger Wirtschaft, einzigartiger Natur- und Kulturlandschaft, bedeutender Historie sowie lebendigem Kulturleben sorgt für eine gute Balance zwischen Dynamik und Erholung und macht den Landkreis Ludwigsburg mit seiner hervorragenden Infrastruktur so attraktiv. Trotz des landesweit entgegengesetzten Trends sagen Demografen dem Landkreis im kommenden Jahrzehnt ein weiteres Bevölkerungswachstum voraus.



**Schloss Ludwigsburg**

Bildnachweise: Landratsamt Ludwigsburg